

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis (beinumerando): Vierteljährlich 3.50 Mk., monatlich 1.10 Mk., einschließlich 20 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragen in die Post-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erhältlich täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgeheilte Kolonelle oder deren Raum 50 Pfg., für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Versammlungs-Anzeigen 30 Pfg. „Kleine Anzeigen“, das erste (stehende) Wort 20 Pfg., jedes weitere Wort 10 Pfg. Stellenangebote und Schulstellen-Anzeigen des ersten Wort 10 Pfg., jedes weitere Wort 5 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 29. Oktober 1907.

Expedition: S.W. 68, Lindenstrasse 69. Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Der enthüllte Absolutismus.

So also werden wir regiert und so werden wir von unseren Regierungen befreit: Ein Philipp Eulenburg macht und stürzt die Kanzler, diese Sigredakteure der Hofpolitik, und ein Maximilian Harden stürzt den Kanzlermacher. Aus seinen Gerichtssälen holt sich das deutsche Volk die Kenntnis über die Qualitäten seiner Beherrscher! Wie gräßlich jämmerlich sind doch die gewesen, die bei diesem Prozeß aufgetreten sind; wie jämmerlich aber auch die, die gefehlt haben und die doch die ganze Verantwortung zu tragen haben.

Deswegen also: Deswegen die Entrechtung des deutschen Volkes, damit eine „Gruppe“ von Leuten, moralisch minderwertig und geistig defekt, Gesundheits- und Spiritisten, die Kaisergewalt gebrauchen, um ihre Politik einem Volke aufzuopfern, das einst das Volk der Dichter und Denker gewesen ist.

Da hat man uns erzählt, die Getreidezölle seien eine Notwendigkeit, um Preußen-Deutschland seinen Adel zu erhalten, diesen berühmten Adel, der zwar in Jena und Lützen sich nicht gerade behauptet hat, dann aber, durch das von Gott gesandte Schicksal belehrt, sich so gebessert hat, daß er unentbehrlich für ein geordnetes Reich geworden ist. Da hat man uns erzählt, daß eine starke monarchische Gewalt notwendig ist, um die angeblichen Schäden eines parlamentarischen, demokratischen, öffentlich kontrollierten Systems zu vermeiden, und da erzählt man uns unaufhörlich, daß der deutsche Arbeiter nicht reif ist, daß Preußen untergehen müsse, wenn der Arbeiter politisch ebensoviel zu sagen habe als die Edelsten und Besten, die unaufhörlich über sein Wohl wachen, die nicht gestört werden dürfen in ihrer patriotischen Tätigkeit.

Nun sind sie freilich einmal gestört worden, weil das Glück es gewollt hat, daß die Herren da oben sich nicht länger vertragen, weil Kamarilla gegen Kamarilla gekämpft hat und die eine endlich mit der anderen fertig werden wollte. Denn nur um die Beseitigung der einen Kamarilla hat es sich gehandelt, damit die andere ungehört ist und ungehört bleiben kann, ebenso ungehört durch die Tafelrunde von Liebenberg, wie etwa durch den deutschen Reichstag.

Welches Machtbewußtsein mußten die Herren da oben aber erst fühlen, welche Verachtung für den deutschen Untertan, um dieses Schauspiel öffentlich auszuführen! Freilich, lange genug haben sie gezögert, lange genug hat es gedauert und ganz freiwillig ist dieser Prozeß nicht geführt worden. Nicht ganz freiwillig von Seiten des Klägers, aber sicher nicht freiwillig von Seiten des Beklagten und derer, die ihm das Material gegeben haben. Denn das steht fest: Was Fürst Eulenburg war, wie und mit welchen Mitteln er es trieb, war auch den offiziellen Leitern der deutschen Politik bekannt. Aber sie haben geschwiegen. Schon Fürst Bismarck hat Einfluß und Art der Eulenburg gekannt. Er hat es ja seinen Journalisten erzählt, Herrn Harden und auch Herrn Vroman, der nicht nur schreiben kann rechts und links, sondern wie das Beispiel zeigt, auch schweigen kann rechts und links. Caprivi hat nicht gewagt, den Mann zu bezeichnen, der ihn getäuscht hat, den Wiener Botschafter, den mächtigen Günstling, über den die Wiener und sicher nicht nur die Wiener Polizei ihre eigenen Akten hatte. Ebenso schweigt Hohenlohe, und erst seine Memoiren enthalten ein paar Andeutungen, die aber nicht mehr bewirken, als die kaiserliche Ungnade für seine Verwandten! Erst unter Bülow fällt Eulenburg. Aber Bülow hat lange dazu gebraucht. Bülow kennt Eulenburgs Einfluß von jeher. Die „Herren duzen sich“. Bülow verdankt sein Staatssekretariat, von dem er zum Kanzlerposten aufstiegt, seinem Freunde Eulenburg und dessen Einfluß. Der Kugnier des Eulenburgschen Einflusses hat begrifflicherweise zunächst andere Sorgen, als diesen Einfluß zu beseitigen. Erst als Bülow bei Eulenburg in Ungnade gefallen ist (Bülow weiß, daß die Ungnade Eulenburgs die Ungnade eines Höheren nach sich zu ziehen pflegt) erst dann — nein, Bülow weiß von nichts, aber rechtzeitig beginnt die Vernichtungskampagne gegen Eulenburg!

Man erinnere sich der Zusammenhänge: Im Oktober 1906 beabsichtigt Eulenburg den Kanzler zu stürzen und den Grafen Hellmut v. Moltke an seine Stelle zu setzen. Der Plan wird vorzeitig im „Berl. Tagebl.“ veröffentlicht. Da beginnt Herr Passermann, unterstützt von dem größten Teil der bürgerlichen Presse, die Kampagne gegen das persönliche Regiment, die zur Interpellation am 14. November 1906 führt. Die Gefahr für Bülow scheint aber nicht beseitigt. Da erfolgt im Dezember die Reichstagsauflösung zur Rettung der nationalen Ehre und zur Rettung der Stellung des Fürsten Bülow. Die Kampagne in der „Zukunft“ beginnt. Fünf Jahre besitzt Herr Harden bereits sein Material. Der treue „Reiter des Vaterlandes“ wartet und wartet mit der Rettung. Eulenburg hat nicht nur seine Hände in der inneren Politik, sondern auch in der auswärtigen. Bülow soll ja gerade deshalb gestürzt werden, damit S. M. und Herr v. Tschirsky, der seine Karriere auch nicht dem Fürsten Bülow verdankt, die auswärtige Politik allein machen kann. Vor dem Gericht posiert Harden auch den Friedensfreund, er, der in kritischer Situation die unverantwortlichsten Hejartikel geschrieben hat! Eulenburg soll Kriegspolitik getrieben haben.

Aber hatte er dann ein Interesse, Herrn Decomte mit dem Kaiser zusammenzubringen? Herr Holstein aber, den alle Welt für den Kriegspolitiker hält, ist der Freund Gardens. Nicht um das Vaterland zu retten, nicht um den Frieden zu erhalten, hat Harden seine Kampagne geführt, sondern um die Kamarilla Eulenburgs zu beseitigen zugunsten derer, die um ihren eigenen Einfluß besorgt waren. Herr Harden hat ja gleichzeitig den Fürsten Bülow angegriffen. Wenn es nicht geschah, um zu verbergen, daß Fürst Bülow am meisten an der Beseitigung des Eulenburg interessiert war, so beweist das nur, daß auch eine dritte Gruppe um die Macht rang, der die Eulenburgs zu mächtig geworden waren. Unterdessen mag ja eine Aussöhnung zwischen Holstein und Bülow erfolgt sein.

Es ist Herrn Harden und denen, die ihm aus guten Gründen sein Material lieferten, gelungen, Eulenburg zu stürzen. Damit war der Zweck erreicht. Ging es nach Herrn Harden und seinen Hintermännern, so hätte das zu rettende Vaterland nie von dieser Lat etwas erfahren. Welch edle Uneigennützigkeit! Herr Harden tat nicht nur nichts, um den Prozeß, der ein „reinigendes Gewitter“ werden sollte, herbeizuführen: In der Presse, z. B. im „Morgen“ erschienen mehrere Drohartikel gegen Herrn v. Moltke, um seine Lage zu verhindern. Ja, wir vermuten, daß Herr „Karl Schnitzler“ nur deswegen seine politische Feder der „unpolitischen“ Revue zur Verfügung gestellt hat, um für diese Notizen leichtere Aufnahme zu finden. Die Staatsanwaltschaft konnte gegen den Fürsten Eulenburg nichts ermitteln, ebensowenig wie gegen die Grafen Lynar oder Hohenau. Die Erhebung der Anklage im öffentlichen Interesse, die der ehemalige Stadtkommandant gefordert hatte, blieb aus. Aber Moltke blieb fest und erzwang die Verhandlung, die so merkwürdig verlief, wobei Harden das Glück hatte, daß die Beweise, auf die es ihm ankam, erhoben, Moltke das Unglück, daß seine Gegenbeweise nicht erhoben wurden. Trotzdem bleibt es erklärlich, daß man diesen Prozeß ganz verhindern wollte, denn seine Enthüllungen treffen nicht nur den Ankläger, sondern auch die Kugnier des Prozeßes. Nicht erklärlich aber ist es, daß ein Reiter des Vaterlandes diese Bemühungen gesichert hat. Aber Harden ist, und das muß deutlich gesagt werden, nichts als Werkzeug der einen Clique, und dieser Prozeß hat gar keine Wirkungen, wenn er nicht auf die Massen wirkt!

Kamarilla und Absolutismus gehören unaufklärlich zusammen. Kamarilla stürzen, ist reine Sympsonarbeit, solange der Absolutismus besteht. Nicht eine Kamarilla gilt es zu beseitigen, sondern die Möglichkeit des Einflusses der Höflinge auf die Politik. Auch Monarchen sind nur Menschen. Bismarck und Hohenlohe haben es ja gezeigt, wie es gemacht wird.

Der ganze Spul aus dem Mittelalter ist wieder heraufbeschworen worden. Die Inspiration des „Geistes Emanuel“ beeinflusste eine Zeitlang den Geist der deutschen Politik. Man war in Rapport mit überirdischen Wesen, der Monarch wurde selbst verhimmelt und angebetet und diese Anbetung ihm ostentativ entgegengebracht.

Freilich, die Leute, die die Politik machten in der Umgebung des Kaisers, waren merkwürdige Gesellen. Aber ihr Aberglaube war nur grotesker und gesteigerter als der fromme Wunderglaube, der sonst in hohen Regionen üblich ist. Wenn die Wünsche der Wasser anzeigen kann, warum soll Fürst Eulenburg nicht Mitteilung der Geister erhalten? Nicht nur Journalisten legen Wert auf gute Informationen.

So wird dieser Prozeß eine Probe auf das politische Bewußtsein des deutschen Volkes. Das deutsche Bürgertum hat längst politisch abgedankt. Wenn etwas noch instand wäre, ihm zu zeigen, daß diese bedingungslose Abdankung zugunsten des Absolutismus eine jämmerliche Feigheit ist, müßten es die fürchterlichen Erfahrungen dieser Tage belehren. Was wir von der Bourgeoisie verlangen, ist nur das, daß sie selbst die Herrschaft übernimmt. Wir wissen, daß das Proletariat schwer und hart gegen diese Herrschaft wird kämpfen müssen. Aber diese schmachliche Lächerlichkeit, die gepaart ist mit einer brutalen Unterdrückung jeder demokratischen Bewegung, wie sie außerhalb Preußens und Ruhlands nicht mehr gekannt ist, zu beseitigen, läge auch im proletarischen Interesse. Aber sei dem wie es wolle. Versteht der deutsche Philister wieder in die stumpfe Lethargie, aus dem ihn dieser Prozeß für ein paar Tage aufgerüttelt hat: das Proletariat wird seine Lehren zu beherzigen und zu nützen wissen!

Wir müssen den Absolutismus brechen, der eine Unerträglichkeit für die politische Weiterentwicklung des deutschen Volkes geworden ist. Der Absolutismus hat seinen Sitz in Preußen. Nur die Ergringung des allgemeinen, gleichen direkten und geheimen Wahlrechts in Preußen kann den preussischen Absolutismus zur Strecke bringen, nur die Demokratie wird dem mittelalterlichen Spul der Kamarilla- und Höflingswirtschaft ein Ende bereiten!

Freisinnige Arbeiterfreundlichkeit.

Die „Freis. Ztg.“ wagt es noch immer, zu bestreiten, daß der Antrag des Freisinnigen Gerschel die Handhabe geboten hat, die Arbeiter noch schärfer zur Steuer heranzuziehen, als das ohnehin auf Grund des § 23 des Einkommensteuergesetzes möglich war. Sie hatte bekanntlich behauptet, der Antrag Gerschel habe nur den Zweck gehabt, die Annahme des weitergehenden Antrages des Nationalliberalen Keil zu verhindern. Wir haben jedoch fest-

gestellt, daß gerade umgekehrt der Antrag Gerschel in Bezug auf die Steuererschöpfung der Arbeiter der weitergehende war! Denn, so wiesen wir nach, die Bestimmung des Antrages Keil, daß die Hausbesitzer verpflichtet seien, auch über die Arbeitsstätte der bei ihnen wohnenden Arbeiter Auskunft zu geben, bestand sich auch im Antrag Gerschel. Darüber hinaus enthielt aber der Antrag Gerschel die Bestimmung, daß auch die Arbeiter gesetzlich verpflichtet sein sollten, ihrerseits den Hausbesitzern Auskunft über Arbeitsstätte und Arbeitgeber zu erteilen!

Der Abgeordnete Gerschel selbst führte in seiner Rede vom 3. Mai 1907 aus, daß er diese Bestimmung getroffen wissen wolle, um den Hausbesitzern und Arbeitgebern die Auskunft zu erleichtern und zu ermöglichen, daß alle Arbeiter mit Heller und Pfennig zur Steuer herangezogen würden.

Und da hat die „Freisinnige Ztg.“, die diese Tatsache ihren Lesern hartnäckig verschweigt, noch die Stirn zu zeigen, daß der Antrag des Freisinnigen Gerschel tatsächlich die Arbeiter noch über das Maß hinaus benachteiligt hat, das ihnen ohnehin von konservativer und nationalliberaler Seite zugehört war!

Wir haben schon früher festgestellt, daß der Antrag Gerschel natürlich von den Reaktionen in der Junkerkammer mit Wonne aufgenommen wurde. Natürlich: gab er ihnen doch ein Mittel an die Hand, den im Jahre 1906 zu ungunsten der Nichtbesitzenden neu gestalteten § 23 erst voll auszunutzen! Den Antrag Gerschel (genau Gerschel-Fischbed!) charakterisierte ja am 3. Mai d. J. ein anderer Freisinniger, der der Freisinnigen Vereinigung angehörte Abgeordnete Wolff-Dissa folgendermaßen:

„Und nun, meine Herren, haben Sie die große Freundlichkeit, den Antrag 210 Dr. Gerschel-Fischbed auszuweichen. Ich kann Ihnen im Namen der freisinnigen Fraktionen, für die ich hiermit spreche, erklären, daß wir mit der Zurückziehung des Antrages sehr einverstanden gewesen sind und nicht auf dem Boden des Antrages stehen, ebensowenig nicht mehr stehen. Meine Herren, ich fand den Antrag, den Sie gestellt haben, begreiflich; ich fand ihn begreiflich von Ihrem Standpunkt aus, daß Sie sagen, wir wollen jedes mögliche Mittel ergreifen, um auch die Einkommen unter 3000 M. so kräftig als möglich (Zwischenruf rechts: gerecht!) — gelovig, gerechterweise von Ihrem Standpunkt aus — aber da auch so kräftig als möglich heranzuziehen. Aber, meine Herren, daß Sie sich auf den Standpunkt (des von Gerschel-Fischbed der Reaktion apportierten Antrages 210! Red. des „Vorn.“) stellen und auch noch eine neue Kategorie von Personen zur Auskunfterteilung heranzuziehen, das halte ich nicht für berechtigt.“

Man sieht: eine famose Freisinnstaktik! Erst formulieren die Herren freisinnigen Volksparteiler Gerschel-Fischbed den Antrag 210, der von der Rechten voller Entzücken aufgenommen wird — dann, nachdem die freisinnige Initiative ihre Schuldigkeit getan hat, zieht man ihn schamhaft wieder zurück! Die Reaktion aber stellt nun ihrerseits den Antrag Gerschel-Fischbed!

Die Arbeiter sehen also, wie gut es der wackeren Freisinn mit ihnen meint!

Aber die „Freisinnige Zeitung“ spielt noch einen Trumpf aus. Herr Gerschel habe sich mit seinem Antrag immerhin ein Verdienst erworben. Der Antrag Keil habe die Möglichkeit zugelassen, von den Unternehmern auch Auskunft zu verlangen über das Gehalt der Angestellten mit mehr als 3000 Mark! Das habe der Antrag Gerschel verhindert, der diese Auskunftspflicht ausdrücklich auf die Angestellten und Arbeiter mit weniger als 3000 Mark Einkommen beschränkt habe.

Das stimmt! Aber für diese freisinnige Tat, für dies „Verdienst“ werden die Arbeiter dem Freisinn alles andere als Dank wissen!

Ja, wir wollen der „Freis. Ztg.“ sogar noch zu Hilfe kommen und ein weiteres „Verdienst“ herausstreichen, das sich Herr Gerschel um die — Entzückten, die Reichen erworben hat. Voller Erbitterung geißelte dieser wacker Freisinnige den in der Steuerkommission des Landtags unternehmen frevelhaften Versuch, auch das Einkommen der Kapitalisten mit größerer Schärfe heranzuziehen. Hören wir, wie Herr Gerschel am 3. Mai 1907 nach dem stenographischen Bericht die Interessen der reichen Steuerbrüder wahrnahm:

„In der Kommission, in der der § 23 Absatz 3 angenommen worden ist, ist ein Antrag gestellt worden, der nicht weniger als folgendes verlangt: daß Bankgelder, Depositionen, Fassen und ähnliche Geldinstitute, Sparkassen, sowie die Verwaltung des Staatsschuldens über die Höhe des Guthabens und der hinterlegten Vermögensobjekte aller mit ihnen in Geschäftsverbindung stehenden Personen Auskunft zu erteilen haben. ... Er ist in der Kommission abgelehnt worden; aber die Konsequenzen, die eine Änderung der Grundsätze der Auskunftspflicht im staatlichen Interesse nach sich ziehen kann und vielleicht wird, sehen Sie an diesem Antrage, der in der Kommission gestellt worden ist. Ich wiederhole: principis obsta! (Hüte dich vor dem Anfang!)“

So verteidigte derselbe Herr Gerschel heroisch den Geldsack der Kapitalisten, der sich für die Steuerheranziehung der Arbeiter bis zum letzten Pfennig so nachdrücklich ins Zeug legte!

Freisinnige Arbeiterfreundlichkeit!

Nach den Kommunalwahlen.

Aus Brüssel wird uns geschrieben:

Die liberale Presse versucht, mit dem Resultat der letzten Gemeindevahlen zu prunken. Das gelingt ihr insofern, als sie die beträchtlichen Mißerfolge weise verschweigt und triumphierend verkündet, daß der Merkantilismus nicht, wie die antiliberalistische Presse prophezeit, „auf der Strecke geblieben“ sei. — Bieleicht wäre es nun in der Tat vernünftiger, wenn die antiliberalistische Presse am Vorlage der Wahlschlüsse nicht immer die pompöse Prophezeiung von der vollkommenen Vernichtung des Merkantilismus hinausgeschleuderte; denn einmal ist es ja klar, daß man einen Gegner, der mehr als zwei Jahrzehnte mit allen Mitteln der Korruption und Demagogie das Land demoralisiert und zum Schutz gegen das antiliberalistische Bürgertum und den Sozialismus sich selber ein mit jesuitisch-raffinierten Künsten auf den Leib geschmittenes Wahlsystem fabriziert hat, nicht mit einem Wurf niederstrecken kann. Zum zweiten kommt aber hinzu, daß das „antiliberalistische Bürgertum“ neben ehehlich-radikalen und demokratischen Elementen eine breite Schattierung von elegant abgetönten, aber darum nicht weniger echten Reaktionen aufweist, die — wie sich gerade bei dieser Wahl gezeigt hat — lieber die Liberalen in der Kommune haben als Leute, die zwar antiliberal, aber auch — Sozialdemokraten sind. Diesen tapferen „Antiliberalismus“ schulden die Liberalen auch ihre blamabelsten Niederlagen. Wovon noch zu reden ist. —

Nun, eine „Vernichtung“ der Liberalen Partei brachte der Wahltag allerdings nicht. Dagegen ein so buntes Spiel von Erfolgen und Mißerfolgen auf beiden Seiten, daß die Liberalen, auch sonst wohlwollend in handwerksmäßiger Fälschung und Verdrehung, es nicht allzusehr hatten, die Mathematik der Resultate zu ihren Gunsten zu korrigieren. Am frechsten allerdings ist das Wegblenden der unstrittbar glänzenden Erfolge des liberal-sozialistischen Kartells, wobei gleich vermerkt sein soll, daß ihm die Liberalen ihre besten Erfolge verdanken, während sie dort, wo sie stolz der eigenen Kraft vertrauen — wie z. B. in Tournai und Laeken — die schlimmsten Schlägen erlitten. Und wie wenig der Liberalismus fähig ist, mit eigenen Kräften den Merkantilismus zu besiegen, zeigt besonders augenscheinlich das Brüsseler Beispiel. Bekanntlich haben in Brüssel die Doktrinär-Liberalen das Kartell unterdrückt, in der Voraussetzung und Hoffnung, die Liste der Liberalen mit absoluter Majorität durchzubringen und damit nicht nur die ausschließenden Liberalen, sondern auch die ausschließenden Sozialisten loszuwerden. Ihre eigene Kraft hat da aber gerade gereicht, die Zahl ihrer Mandate aufrecht zu erhalten, ohne die Liberalen oder Sozialisten zu hindern, in alter Stärke einzuziehen. Eine weniger sozialisten-ängstliche Taktik hätte die Durchbringung der Kartell-Liste mit 25 000 Stimmen gegen die 11 000 der Liberalen ermöglicht, und die vier Liberalen wären ausgeschieden gewesen! —

Wie sieht es nun mit den Erfolgen der Liberalen aus? Sie haben in der Tat in Schaerbeek, dem bedeutendsten Vorort Brüssels, sechs Mandate gewonnen, so daß nunmehr der antiliberalistische Majorität von 18 Stimmen eine liberale Minorität von 15 Stimmen gegenübersteht. Von den sechs Mandaten verlieren die Sozialdemokraten fünf. Genosse Vertrand, der sich um die Kommune die größten Verdienste erworben, erhält auf Grund der Kartellvereinbarungen das Mandat eines Liberalen. Einen weiteren Erfolg verzeichnen die Liberalen in Laeken, der Residenz des Königs, wo — wie übrigens auch in Schaerbeek — Gründe lokaler Natur den Sieg bewirkt haben — von den Nationalisten und Progressiven der Liberalen ganz zu schweigen. Neben der Vorstadt Etterbeek, wird nun also die königliche Residenz den „Ruhm“ haben, von einer liberalen Majorität „verwaltet“ zu werden. Außerdem haben die Liberalen von Brüsseler Vororten noch in Uccle einen und in Anderlecht zwei Siege gewonnen. Demgegenüber stehen die glänzenden Kartell Siege in St. Gilles (wo die Liberalen drei Siege verloren), in St. Josse, Jette, St. Pierre. In der Provinz haben die Liberalen eine Reihe von liberalen Majoritäten gestürzt, so in Tournai, in Diest, in Ninove — lauter alter liberaler Besitzstand. Ferner haben sie in Löwen den Sozialisten zwei und den Liberalen fünf Mandate abgenommen.

Demgegenüber stehen nun wieder — und mehr als ausgleichend — vor allem der Kartellsieg in Antwerpen, der die Liste der Liberalen warf und die liberale Minorität um vier Mitglieder verringerte. Glänzend waren auch die Siege des Kartells in den bedeutendsten Gemeinden Lüttich und des Hennegau. Gestürzt wurden katholische Majoritäten u. a. in Dhaum, Perwez, Herbe (Wabani), in Heyst, Anock, Raveil. Den Liberalen sind überdies kleine Breschen in eine Anzahl liberaler Gemeinden Flanderns gelungen, insbesondere im Wahlkreis Dignude-Furnes-Ostende, in die zum ersten Male antiliberalistische Gemeinderäte gewählt wurden.

Wären sich nun auch in vielen Fällen Erfolg und Mißerfolg atgleich, so bleibt doch immer noch als sicheres Bild auf dem „antiliberalistischen Konto“ der fast durchschlagende Erfolg des Kartells, der nicht nur ziffernmäßig einen Erfolg darstellt, sondern für die antiliberalistischen Parteien als ein wichtiger politischer Faktor ins Gewicht fällt; denn Erfolge wie Mißerfolge dieser Wahlen haben gelehrt und mit den schlagendsten Beispielen positiv und negativ bewiesen, daß die herrschende liberale Macht bei dem alle politischen Kräfte fälschenden Wahlsystem nur zu entzweien ist, wenn sich alle Gegner dieser Macht auf einer Kampflinie sammeln.

Die Sozialdemokratie hat außer der Einbuße der vier Mandate in Schaerbeek ihre Positionen aufrecht erhalten und alles in allem Mißerfolge durch Erfolge wieder weitgemacht. Versäht und verzerrt auch das Schwindelwahlsystem der „vier Insamiken“, wie es Ansecke treffend genannt hat, jedes tatsächliche politische Kräfteverhältnis, so zeigt doch selbst ein so trugvolles Herrbild, wie es das Skrutinium des Pluralsystems ergibt, daß sich auch hier die industrielle Arbeiterschaft immer mehr mit der Sozialdemokratie identifiziert.

Von speziellen sozialistischen Erfolgen ist noch folgendes nachzuholen:

Im Gebiete des Borinage hat die Sozialdemokratie (neben einigen Mißerfolgen) den statistischen Gewinn von 24 Mandaten zu verzeichnen. Der große Erfolg des Kartells in Charleroi und seinem angrenzenden Industriegebiet ist vor allem durch die sozialistische Arbeiterschaft gesichert worden. Eine Reihe von Siegen wurden im Centre, dem großen Kohlenrevier, erobert, u. a. in der Gemeinde La Hestre. Am sichtbarsten zeigte sich das Vordringen der sozialistischen Idee im Lütticher Gebiet. In Lüttich selbst wurde ein Mandat gewonnen, weitere u. a. in Herstal, Nismelle, Werbiers und insbesondere in Huy, wo zwölf neue sozialistische Gemeinderäte einzuziehen. Auch in zwei Gemeinden in Limburg wurden Genossen zum ersten Male gewählt.

Der sozialistische Centralrat wird demnächst eine Materialsammlung herausgeben, aus der im Detail zu ersehen sein wird, in welchem Maße der sozialistische Einfluß in den

Gemeindevorkontrollen seit den letzten Wahlen im ganzen Lande gewachsen ist. Selbst eine oberflächliche Schätzung zeigt jedoch, wie led das Rechenmanöver der liberalen Presse ist, die für die Sozialisten und den Antiliberalismus einen „Rückzug“ herauszulügen will und von einem „Scheitern“ des Kartells faselt. In welchem Maße sich dieses bewährt hat, zeigt ein Bild auf die bürgerliche Presse, auf die dort ausgesprochenen Meinungen der einflussreichsten und bedeutendsten Politiker, die alle für die ausgedehnteste Kartellpolitik bei den Wahlen eintreten, um so zur Niederwerfung der liberalen Macht und ihres Schwindelwahlsystems zu kommen. Die sozialistischen Gemeinderäte werden übrigens in ihren Gemeindevorkontrollen nach dem Wiedereintritt eine einheitliche Kundgebung für die Einführung des allgemeinen Wahlrechts veranstalten.

Die Wahlen und die oktobristische Majorität der dritten Duma.

Petersburg, 25. Oktober. (Fig. Per.)

Wenn diese Zeilen in den Druck gehen, sind die Wahlen in ihr letztes Stadium getreten. Durch Befehl an den dirigierenden Senat ist für eine Anzahl Gouvernements der 14. (27.) Oktober als Wahltermin festgesetzt, eine Reihe anderer Gouvernements wählt am 19. Oktober (1. November). Die dritte Duma tritt am 1. (14.) November zusammen.

Unter normalen politischen Verhältnissen würde die Öffentlichkeit über den Gang der Wahlen genau unterrichtet und nicht auf offiziöse verlogene Bistren angewiesen sein. Die Parteikandidaten der Linken müßten sich nicht unter verschiedenen Bezeichnungen verstecken, und es ließe sich zur Stunde eine genaue Aufstellung über den Ausgang der Wahlen machen, statt daß noch alle Parteien über das Ergebnis so ziemlich im Dunkeln tappen.

Die Zusammenstellung der Wahlmännerlisten zu den Gouvernements-Wahlversammlungen ist so buntschichtig, daß sich die Majoritäten nur schwer bestimmen lassen. In vielen Fällen werden diese jedenfalls nur mit einer oder zwei Stimmen entscheiden. Immerhin steht fest, daß diese Wahlen ein ganz anderes Ergebnis bringen werden als die zur ersten oder zweiten Duma. Darüber lassen die Wahlmännerwahlen keinen Zweifel übrig. Wohl wählen auch diesmal die Städte und die Bauern oppositionelle Wahlmänner, doch das Staatsrechtswahlgesetz vom 3. (16.) Juni hat ja von vornherein dem Großgrundbesitz und der ersten Kurie der städtischen Wähler, dem städtischen Gewerkschaft, ein Übergewicht in den Gouvernements-Wahlversammlungen geschaffen, sodas die demokratischen Wahlen der städtischen Kreiswähler, der zweiten städtischen Kurie und der Bauern in diesen Gouvernements durch die künstlichen Majoritäten der Grund- und Hausagrarien zunichte gemacht werden.

Das Wahlgesetz vom 3. (16.) Juni will die dritte Duma jenem stumpfen, reaktionären Element ausliefern, das die Städtedumas und die dunklen Ecken in den Landschaften füllt, und das wird der Regierung gelingen, wenn auch nicht in dem Maße, wie sie gehofft hat. Daß sie mit einer Duma, in der nur Leute wie Kurischewitsch sitzen, keinen Schritt vorwärts käme, war für sie klar. Deshalb mußte sie Umschau halten nach einer Partei, die ihr stets gefügig wäre, die aber den Anschein erweckte, als ob sie auch gesellschaftliche Interessen verträte. Als eine solche Partei stand der Regierung der Verband vom 17. (30.) Oktober zur Verfügung. Der Oktoberverband ist eigentlich keine Partei, sondern ein Konglomerat verschiedener Elemente, ohne Parteidisziplin und ohne reguläre Parteitätigkeit. Es ist ein Gemisch von modernisierten Bürokraten, Glücksjägern, Strebern, Agitatoren, ein buntes Haufe, der nur um eine Nuance von dem christlichen Volksverband abweicht, mit diesem aber, wie jetzt die Wahlen beweisen, überall, besonders aber in der Provinz, zusammengeht.

In der zweiten Duma hatte der Oktoberverband nur wenige Vertreter, jetzt dagegen rechnet er, wie Guttschloff, der Führer der Oktobristen, in Moskau erklärt hat, auf nicht weniger als 288 Abgeordnete, während nach seiner Meinung die Opposition nur über 154 Mandate verfügen werde. Ueber diese Zahlen wird viel gestritten, und die Opposition glaubt, daß sie bei den Wahlen doch noch besser abschnitten wird. Jedenfalls ist schon jetzt damit zu rechnen, daß die Regierung in der Duma eine Majorität haben wird, die unter Umständen zwei Drittel der Abgeordneten umfassen kann. Diese Majorität würde sich zum Teil aus rein oktobristischen Abgeordneten zusammensetzen, zum Teil aus Abgeordneten der extremen Rechten. Der Unterschied zwischen diesen beiden wird aber kein wesentlicher sein, es kann aber als feststehend angenommen werden, daß diese Majorität eine ziemlich geschlossene sein dürfte.

Guttschloff, der wohl auch der Führer der oktobristischen Regierungsmajorität in der Duma sein wird, hat sich in Moskau offen und öffentlich ausgesprochen. Als leitendes Motiv seiner Reden tritt scharf hervor: Die Duma muß der Regierung „behilflich sein“. Was Guttschloff darunter versteht, ist daraus zu ersehen, daß von der Regierung verlangt wird, sie möge gleich ein Gesetz gegen den „Terror“ einbringen! Als ob die Regierung nicht bereits alles täte, um den „Terror“ schon jetzt zu unterdrücken. Der Kriegszustand im ganzen Lande, die unzähligen Galgen, Verschidungen, Zwangsarbeit — sind das nicht alles Werkzeuge im Kampfe gegen den „Terror“? Zu denken, daß eine Regierung noch mehr tun könnte durch Anwendung von Strick und Kugel, das vermag nur der politische Wahnsinn.

Wenn aber die Oktobristen unter „Terror“ auch z. B. die großen Reste der „Freiheit“ verstehen, wie das nach einigen Artikeln der „Nowoje Wremja“ zu schließen ist, dann ist allerdings noch einiges gegen diesen „Terror“ zu tun. . . . Die „Schtrassen“ verlangen auch, daß die Regierung ein drakonisches Gesetz gegen Streikende erlasse, und die lieben Oktobristen werden da ihren werten Bundesgenossen gewiß ebenfalls entgegenkommen müssen. Der „Konstitutionalismus“ der Oktobristen wird also darin bestehen, nicht nur die bisherigen Maßnahmen von Stolypin und Konforten zuzubehalten, sondern noch mehr darin, die Restauration systematisch bis zu Ende durchzuführen.

Aus den Ausführungen Guttschloffs ist weiter zu entnehmen, daß die Regierung diesmal auch keine Scherereien mit dem Budget haben wird, das in der Duma gleich nach der Eröffnung in Beratung genommen werden soll. Nach allem will man die dritte Duma zu einer Kanzlei des Ministerrates, zu einem Organ des Bürokratenstaates, zu einer Stütze der alten Ordnung machen. Der Oktobristismus ist derselbe alte Bürokratismus, und eine Duma des Oktobristismus ist eine Duma der Anachtung und des alten Systems. Darüber ist man zur Stunde nicht mehr im Zweifel.

Wird aber die dritte Duma eine so feste Opposition in ihren Reihen haben, daß es ihr möglich sein wird, die Dumamajorität zu konzeptionen an die Forderungen der Demokratie zu zwingen? — Werden vor allem die Kadetten wieder etwas Kraft bekommen? — Die letzten Wochen haben gezeigt, daß die Kadetten nach wie vor an eine ernsthaftige Opposition nicht denken; sie spielen nach oben! Sie waren bereit, den Oktobristen die Hand zu Wahlbündnissen zu reichen, und die Luft zwischen ihnen und der Linken

demokratischen Opposition hat sich während der Wahlen noch erweitert. . . . Die revolutionäre Linke wird in der dritten Duma eine nur geringe Anzahl Mitglieder zählen, und nicht an ihnen wird es liegen, dem Kadaver der dritten Duma Leben einzublasen. Die Majorität der Oktobristen zusammen mit den Kadetten werden schon wissen, jenen den Mund zuzubrüden, wenn sie ihnen zu unbedeutend werden sollten. So kommen wir allmählich aufs neue zu einer Lage, in der die Revolution wieder ganz in ihre Rechte tritt, und es kann leicht geschehen, daß das Kartellherrschen der dritten Duma sehr bald harte Erbsen erhält. Es ist interessant, zu sehen, daß die reaktionäre Presse sich schon jetzt mit der Frage beschäftigt, ob es der Regierung gelingen werde, mit der wüßfertigen dritten Duma das Land zu beruhigen. Und die Antwort ist für sie eine niederschmetternde. Gestern z. B. brachte die „Nowoje Wremja“ aus der Feder Menschiloffs einen Artikel, in dem die genannte Frage eingehend erörtert wird. Die Statistik beweist, so führt er aus, daß die großen revolutionären Explosionen abgenommen haben, dagegen ist die Welle der kleineren in fortwährendem Wachsen. Das flache Land kennt wohl keine Häubereien, der Bauer schaut aber mit Waisaugen. Volkst und Sabotage sind auf der Tagesordnung; vielerorts wollen die Bauern für kein Geld bei den Grundbesitzern arbeiten! — Mit Schreden schaut Menschiloff in die Zukunft: Der Kriegszustand lauge nicht, man sehe nur, wie die Verschwörungen blühen. Die Regierung habe das Land nicht beruhigen können. Was aber soll unter diesen Verhältnissen eine Duma derselben alten Butzanfraktion! —

Petersburg, 28. Oktober. Bis her (6 Uhr abends) liegen Meldungen über 260 Abgeordnetenwahlen vor, darunter 127 Rechte und Monarchisten, 88 Oktobristen und Gemäßigte, 1 friedliche Erneuerung, 17 Kadetten, 6 Mohammedaner, 7 Sozialdemokraten und 19 Linke.

Dem „V. L.“ wird telegraphiert: In einer Reihe von Städten wurden nach den Wahlen „patriotische“ Kundgebungen veranstaltet, bei denen die Nationalhymne gesungen und Gesundheitswünsche an den Jaren abgefertigt wurden. Rostow wählt das bekannte Kleeblatt Kurischewitsch, Krupenski, Sinadino wieder; in Witebsk steigt gegen die Erwartung der Opposition der russische Block, da die Polen und Juden, nachdem sie erlaubt hatten, daß sie in der Minderheit seien, demonstrativ den Saal verlassen hatten. Auch in einigen anderen Gouvernements, so in Grodno, hat die Opposition Niederlagen erlitten, obwohl sich in den offiziellen Angaben bei einiger sorgfältigen Prüfung ohne Zweifel Fehler herausstellen werden. Mancher als Mitglied der Rechten verzeichnete Abgeordnete dürfte sich später als wackelhafter Kadett erweisen. Da noch 238 Abgeordnete zu wählen sind, so erscheint der Jubel in den Regierungskreisen vielleicht ein wenig verfrüht, obgleich allerdings gestern die Liste des Schwarzen Hunderts gewählt worden ist.

Und in der „Woff. Jtg.“ lesen wir: Die folgenden Tage werden voraussichtlich ungünstiger für die Rechte und günstiger für die Opposition sein, da die Wahltermine von der Regierung absichtlich so festgelegt wurden, daß die Gouvernements mit gesicherter Regierungsmehrheit in die erste Reihe kamen. (1) Außerdem ist zu erwarten, daß ausstehende zahlreiche Stichwahlen einen viel größeren Prozentsatz von oppositionellen Abgeordneten ergeben werden als die Hauptwahlen.

Der hiedere Stolypin fühlt sich seiner Sache jedenfalls schon so sicher, daß er auf Wahlen wie Annemien und dergleichen verzichten zu können meint. Das beweist folgendes Telegramm:

Petersburg, 28. Oktober. In einer geheimen Ministerkonferenz ist beschlossen worden, keinen Entwurf eines Amnestiegesetzes dem Jaren vorzulegen. Stolypin beschränkt nämlich, daß die durch Verhaftung zahlreicher Führer der Revolution gedämpfte Arbeiter- und Bauernbewegung wieder in hellen Flammen entbrennen würde, sobald die sich jetzt hinter Schloß und Riegel befindlichen Aufwiegler und Terroristen in Freiheit gesetzt wären. Es ist also als sicher anzunehmen, daß die dritte Duma nicht mit einer Amnestie vom Jaren begrüßt werden wird. . . .

Politische Uebersicht.

Berlin, den 28. Oktober 1907.

Erkenntnis!

Die „Berliner Volks-Zeitung“ veröffentlicht folgenden Aufruf an die fortschrittlich-freieitlich denkende Arbeiterschaft:

Immer mehr bricht sich auch unter den Arbeitern, die weder der Sozialdemokratie, noch dem Zentrum respektive den Christlich-sozialen angehören, sondern der liberal-demokratischen Richtung zuneigen, der Gedanke Bahn, daß auch sie sich mehr politisch betätigen und politisch organisieren müssen.

Heute stehen diese Arbeiter meistens jeder lebhafteren politischen Betätigung und politischen Organisation fern. Sie haben sich viel vielfach seit Jahren in den Schmolzwinkel zurückgezogen, weil sie bei führenden liberalen Politikern nicht das nötige Maß von Entgegenkommen, das Verständnis für die gegenwärtigen Zeitverhältnisse und Bedürfnisse der arbeitenden Bevölkerung fanden.

Der Kern des liberal-demokratischen Gedankens, daß die persönliche Freiheit das höchste Gut des Menschen sei, wird auch von diesen Arbeitern anerkannt. Die großkapitalistische Entwicklung hat jedoch allmählich Formen angenommen, welche die persönliche Freiheit des Arbeiters schwer bedrohen, ja oft gänzlich aufheben. Die Selbsthilfe durch Gewerkschaften und Genossenschaften genügt allein diesen Mächten gegenüber nicht, um das hohe Gut der persönlichen Freiheit zu wahren, sondern es muß die Aufgabe der Staatsgewalt sein, sich des Schutzes der wirtschaftlich Schwachen anzunehmen und eine kräftige Sozialreform zu betreiben.

Dieser Idee stehen liberale Kreise aber noch vielfach gleichgültig, wenn nicht gar feindselig gegenüber, wie auch die Wahrung der staatsbürgerlichen Rechte der Arbeiterschaft oft ihrerseits die nötige Festigkeit vermissen läßt. Eine Veränderung wird jedoch nicht eher eintreten, bevor nicht die liberal-demokratisch denkende Arbeiterschaft ihr Schmolzwinkel aufgibt, sich künftig lebhafter politisch betätigt, den politischen Organisationen beiträgt und ihren Wünschen und Ansichten zur Anerkennung verhilft.

Von diesen Ansichten ausgehend, haben sich die Unterzeichneten zusammengefunden, um die Frage der politischen Betätigung und Organisation in die Hand zu nehmen.

Wir richten daher an alle Bestimmungsgenossen die Aufforderung, unsere Bestrebungen zu unterstützen. Wir sind bereit, Versammlungen zu arrangieren und Redner dahin zu entsenden, wo man gewillt ist, dem heutigen Zustande der politischen Gleichgültigkeit ein Ende zu bereiten und als gleichberechtigte Mitglieder und Mitarbeiter den uns nahestehenden politischen Parteien beizutreten.

Daher auf zur Arbeit! Auf zur politischen Organisation! Jesuiten sind zu rächen an H. Kreil, Düsseldorf, Zimmermannstr. 41. Neben Herrn Kreil, der Gewerkschaftsbeamter ist, ist der Aufruf von einer größeren Zahl von Arbeitern, die der Hirsch-Dunderschen Richtung angehören, unterzeichnet.

Die „Berl. Volksztg.“ bemerkt dazu: „Nach unseren Informationen handelt es sich bei dem Verurtheilten nicht um sozialdemokratischen und nicht-reactionären Arbeiter zu einer festen Organisation zusammen zu schließen, um das Bestreben, die Arbeiterforderungen mit größerem Nachdruck zu vertreten, als es bisher die liberalen Fraktionen in den Parlamenten getan haben. In Arbeiterkreisen fühlt man sich namentlich durch das programmverleugnende Verhalten der gegenwärtigen Geschäftsführer der freisinnigen Volkspartei in Sachen der preussischen Wahlrechtsfrage und der konservativ-liberalen Paarung in höchsten Grade unangenehm berührt und zurückgestoßen. Da die Arbeiter von den kleinen „Staatsmännern“ des konservativ-liberalen Blodunismus nichts zu erwarten haben, so fühlen sie sich gedrängt, sich zu einer festen Organisation zusammenzuschließen, um ihren Anschauungen und Forderungen mehr Respekt zu verschaffen.“

Die Audienz in Klein-Flottbeck.

Das Städtische „Reich“ traktiert gegen den „Vorwärts“, weil dieser über den sogenannten „Deutschen Arbeiterkongress“ eine andere Meinung hat als die Herren Rumm und Genossen. Namentlich aber will es dem Blatt nicht in den Sinn, daß der „Vorwärts“ die Rede des Reichskanzlers an die Kongressdeputation nicht als ein Ereignis von weltbewegender Bedeutung, sondern als eine höchst wichtige und nebenfällige Saisongerei einschätzt, der, wenn man sie in wenigen Worten erzählt, immer noch zu viel Ehre angetan ist. Das „Reich“, das mit den Vorgängen der christlich-nationalen Arbeiterbewegung gewiß vertraut ist, sollte doch eigentlich wissen, was Kanzlerreden zu bedeuten haben. Fürst Bülow hat ja schon einmal — am 13. Dezember 1903 — eine Deputation des Deutschen Arbeiterkongresses empfangen; er hat dabei den christlich-nationalen Arbeitern die Erfüllung ihrer Wünsche zugesagt, um von da bis heute keinen Finger weiter für sie zu rühren. Von den Forderungen des ersten Kongresses ist bis jetzt keine einzige erfüllt worden! — diese Klage tönte in Berlin ja aus der Rede eines jeden der christlich-nationalen Führer heraus. Deshalb also Purzelbäume schlagen über die reichskanzlerische Ansprache in Klein-Flottbeck, wenn man weiß, daß hinter den schon gedrechselten Phrasen auch nicht die Spur Willen zur Tat steckt.

Und was war es denn überhaupt mit der christlich-nationalen Deputation? Die „Kölnische Volkszeitung“ schreibt: „Die Audienz beim Fürsten Bülow ist von dritter Seite angeregt worden; sie wuchs nicht aus der Stimmung des Kongresses selbst heraus, sondern ist mehr die Erfüllung einer Höflichkeitspflicht, zumal ohne Befragung des Kongresses schon alle Vorbereitungen hierzu getroffen worden waren.“ — danach scheinen in den Aulissen des Kongresses ja eifrige Hintermänner tätig gewesen zu sein, um die ultramontane Mehrheit für die Erfüllung der Höflichkeitspflicht gegenüber dem Reichskanzler zu gewinnen. Die Delegierten der katholischen Organisationen, die in Berlin die weitaus größere Mehrheit bildeten, denken demnach von der Bedeutung der Deputation wesentlich geringer als die Städtlerleute.

Und was ist die Meinung der ultramontanen Presse bezüglich der reichskanzlerischen Ansprache? Die „Germania“ schreibt: „Ob die Deputationsmitglieder und die christlichen Arbeiter nach den Erfahrungen, die sie mit den vor vier Jahren gegebenen schönen Versprechungen des Fürsten Bülow gemacht haben, nach der Klein-Flottbecker Ansprache besonders hoffnungsfreudig in die Zukunft schauen, wollen wir dahingestellt sein lassen.“

Die „Kölnische Volkszeitung“ meint: „Als der Reichskanzler vor vier Jahren die Abordnung des ersten deutschen Arbeiterkongresses empfing, versprach er, für eine ernsthafte, sachliche Prüfung der Frankfurter Resolutionen“ Sorge zu tragen. Bei dieser Prüfung ist es geblieben. ... Den Arbeitern wird man es nicht verdenken können, wenn sie den Worten des Reichskanzlers sehr skeptisch gegenüberstehen und zunächst die Laten abwarten, zu denen es nun auch höchste Zeit ist.“

Die „Eisener Volkszeitung“ meint: „Dürftig, sehr dürftig ist der Inhalt der reichskanzlerischen Rede. Fürst Bülow braucht viele wohlgelegte Worte, um nichts zu sagen; jedem bindenden Versprechen geht er mit diplomatischer Weisheit aus dem Wege und doch war es das gerade, was die Abordnung erreichen wollte. Nicht um beim Reichskanzler zu frühstücken, ist sie auf Kosten von Arbeitergroschen nach Flottbeck gefahren, sondern um den Herrn Reichskanzler zu sozialpolitischen Laten zu veranlassen. Er hat darauf leider ganz ausweichend geantwortet.“

Also vom Zentrum selber, das doch bei dem christlich-nationalen Unternehmen hoch beteiligt ist, wird die Deputation der Herren Giesberts, Behrens usw. lediglich als ein Höflichkeitsspektakel und die Erklärung des Kanzlers bestenfalls als eine wohlgeformte Redeleistung gewertet. Und da verlangt das Städtblatt, daß der „Vorwärts“ über die Flottbecker Zwiegespräche meditieren solle wie über ein politisches Weltereignis! —

Wandver?

Das „Berl. Tagebl.“ schreibt: „Fraktionslosigkeit wird abigens heute bereits die Möglichkeit gegeben, daß auf der Frankfurter Einigungsversammlung am 10. November doch auch die Wahlrechtsfrage besprochen werden wird. Vielleicht finden dann bei diesen „sachlichen“ Beratungen auch die Stimmen aus dem Lande Beachtung.“

Wir würden uns sehr freuen, wenn diese Nachricht bedeuten sollte, daß unser Vorgehen und, wie wir gern konstatieren, auch die zahlreichen Bemühungen der liberalen Wahlrechtsfreunde, der Leitung der freisinnigen Volkspartei gezeigt hätten, daß sie in Gefahr gerät, sich unmöglich zu machen. Aber vorläufig müssen wir dem unsere stärksten Zweifel entgegenstellen. Die Fischbecks sind gelehrige Schüler Bülows und wollen ihm auch die Wahlrechtsfrage der öffentlichen Meinung nachmachen. Wie wollen erst abwarten, ob tatsächlich in Frankfurt das Wahlrecht, und vor allem auch, wie es behandelt wird, um uns unseres Erfolges zu freuen. Vorläufig können wir den bürgerlichen Freunden der Wahlreform nur raten, sich durch solche Kundgebungen in ihrer Agitation nicht abhalten zu lassen! —

Hans Bräsewisch — eine Beleidigung des Offizierstandes!

Die Lübeckische Strafkammer, die den Landgerichtspräsidenten Hoppenstedt zum Vorsitzenden hat, ist durch ihre drakonischen Urteile gegen Streikende und Arbeiter weit über Lübeckere Grenzen bekannt geworden. Am Sonnabend fällt dieses Gericht wieder einmal ein Urteil, das dem Volksempfinden geradezu ins Gesicht schlägt. Folgender Vorfall lag der Verhandlung zugrunde: Ein Bauarbeiter J. hatte am Morgen des 18. August einen ihm bekannten Maurer mit dessen Spitznamen Hans Bräsewisch gerufen. In demselben Augenblick kam ein Leutnant vorbei, der die Bezeichnung Bräsewisch auf sich bezog, sich schleunigst beleidigt fühlte und Strafantrag stellte. Das Schöffengericht, das sich zunächst mit der Sache zu beschäftigen hatte, kam zu einem Freispruch, da zwei Zeugen unter Eid bestätigten, daß der betreffende Maurer den Spitznamen Bräsewisch führte und gemeint gewesen sei. Weiter glaubte das Gericht dem 23jährigen Angeklagten, daß er den Offizier nicht gesehen habe und überhaupt nicht wisse, was Bräsewisch gewesen sei. Dieses freisprechende Urteil des Schöffengerichts gab besonders der „Deutschen Tageszeitung“ Anlaß zu einem Wutausbruch. Das Blatt schrieb u. a.: „Wir möchten betonen, daß es grundsätzlich äußerst bedenklich wäre, gegen solche ganz unmotivierten Beleidigungen eines ganzen Standes Milde walten zu lassen. Dadurch müßte schließlich die Selbsthilfe geradezu herausgefordert werden; und es könnten Zustände eintreten, die im Interesse des sozialen Friedens überaus beklagenswert wären.“ Das Wünderorgan fordert in diesen Ausführungen also geradezu zur Bräsewischerei auf. Die Herren können jetzt beruhigt sein; sie brauchen nicht zur Selbsthilfe greifen. Die Lübecker Hoppenstedtkammer ist der Auffassung der „Deutschen Tageszeitung“ beigetreten und hat den Bauarbeiter wegen Beleidigung des ganzen Offizierstandes, wie es in der Begründung heißt, zu der hohen Strafe von 14 Tagen Gefängnis verurteilt, obwohl die Aussagen der Zeugen, bis auf die des „beleidigten“ Leutnants, die Angaben des Angeklagten bestätigten. Das Urteil zeigt wieder einmal, wie die bürgerliche Rechtsprechung gegen Arbeiter funktioniert, wenn sich irgendein Leutnant durch ein gar nicht auf ihn gemünztes Wort beleidigt fühlt. Ueberhaupt ist es eine neue Erscheinung, daß Bräsewisch einer der anrüchlichsten Schimpfnamen sein soll. Die Ansicht des Reichsgerichts, daß Urteile keine wissenschaftlichen Leistungen seien, ist angefaßt solcher Urteile, wie die des Lübecker, begreiflich und um so notwendiger die Forderung der Gerichtsorganisation durch Entfernung der „gelehrten Richter“.

Hält die „Deutsche Tageszeitung“ mit dem Lübecker Gericht „Bräsewisch“ für eine Beleidigung, wie steht's dann mit Ausdrücken wie: „General“, „Stadtcommandant“, „Graf“, „Kürst“, „Oertel“ und dergleichen?

Herr Hilb und das Kohlenyndikat.

Herr Hilb hat in einer Zuschrift an das „V. L.“ erklärt, er sei nicht Mandatar des Kohlenyndikats gewesen. Wenn Herr Hilb so etwas angedeutet habe, so sei das eine freche Verleumdung gewesen.

Formell mag das ja stimmen. Für so dumm wird auch niemand das Syndikat und Herrn Hilb halten, anzunehmen, dieser habe sich offiziell zum Vertreter der vereinigten Grubenbesitzer erklären lassen. Tatsächlich war er's aber doch. Einen eifrigeren Verteidiger und Lobredner hat das Syndikat noch nie gehabt, als anlässlich der Kohlennotdebatte im Reichstag am 3. Dezember 1900 in dem Abg. Hilb. Bei dieser Gelegenheit hat Herr Hilb sein redlich Teil dazu beigetragen, dem Syndikat vorteilhafte Verträge mit dem Eisenbahnsyndikat zu verschaffen. An eine Einschränkung der Produktion werde in Westfalen nicht gedacht, der Gedanke an Preisnachlässe müsse zurückgewiesen werden, so betonte er. Die Ansicht, es müsse mit einer andauernden Kohlenknappheit gerechnet werden, wurde durch Hilbs Ausführungen verstärkt.

Und wenige Wochen darauf hatte das Syndikat die Verträge mit dem Eisenbahnsyndikat mit den erhöhten Preisen in der Tasche! Und wieder eine kleine Weile später beschloß das Syndikat die erste Produktionsbeschränkung!

Herr Hilb hatte eingangs seiner Ausführungen wohl betont, er spreche als Person, aber im Eifer der Verteidigung des Syndikats fühlte er sich doch so innig mit diesem verbunden, so sehr seine eigene Sache zur Debatte stehen, daß er von „wir“ sprach, anstatt vom Syndikat.

Herr Hilb war nicht nur der Anwalt des Kohlenyndikats, man muß ihm sogar bestätigen, daß er ein sehr guter Interessenvertreter war.

Frankreich.

Genosse Dr. Ferroul, Bürgermeister von Narbonne und einer der Führer in der jüngsten Winger-Kampagne, ist am Sonntag bei den Wahlen zum Generalrat in Lecignon mit 500 Stimmen Mehrheit gegen den offiziellen Kandidaten gewählt worden. Ferroul hatte selbst seine Kandidatur aufgestellt. Auch bei den übrigen Erziehungswahlen haben die Kandidaten der Verteidigung der Winger gesiegt. —

Italien.

Die Antwort der „Modernisten“.

Die Entgegnung der vom Papst getadelten Jung-Katholiken ist nunmehr erfolgt. Es ist ein anonymes Buch erschienen, betitelt „Programm der Modernisten“, Antwort auf die Enghelika Plus X.“ — Die Arbeit schließt mit folgenden Worten: „Unsere Bemühungen sind darauf gerichtet, ein neues Bewußtsein von dem unergänglichen Werte des Katholizismus zu verbreiten; die augenblickliche Verurteilung schreckt uns nicht. Wir wollen, daß das Christentum wieder eine Macht des Fortschritts werde.“ —

Bulgarien.

Die „Wostische Zeitung“ erhielt folgende Privatdepesche: Sofia, 28. Oktober. Die sozialistischen Arbeiter bereiten trotz der Polizeiverbote einen Straßenumzug vor; vorläufig haben sie dafür gesorgt, daß die Zeitungen nicht erscheinen und die meisten Betriebe, in denen die Arbeiterschaft sozialistisch ist, feiern. —

Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Bezirksverband Magdeburg. Die Parteioffiziere für die acht Reichstagswahlkreise des Regierungsbezirks Magdeburg hielt am Sonntag in Magdeburg ihren Bezirkstag ab. Aus dem Reichstagsbericht, den der Parteisekretär, Gewisse Weims, gab, sei hier erwähnt, daß sich die Zahl der organisierten Parteigenossen im letzten Jahr von 8394 auf 11548 hob. Durch die seit Jahresfrist in Kraft befindliche sogenannte Verstromungsordnung, welche die Vertretung öffentlich bemerkbarer Arbeit an Sonn- und Feiertagen verbietet und damit unter gewissen Umständen auch die Verbreitung von Flugblättern, wurden der Partei 1225 M. Strafen und Kosten verursacht. In der Diskussion über den Reichstagsbericht teilte Genosse Pfannschuch Berlin mit, daß zwecks Einführung einheitlicher Mitgliedsbücher vom Parteivorstand in aller nächster Zeit den Organisationen ein Mustermitgliedbuch zugestellt werde. Der Parteivorstand bereite die Herausgabe von sechs leicht verständlichen Agitationsbroschüren, u. a. eine an die Privatbeamten, vor und habe die Absicht, noch mindestens zwei weitere Serien herauszugeben. Weiter erwähnte Genosse Pfannschuch einbringlich, einen einheitlichen Beitrag von mindestens 10 Pf. wöchentlich oder 40 Pf. monatlich einzuführen. Aus dem Bericht über den Stand des Parteigeschäfts ist hervorzuheben, daß die Gesamteinnahme des Berichts „Volkstimme“ für das Geschäftsjahr Juli 1906 bis Juli 1907 sich auf 288 837 M. belief, eine Mehrerinnahme gegen das Vorjahr von 47 667 M. Die Ausgaben hingen um 59 182 M., auf 277 802 M., so daß in diesem Jahre ein um 11 035 M. geringerer Gewinn, nämlich 6034 M., erzielt wurde. Die Auflage der „Volkstimme“ stieg von 18 900 auf 22 600 Exemplare. Nach längerer Debatte über die Berichte wurde ein Antrag auf Ver-

billigung der Zeitung einstimmig abgelehnt. Der Bezirkstag beschloß dann die Einführung eines einheitlichen Beitrages von 10 Pf. wöchentlich. Die Kreise des Bezirks sind gehalten, diesen Beschluß bis zum 1. Oktober nächsten Jahres zur Durchführung zu bringen. Ein Antrag, frühzeitig in eine Agitation für die Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen einzutreten und zu dem Zweck schon jetzt die Arbeiter zum Erwerb der preussischen Staatsangehörigkeit zu veranlassen, fand ebenfalls Annahme. Weiter wurde beschlossen, eine möglichst monatlich erscheinende Agitationszeitung, die hauptsächlich für die Landarbeiter bestimmt sein soll, herauszugeben.

Die Parteigenossen des 11. badischen Reichstagswahlkreises hielten am Sonntag in Mannheim ihre Vertreterkonferenz ab. In den Bericht des Abgeordneten Dr. Franz über den Internationalen Kongress schloß sich keine Diskussion an. Lebhaft gestaltete sich eine solche über die agitatorischen und parteipolitischen Angelegenheiten des Kreises. Der kleine Rückgang in der Mitgliedschaft und im Abonnentenstand der „Volkstimme“ wird durch eine vermehrte Arbeitsleistung der Agitation ausgeglichen werden. Die Abonnentenzahl im 11. Reichstagswahlkreise beträgt 12 120. Die Zahl der organisierten Genossen der 105 örtlichen Organisationen 6217; die Einnahme der Wahlvereinskasse beläuft sich auf 3188 M. aus Beiträgen; im Ganzen auf 5900 M., gegengüber 4387 M. Ausgaben. Die sozialdemokratische Vertretung auf den Rathhäusern gestaltete sich folgendermaßen: 13 Gemeinderäte und 265 Ausschußmitglieder in 27 Gemeinden. Die Stadt Mannheim ist darunter mit 4 Stadträten und 32 Stadterordneten vertreten. Der Wahlkreis hat bei der Reichstagswahl 40 045, bei der Landtagswahl 11 875 sozialdemokratische Stimmen abgegeben.

Zur Budgetabstimmung auf der württembergischen Landesversammlung.

Die Bemerkungen des K.-Einfenders im „Vorwärts“ vom 24. Oktober würden mich in vielfacher Beziehung zu entschiedenem Widerspruch herausfordern können. Ich verzichte jedoch auf ihre Verantwortung, da die Fortsetzung des Streites um diese oder jene Einzelheit für die Sache selbst gänzlich zwecklos ist. Das Hauptergebnis der württembergischen Landesversammlung, wonach der Landtagsfraktion für die zukünftigen Budgetabstimmungen die Bewegungsfreiheit erhalten hat, die sie begehrte, kann durch alle Tüfteleien nicht verwirrt werden, und mit dieser Feststellung will ich mich an dieser Stelle begnügen. B. H.

Personalien. Aus Baden schreibt man uns: Zum Parteisekretär für Nordbaden mit dem Sitz in Heidelberg wurde vom Landesvorstand der Genosse Emil Meier in Mannheim ernannt, der seit einigen Jahren verantwortlicher Redakteur der „Volkstimme“ war. Genosse Meier tritt schon eine 14tägige Fast an, die er in seiner redaktionellen Tätigkeit verwendet erhielt. Der bekannte Staatsanwalt Jungjohann hat ihm unterdessen eine neue Anklage wegen Vergehens gegen das Preßgesetz zustellen lassen. Die Stelle eines dritten Redakteurs beim Karlsruher „Volkfreund“ wurde dem Genossen Nadel unter sechs Bewerber übertragen.

Sozialistische Agitation in England.

London, 28. Oktober. (Eig. Ber.) Der vor einiger Zeit im „Vorwärts“ besprochene Kampf gegen den Sozialismus in England wirkt auf die Arbeiterbewegung recht belebend. Die Zeit des Totstehens ist vorbei. Die Genossen sind überall in lebhafter Agitation begriffen. Die sozialistischen Reihen konsolidieren sich. Webb und Shaw, Hyndman und Quail, MacDonald und Harbin werden von den bürgerlichen Journalisten und Politikern angegriffen, alle sozialistischen Richtungen fühlen deshalb, daß sie zusammenstehen müssen.

Hyndman hält in London 8 Vorträge über die ökonomischen Lehren des Marxismus.

Gewerkschaftliches.

Arbeiter und Professor.

Die Arbeitslosigkeit der Bildhauergehülfen und Modelleure hat eine große Ausdehnung angenommen, besonders auch in Dresden. Sie wird noch dadurch vergrößert, daß die vom Staate an der Kunstgewerbeschule in Dresden als Lehrer angestellten Künstler Privatarbeiten in großem Umfange übernehmen und die Arbeiten dann mit Hilfe ihrer Kunstgewerbeschüler ausführen. Gegen diese gewerbliche Tätigkeit wandten sich nun die organisierten Bildhauergehülfen an das Ministerium des Innern unter Anführung von authentischem Material über den Umfang der Arbeitslosigkeit und den Umfang der gewerblichen privaten Tätigkeit des Kunstgewerbeschullehrers Prof. Groh. Das Ministerium bezeichnete in seiner Antwort die Uebernahme von Privatarbeiten durch die angestellten Künstler als erwünscht, um mit den Wünschen und Bedürfnissen des Publikums in Kontakt zu bleiben. Ferner, daß „der Gehalt, den diese Lehrer beziehen, nicht so hoch ist, daß ihnen zugemutet werden könnte, auf Privatarbeiten grundsätzlich zu verzichten“. Es lehnte also ein Eingehen auf die Beschwerde rundweg ab. Die Gehülfen wandten sich nun an den Professor Groh selber, hatten aber damit absolut keinen Erfolg; denn der Herr Professor riet ihnen, sie sollten sich mehr mit der Ausbildung als mit Organisationsfragen betätigen. Die Organisation blieb dem Herrn Professor die Antwort auf diese lehrhafte sein sollende Bemerkung nicht schuldig und wies darauf hin, daß sie sich allerdings eifrig mit der Fortbildung der Mitglieder beschäftige, aber als Gewerkschaft doch auch die Pflicht hätte, für ihre durch die große Arbeitslosigkeit in Not geratenen Kollegen zu sorgen.

Es muß ganz entschieden beurteilt werden, wenn der Staat seine Beamten nicht so bezahlt, daß sie darauf verzichten könnten, den Arbeitern durch die Beschäftigung von Kunstgewerbeschülern sozusagen das Brot vor der Nase wegzunehmen. Der Kontakt mit dem Publikum kann durchaus durch die Anfertigung der Entwürfe hergestellt und aufrechterhalten werden. Die Ausführung sollte man den gelehrten Arbeitern überlassen.

Berlin und Umgegend.

Die Bautischler hielten am Sonntagvormittag bei Voelker in der Weberstraße eine Versammlung ab, in der der Spruch des Einigungsamtes und die Forderungen „Nisse der Unternehmer“ auf der Tagesordnung standen. Der Brandenburger Reichsrat gab eine Uebersicht über die außerordentlich schwierigen Verhandlungen mit den Unternehmern, die sich das ganze Frühjahr und den Sommer über hingezogen haben, ohne zu einer Einigung zu führen. Die noch immer nicht entschiedene Streitfrage ist, wie weit die Bestimmung des allgemeinen Vertrages für das Tischlergewerbe über die fünfprozentige Lohnerhöhung für die Bautischler gilt, sowohl was die Lohnarbeit anbelangt, als auch hinsichtlich des Akkordtarifs, dessen einzelne Positionen laut Vertrag nun bis zu 5 Proz. aufgebessert werden sollten. Den vertragsmäßigen Aufschlag auf die Zeitlöhne wollten die Unternehmer nur in den Betrieben durchgeführt wissen, wo lediglich in Zeitlohn gearbeitet wird, während die einzelnen Lohnarbeiter in Akkordverhältnissen nur einen den Erhöhungen des Akkordpreises entsprechenden Aufschlag erhalten sollten. Die allgemeine Durchführung der fünfprozentigen Lohnerhöhung wurde dann davon abhängig gemacht, daß die Arbeitnehmervertreter den Beweis dafür erbringen sollten, daß in der Mehrzahl der Betriebe die Lohnarbeiter diesen Aufschlag schon erhalten hätten. Die Ar-

Beitragserklärer erklären jedoch, daß, wenn sie erst beweisen sollten, daß die meisten Unternehmer den Ausschlag zählten, ein Schiedsgericht über die Frage ziemlich überflüssig sei. Der Schiedsgerichtspruch, den das Einigungsamt am 21. September fällte, läßt die Streitfrage tatsächlich unerledigt, stellt den Parteien anheim, von neuem darüber zu verhandeln und, falls sie sich nicht einigen können, nochmals das Einigungsamt anzurufen. — Hinsichtlich des Affordiariefes hatten die Arbeitnehmer eine genauere Spezialisierung vorgeschlagen, die Unternehmervertreter erklärten jedoch, daß sie sich in der Vorlage nicht zurechtfinden könnten. Nun haben die Unternehmer der Branchenkommission schriftlich mitgeteilt, daß sie die „weitgehenden“ Zugeständnisse gemacht hätten, und jede weitere Erhöhung vollkommen ausgeschlossen sei. Der Medner führte die einzelnen Positionen an; es sind im ganzen 25, von denen jedoch tatsächlich nur etwa 15 als Verbesserungen in Frage kommen. Dabei enthält der Tarif der Unternehmer ungefähr 125 Positionen, der spezialisierte Entwurf der Gehilfenschaft jedoch an 300. Die Branchenkommission und die Vertrauensmänner, die sich mit der Sache befassen, kamen zu dem Entschluß, die Entscheidung der Versammlung zu überlassen. Eine entschiedene und endgültige Ablehnung des Angebotes hielt der Medner nicht für zweckmäßig, namentlich auch mit Rücksicht auf die schlechte Konjunktur. Er empfahl der Versammlung folgende Resolution, die schließlich auch gegen wenige Stimmen angenommen wurde:

„Die Versammlung nimmt Kenntnis von dem im Tarif durch die Unternehmer verbesserten Positionen, muß aber, da die Auslegung des Vertrages von den Versammelten anders aufgefaßt wird, das im Tarif Zugeständene vorläufig ablehnen. Die Versammelten sind der Meinung, daß eine Spezialisierung des Tarifes durchaus notwendig ist, und beauftragen die Kommission, über das für die Bautischler im allgemeinen Vertrag festgelegte durch die Schlichtungskommission und eventuell durch das Einigungsamt entscheiden zu lassen.“

Die Schlichtungskommission wird übrigens am Mittwoch wieder verhandeln. Wichtig für die ganze Angelegenheit ist auch eine schriftliche Erklärung des Zentralvorstandes der Bautischlermeister, wonach die zu beschließenden Erhöhungen rückwirkende Kraft bis zum 14. Mai haben sollen.

Achtung! Sattler! Mauflorbarbeiter!

In der Hundemauflor- und Halsbänderfabrik von August Werlach, Luisenufer 13, haben die dort beschäftigten Kollegen wegen erfolgter Abzüge die Arbeit eingestellt. Wir ersuchen um strenge Fernhaltung jeglichen Zuguges.

Die Ortsverwaltung Berlin des Verbandes der Sattler.

Deutsches Reich. Bergarbeiterbewegung.

Essen, 28. Oktober. Gestern vormittag fand im Saale des Herrn van der Loo — in demselben Lokale, wo feinerzeit die Einigung der verschiedenen Bergarbeitervereine in der Knappschäftsfrage vollzogen wurde — die erste gutbesuchte öffentliche Bergarbeiterversammlung nach der Generalversammlung vom 12. Oktober statt, um die Berichterstattung über dieselbe entgegen- und Stellung zu derselben zu nehmen. Knappschäftsältester G. Schardt legte in längerer Rede Rechenschaft über die Tätigkeit der sieben Komitees, zu denen er auch gehörte und führte u. a. aus, daß die Berichte der „Köln. Ztg.“ und anderer Organe, nach denen die „schärfere Tonart“ der Bergarbeiterführer die Schuld trage, daß das Knappschäftsstatut am 12. Oktober abgelehnt sei, falsch und gewissenlos sein! Wahr sei, daß die Komitees den Werksbesitzern so weit entgegengekommen sind, wie sie es vor ihren Kameraden verantworten konnten, daß die Annahme aber an der Hartnäckigkeit und dem zähen Widerstande der Werksbesitzer, die auf ihrem Grenzstandpunkte beharrten, gescheitert ist. — Redakteur Polorny kennzeichnet die Haltung der Werksbesitzer, für die die Annahme der Statuten eine Minderbelastung von etwa zwei Pfennig pro Kopf ausgemacht hätte. Nicht wirtschaftliche Bedenken hätten die Werksbesitzer abgehalten, nachzugeben, sondern das Gefühl ihrer Macht. Die preussische Regierung habe versucht eine Einigung herbeizuführen und zu diesem Zwecke einen Vertreter zur Generalversammlung entsandt, jedoch ohne Erfolg. An der Hand von Tatsachen konstatierte Polorny, daß die Geschäftslage der Bergbauindustrie in diesem Jahre eine glänzende ist, trotz der gegenteiligen Mitteilungen der „Köln. Ztg.“ und „Rheinisch-Westfälischen“ und „Köln. Volkszeitung“, — und doch ist das Kohlen-syndikat so strapellos, die für dieses Jahr festgelegten teuren Kohlenpreise auch fürs nächste Geschäftsjahr festzuhalten.

Daß wir einer wirtschaftlichen Krise entgegengehen, liegt auf der Hand, und zwar vielleicht schon zum nächsten Frühjahr.

Und wen wird diese Krise dann zuerst treffen?

In erster Linie die Bergarbeiter, und dann die von ihnen abhängenden kleinen Geschäftsleute. Man werde die Löhne, die in den letzten fünf Jahren kaum merklich gestiegen seien, herunterdrücken und Tausende Arbeiter entlassen. Die Gesellschaften schreiben alljährlich bei den Geschäftsablässen ein großes Kapital zum Reservefonds ab. Wozu ist dieser Fonds? Um bei einer Krise oder in Zeiten eines Streiks nicht mit leerer Tasche dazustehen und um die Arbeiter zu knebeln. Wo aber ist der Reservefonds der Arbeiter? Der Verdienst ist so gering, daß er kaum zur Erhaltung einer Familie genügt. Die abgearbeiteten Knochen seien ihr Reservekapital. Diese sind morsch und mürbe. Mit dem von den Werksbesitzern vorgelegten Knappschäftsstatut wolle man ihnen die paar Rechte, die sie seit einem Menschenalter beäßen, wegnehmen und sie zu willenlosen Werkzeugen der Ausbeuter machen. Wie das neue von der Regierung am 1. Januar 1908 vorgelegene Zwangsstatut ausfallen wird, weiß man nicht, aber besser wird es auf keinen Fall als das alte. Um einer Verschlechterung kräftig entgegenzutreten, müssen die Bergarbeiter sich immer mehr organisieren, und nur dann, wenn aller Indifferentismus aufgehört hat, können wir der Regierung und den Werksbesitzern zeigen, daß die Hunderttausende Bergarbeiter eine Macht bilden, die nicht mit sich spielen läßt und eventuell bereit und gewappnet ist, in einen ihr aufgedrungenen Kampf einzutreten und sich aufs äußerste zu wehren.

Zum Schluß wird die von uns bereits in voriger Woche gebrachte Resolution, in der die Ablehnung des Statuts seitens der Komitees gutgeheißen und ein neues Reichsberggesetz verlangt wird, einstimmig angenommen.

Streikbrecher

Sucht die Direktion der Harzer Werke für ihre Werke in Blankenburg i. S. Jorze i. S. und Sangerhausen mit allen Mitteln zu beschaffen. Die Arbeitsnachweise der Metallindustriellen haben die Unterstützung von Agenten erhalten oder in Anspruch genommen. Die Agenten beziehen pro Kopf der gelieferten Arbeitswilligen 5 bis 6 M. Dazu verrechnen sie alle Auslagen und auch für sich besonders Reisepfennig. Diese Agenten suchen mit dem Eifer von Seelenverkäufern die Herbergen und Landstrassen nach arbeitslosen armen Teufeln ab, die mit Engelszungen überredet werden, die Arbeit bei den Harzer Werken anzunehmen. Es wird weder nach Verus oder sonst was gefragt. Kranke und verelendete Leute schleppt man mit unerfahrenen zusammen in die beschriebenen Betriebe, wo sie auf Stroh und Strohsäcken in Massenquartieren schlafen müssen. Ebenso werden die Massen in der Fabrik abgefüttert. Der Herr Direktor D. F. Brandt fählt sich unter diesen Leuten sehr wohl. Er verweilte in den ersten Tagen sehr viel unter

ihnen, verteilte Zigarren und Zigaretten und sorgte für Getränke und Kurzweil, darum ging es bei den Klängen einer harmonischen und sonstiger Instrumente, die von der Direktion geliefert waren, recht munter her. Nur bei der Arbeit geht es nicht so munter zu.

Trotzdem daß schon wochenlang über die bestehenden Differenzen bei den Harzer Werken berichtet und um Obacht gebeten worden ist, beteiligt sich der „Regulator“ des Gewervereins der Maschinenbauer und Metallarbeiter zur Unterstützung der Firma bei der Anwerbung von Streikbrechern.

In Nr. 43 erschien folgendes Inserat:

Formen- und Arbeiter für Formmaschinen, Sieberei-Arbeiter und Modellstecher finden sofort dauernde gut bezahlte Beschäftigung.

Harzer Werke zu Rübeland und Jorze in Blankenburg, Harz.

Es ist ja auch nichts anderes vom „Regulator“ des Harz-Tourenisten Gewervereins zu erwarten.

Hilfe erhalten, nach den Mitteilungen der eingelieferten Arbeitswilligen, die Agenten von verschiedenen Polizeiorganen. Danach haben Polizeibeamte in Hamburg nachts und am Tage zureisende Personen auf der Straße gefragt, ob sie gewillt sind Arbeit bei den Harzer Werken anzunehmen, und Zustimmung nach dem Revier und von dort nach dem Bahnhof gebracht. Den Angeworbenen werden bei der Aufgreifung 45 bis 60 Pf. pro Stunde versprochen, in den Harzer Werken angekommen, müssen sie eine Erklärung unterschreiben, daß sie mit 35 Pf. zufrieden sein wollen.

Die Direktion tut sehr viel, die Arbeitswilligen abzulenken. Will einer aus der Gefangenschaft heraus, so wird alles versucht ihn zu halten, was ja dadurch erleichtert wird, daß die armen Kerle zum großen Teil aller Mittel bar sind. Die Direktion weiß auch das auszunutzen. Am Sonnabend, den 26. Oktober, mußte ein Konfektionsgeschäft eine Ladung Angestellte nach dem Arbeitswilligenquartier bringen, wo sie verpaßt werden sollten. Natürlich sollen die Leute sich für Abzahlung verpflichten, wodurch sie an die Werke gebunden sein sollen. Als Vorwand zur Einleitung diente der geplante Besuch der Hermanns- und Baumhohle, der gemeinschaftlich von Direktion und Arbeitswilligen am 27. Oktober unternommen worden ist.

Die beiden Tropfsteinhöhlen in Rübeland i. S. sind von den Harzer Werken gepachtet. Durch das Eintrittsgeld, das dort erhoben wird, hat die Aktiengesellschaft eine hübsche Einnahme. Ränder Proletarier hat schon dazu seine Mark beigetragen.

Den Arbeitswilligen steht auf den Werken ein trauriges Los bevor. Sehr bald werden sie aus ihren Träumen durch ihren ausgezahlten Lohn gerissen werden. Die Arbeit ist eine sehr unangenehme, was jeder Kenner ohne weiteres bejahen wird, wenn er weiß, daß hauptsächlich Potterie in Frage kommt. Aus all diesen Gründen tun Metallarbeiter gut, Sorge zu tragen, daß alle Metallarbeiter vor Reinfall bewahrt bleiben.

Die Aktionäre haben sich sicherlich an manches gewöhnen müssen, was kein Vorteil für sie war, aber für die Zukunft werden sie unter der jetzigen Direktion noch manches erleben. Interessant wäre es für die Aktionäre und für die Öffentlichkeit, wenn einmal festgestellt würde, wie und wann die Besitzer der Aktien getuschelt haben. Interessierte Aktionäre können bei den Arbeitern der Werke mancherlei Aufschluß über die bestehenden Verhältnisse erlangen.

Inbesondere weisen wir darauf hin, daß alle einsichtigen leitenden Funktionäre, die bei den Harzer Werken waren, sich überzeugt haben, daß die Arbeiterschaft der Gesellschaft sehr bescheiden und fleißig ist. Es muß weit mit der Drückerie gekommen sein, wenn sie Forderungen erheben.

Die Harzer Werke haben in dem Blankenburger Betriebe alle ihre angeworbenen Arbeitswilligen zusammengegriffen, in der Absicht, die Streikenden zu schrecken. Nach Jorze haben sie berichtet, daß in Blankenburg und Sangerhausen die Arbeit bedingungslos aufgenommen sei. Die Streikenden lachen über solche Röhren, worin sie die ganze Realität der Veranlasser erlirnt haben.

In Blankenburg hatte die Frau eines Streikenden ohne Wissen des Mannes um Wiedereinstellung im Namen desselben geschrieben. Darauf hat die Firma folgende Antwort gesandt:

G/Ht. Blankenburg, den 24. Oktober 1907.

Herrn Blankenburg, Harz.

Ihr Besuch um Wiedereinstellung, gerichtet an unseren Obermeister Herrn Walle, wurde uns von demselben zur Erledigung übergeben.

Leider müssen wir Ihnen mitteilen, daß demselben nicht stattgegeben werden kann.

Aus den täglichen, gleichlautenden Gesuchen, die uns zugehen, ersehen wir, daß über unsere Erwartung hinaus viele Verführte unter den Ausständigen sich befinden, die sich über ihre Handlungen erst jetzt ins Klare kommen. Dies erfüllt uns mit aufrichtigem Bedauern und zwar umso mehr, als die oben genannten Arbeitsstellen bereits wieder voll besetzt sind und wir ferner nicht aus eigener Entschliebung, sondern durch dienstlichen Auftrag verpflichtet worden sind, niemand wieder bei uns in Arbeit einzustellen, der sich diesem frivol in Szene gesetzten Streik angeschlossen hat. Es ist auch nicht daran zu denken, daß an den maßgebenden Stellen eine Aenderung der Ansicht eintritt, und müssen Sie sowohl wie die vielen anderen Verführten und Unschuldigen leiden, was ihnen von einzelnen Schreibern und Außern zum Streik eingebracht ist.

Wir wiederholen, daß wir es in Ihrem Interesse bedauern, daß wir Ihrem Gesuch nicht näher treten können, und hoffen, daß es Ihnen gelingt, anderweitig wieder so gut bezahlte Arbeit zu bekommen.

Achtungsvoll
Harzer Werke zu Rübeland und Jorze.
Der Vorstand.

Die Streikenden erklären die Angaben, daß täglich Gesuche um Einstellung von den Streikenden an die Direktion eingehen, solange für erfunden, bis die Direktion die Beweise dafür bekennt gibt. Ferner ist es unwar, daß die von den Streikenden verlassenen Arbeitsstellen besetzt sind. Die begleitenden Worte, die Mitleid zeigen sollen, betrachten die Streikenden als Heuchelei und Skoldisstranen, die aber sehr unflug angewandt worden sind.

Die Neunstundenbewegung der Schuhmacher in Dresden ist durch eine Einigung, die infolge angebotener Verhandlungen erzielt worden ist, beendet. In den Betrieben wird die 9 1/2 stündige Arbeitszeit eingeführt, Sonnabends 8 Stunden. Eine am Sonnabend abgehaltene, von 1500 Personen besuchte Versammlung der Schuhmacher gab diesen Abmachungen ihre Zustimmung, wodurch ein Kampf vermieden worden ist, zu dem es zweifellos infolge des brüskten Verhaltens der Unternehmer gekommen wäre. Es wurde eine Resolution angenommen, wonach auch weiterhin auf Verkürzung der Arbeitszeit hingearbeitet werden soll.

Ausland.

Der Streik im Hafen von Rotterdam scheint sich immer mehr zu verschärfen. In der vorigen Woche haben die Streikenden mit 1193 gegen 46 Stimmen beschlossen, unter keinen Umständen die Arbeit wieder aufzunehmen, falls ihre beschiedenen Forderungen nicht anerkannt werden, die darauf hinauslaufen, daß eine Lohnerhöhung für die Getreidearbeit zugesagt werde, daß die allgemeinen Beschwerden durch eine gemeinsame Kommission entschieden werden, und daß alle festen Arbeiter wieder in ihre alten Plätze kommen. Die Unternehmer haben darauf mit einem Ultimatum geantwortet, wonach, falls die Arbeit nicht zu den von ihnen aufgestellten Bedingungen bis zum Montag dieser Woche

wieder aufgenommen würde, die Streikenden dauernd durch andere Arbeitskräfte ersetzt werden sollten. Daß die Streikenden sich dem fügten, sahien von vornherein ausgeschlossen. Inzwischen geben die Unternehmer auch gegen die sogenannten Freileute, gegen die Getreidemesser, Wäger und Kontrolloren vor. Diese Gruppen von Arbeitern haben sich von Anfang an nicht an dem Streik der Getreidearbeiter beteiligt, weil sie ihre Lohnerhöhung erhalten haben, eine Arbeitsniederlegung ihrerseits den Streikenden nichts nützen würde, da man in solchem Fall das Getreide ungewogen über Bord bringen würde. Sie unterstützten jedoch die Streikenden mit Geldmitteln, obwohl sie selbst mit Streikbrechern zusammenarbeiten müssen. Daß es hierbei nicht immer ganz freundlich zugeht, ist begreiflich, doch bürgt schon der Umstand, daß die Unternehmer auch den geringsten Klagen der Streikbrecher Gehör schenken und dann die Wäger ebenfalls durch Streikbrecher zu ersetzen pflegen, dafür, daß die Streikbrecher nicht ernstlich belästigt werden. Das genügt jedoch den Unternehmern noch nicht. Sie verlangen nun von jedem einzelnen Arbeiter jener Gruppen die Unterschrift einer Erklärung, wonach derjenige, der sich irgend welche Belästigung der Streikbrecher zuschulden kommen läßt oder Störung der Ordnung und des ruhigen Ganges der Arbeit verursacht, auf drei Monate von aller Arbeit bei Mitgliedern der Schiffsahrtsvereinigung ausgeschlossen sein soll und die Schiffe auch nicht mehr betreten darf. Die Erklärung ist so abgefaßt, daß sie zu unerträglicher Willkür Veranlassung geben muß. Uebrigens haben die Unternehmer im Hafenbetrieb Rotterdam sich nun auch eine Organisation geschaffen, die nicht nur die Stauerunternehmer, sondern auch die Schiffsmakler und Reederei umfaßt, und den ausgesprochenen Zweck hat, „unbillige“ Forderungen der Arbeiter abzuwehren und die einzelnen Unternehmer durch Konventionalstrafen zu zwingen, Forderungen der Arbeiter nicht zu bewilligen.

Eingegangene Druckschriften.

Rechtsfragen für Haus und Beruf. Von Referendar Robert Werner. 128 Seiten. Frankfurt a. M., Leipzig.

Noald Amundsen. Die Nordwest-Passage. Keine Polarfahrt auf der Gisa. 560 Seiten, 140 Illustrationen und 3 farbige Karten. Umschlag von H. Schulz. 16 Lieferungen zu 75 Pf. Erste Lieferung. Verlag von Albert Langen in München.

Grundzüge der Handwerkspolitik der ungarischen Regierung. Rede des ungar. Staatssekretärs J. Esteromi. 32 Seiten. Verlag: Literarische Buchdruckerei A.-G., Budapest, VI. D-III-22.

Der Jeniseitläge Gude! Von J. Jerr. 63 Seiten. 1 M. Verlag: J. W. Müller, Berlin W. 30.

Alkohol und Kind. Von Dr. med. A. Hollfischer. 10 Pf. Verlag: Deutscher Arbeiter-Kölnenienbund, J. Michaelis, Berlin, Langestr. 11.

Neue Gesellschaft. Heft 17. (Herausgeber Dr. J. Braun und H. Braun.) Verlag: Berlin NW. 6, Charitéstr. 3. Preis für das Einzelheft 10 Pf.

Die Weltsprachbewegung. Von Dr. B. Borgius. 28 Seiten. Verlag: J. H. Hoffmann, Berlin W. 35.

Werde gesund! Zeitschrift für Volksgesundheitspflege. 10. Heft. Herausgegeben von Dr. med. G. Liebe. Monatlich ein Heft. Vierteljährlich 75 Pf. Verlag: Th. Krieger in Erlangen.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der wackelnde Staat.

Dortmund, 28. Oktober. (V. S.) Wie die „Dortmunder Zeitung“ aus Berlin meldet, sind für morgen vormittag nach der Urteilsvorlesung im Molke-Harden-Prozess angeblich Strafen-urkunden zu erwarten. Zur eventuellen Unterstützung der Polizei bleiben daher einige Kompanien des 4. Garderegiments a. S. in der nahen Kaserne, an der Ratzenwerstraße, konfigniert.

Uebergreifen der amerikanischen Krise.

Wien, 28. Oktober. (W. L. W.) In der heutigen Sitzung des Verwaltungsrates der österreichischen Länderbank wurde laut Bericht der Direktion konstatiert, daß die Leitung der Londoner Filiale sich einer Reihe schwerer Verfehlungen durch eigenmächtiges Eingehen großer spekulativer Engagements, namentlich in amerikanischen Werten, welche dann auf die Bank abgewälzt wurden, hat zuschreiben können lassen. Durch die amerikanische finanzielle Krise hat sich aus diesem Effektenbesitz bei einem heutigen Kurswerte von 4 Millionen Kronen ein Verlust von 4 1/2 Millionen Kronen auf der Basis der Kurse vom 25. Oktober ergeben. Man erwartet angehängt der wiederkehrenden Verfügung auf dem amerikanischen Effektenmarkt eine Verminderung dieser Verlustziffer, da fast ausschließlich bestfundierte amerikanische Papiere in Betracht kommen. Die aus dem regulären Geschäft eventuell erwachsenden Verluste dürften 500 000 Kronen kaum übersteigen und sind durch die vorhandene Reserve gedeckt. Schließlich wird betont, daß die obigen Verluste durch die Mehrerträge des laufenden Jahres eine wesentliche Herabminderung erfahren werden.

Zurückgetreten.

Posen, 28. Oktober. (W. L. W.) Der Reichstagsabgeordnete für den Wahlkreis Krotoschin-Koschnin, Dr. v. Riezowski (Pole), hat sein Mandat niedergelegt.

Nord und Selbstmord.

Freiburg i. Breisgau, 28. Oktober. (W. L. W.) In Ottschwanden ersah heute der Hofbauer Schneider seinen Schwiger Sohn Willard nach kurzem Wortwechsel. Der Täter erhängte sich im Ortsarrest.

Hochwassergefahr.

Innsbruck, 28. Oktober. (V. S.) In Südtirol herrscht infolge Regenwetters neuerlich Hochwassergefahr. Im Allental sind zwei Brücken weggerissen, im Passieral ist eine Straße zerstört. Die Ortshaus Plaus im Vintschgau ist teilweise überschwemmt. Die Fuhrertaler Flüsse steigen bedrohlich, ebenso in Welschtirol. Rom, 28. Oktober. (V. S.) Durch den noch immer anhaltenden Regen sind sämtliche norditalienischen Flüsse derart angeschwollen, daß zahlreiche Städte überschwemmt und andere ernstlich bedroht sind. Auch der Tiber ist infolge mehrerregigen Sturzregens hoch angeschwollen und bis 8 Kilometer oberhalb der Stadt Rom aus den Ufern getreten.

Neapel, 28. Oktober. (W. L. W.) Ein heftiger Regen ging heute morgen nieder und verursachte großen Schaden im Weidbilde der Stadt Neapel. Zahlreiche Paläste wurden überschwemmt, Räume wurden entwurzelt, das Dach einer Streichholzfabrik wurde abgedeckt, Landhäuser in Portici wurden verwühlt und der Verkehr der elektrischen Bahnen in der Gegend des Besudo unterbrochen. In Pozzuoli fand eine starke Ueberschwemmung statt, das Meer überschwemmte einen Teil der Stadt.

Attentat.

Petersburg, 28. Oktober. (W. L. W.) Heute nachmittags 4 Uhr erschien im Arbeitszimmer des Chefs der Gefängnisverwaltung des Staates, Wladiwischen Staatsrats Maximowski, eine unbekannte Frau und gab auf ihn sieben Schüsse ab, die ihn tödlich verwundeten. Die Täterin wurde verhaftet. Rogimowski starb 6 Uhr nachmittags im Hospital.

Pleitesegnende Pfaffen.

New York, 28. Oktober. (V. S.) Die Geistlichen ermahnten in ihren gestrigen Predigten die Gemeinden, nicht zu der Panik beizutreten, sondern ihr möglichstes zu tun, um die Lage ruhiger zu gestalten. Die Banken sind allgemein entschlossen, Bargelder für Lohnzahlungen und die übrigen jedoch nur notwendigen Bedürfnisse herzugeben.

Generalversammlung von Groß-Berlin.

Am Sonntag trat in Kellers Saal in der Koppenstraße die Generalversammlung des Verbandes der sozialdemokratischen Wahlvereine von Groß-Berlin zusammen...

Nach Eröffnung der Versammlung beantragte der Vorsitzende Eugen Ernst im Namen des Zentralvorstandes, neue Anträge, welche außer den vorliegenden in der heutigen Versammlung...

Der Antrag des Zentralvorstandes, keine neuen Anträge zuzulassen, wurde mit 367 gegen 368 Stimmen angenommen.

Er sagte unter anderem: Wenn die Meinung laut geworden sei, die Vorlage sei gleichbedeutend mit einem neuen Statut, so sei das eine Unbertreibung. Es handele sich bei den beantragten Änderungen nicht um Neuerungen, sondern nur um präzisere Fassung...

Die einzelnen Paragraphen des Entwurfs wurden hierauf nacheinander zur Diskussion gestellt. Zu den ersten beiden Paragraphen nahm niemand das Wort.

Derselbe will die Zahl der Mitglieder des Verbandes von 45 auf 48 vermehren, wovon 45 von den Kreiswahlvereinen gewählt und durch die Generalversammlung bestätigt werden. Der erste Vorsitzende, erste Schriftführer und erste Kassierer sollen durch die Generalversammlung gewählt werden.

Im zweiten Teil des § 3 werden die Aufgaben des Verbandes aufgeführt. Zu diesen soll auch gehören: „Entscheidung über Vorkonten, nachdem die acht Wahlkreise darüber beraten haben.“

Der letzte Absatz des § 3 lautet: „Die Beschlüsse des Verbandes sind bindend für die acht Wahlvereine.“ Zeltow-Beeslow und der 3. Kreis beantragen, diesen Passus zu streichen. Zur Begründung dieses Antrages führte Zietzch aus: Nach dem alten Statut seien die Beschlüsse der Generalversammlung bindend für die Wahlvereine.

händes seien, welche diesen Antrag veranlassen, sondern nur die Notwendigkeit, die Wahlvereine zu gemeinsamen Handeln zu verpflichten. Die notwendig das sei, beweise die Tatsache, daß der Verbandsvorstand zum Schneiderbockst die Verbreitung von Flugblättern beschloß, der Kreis Zeltow-Beeslow aber abgelehnt habe, diesen Beschluß auszuführen.

Die Paragraphen 4 bis 11 wurden in der Fassung des Entwurfs unverändert angenommen.

§ 12 des Entwurfs setzt die Zahl der Delegierten zur Generalversammlung des Verbandes auf 500 fest, welche prozentual der Mitglieder auf die Kreise verteilt werden sollen mit der Maßgabe, daß auf jeden Kreis mindestens 10 Delegierte kommen müssen.

Hierzu lagen Anträge vor vom 4. und 6. Kreise, sowie von Niederbarnim. Nachdem die Anträge kurz begründet waren, wurde der Antrag Niederbarnim, welcher lautet: „Auf je 100 Mitglieder ist ein Delegierter zu wählen“ mit 453 gegen 372 Stimmen angenommen.

Die §§ 13 bis 15 wurden debattelos in der Fassung des Entwurfs angenommen. Zu den §§ 16, 17 und 18 lagen Abänderungsanträge vor, die teils nach kurzer Begründung, teils ohne Debatte abgelehnt wurden.

Urban begründete einen Antrag, welcher dahin geht, im „Mittelungsblatt“ Artikel über das Parteiprogramm in laufender Folge zu veröffentlichen, um dadurch den Genossen Bildungsmaterial für die Zahlreiche zu liefern.

Hierauf wurde das ganze Statut mit 859 gegen 69 Stimmen angenommen und beschlossen, daß dasselbe am 1. Januar in Kraft tritt.

Urban begründete einen Antrag, welcher dahin geht, im „Mittelungsblatt“ Artikel über das Parteiprogramm in laufender Folge zu veröffentlichen, um dadurch den Genossen Bildungsmaterial für die Zahlreiche zu liefern.

Artikel über das Parteiprogramm in laufender Folge zu veröffentlichen, um dadurch den Genossen Bildungsmaterial für die Zahlreiche zu liefern. Urban begründete einen Antrag, welcher dahin geht, im „Mittelungsblatt“ Artikel über das Parteiprogramm in laufender Folge zu veröffentlichen, um dadurch den Genossen Bildungsmaterial für die Zahlreiche zu liefern.

Ernst teilte mit, daß sich am Donnerstag an der Abstimmung über den

Vorstand der Firma Jandorf

zirka 40 000 Parteigenossen beteiligt haben. Von diesen haben nur 112 gegen den Vorkonten gestimmt und 102 haben sich der Stimme enthalten. Der Vorkonten ist also von den Berliner Parteigenossen fast einstimmig beschloffen.

Ernst: Das neue Statut, welches wir heute angenommen haben, wird dazu beitragen, unsere Organisation zu festigen und zum Kampfe mit den Gegnern zu stärken.

Nahrung unter den Arbeitern, jeder Sorge dafür, daß alle Arbeiter auf dem Posten sind, wenn es gilt, der Kulturschmach in Preußen ein Ende zu machen.

Wirtschaftlicher Wochenbericht.

Berlin, 26. Oktober 1907.

Die Getreideversorgung Deutschlands.

Die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln darf als ein sehr wichtiges ökonomisches Problem angesehen werden, dessen Lösung der kapitalistische Staat durch sein vom einseitigsten Interesse für die Besitzenden diktiertes Gebaren erschwert.

Die Entwicklung zum Industriestaat hat im verflochtenen Jahre in Deutschland Fortschritte gemacht, wie vielleicht nie zuvor, und es ist überaus charakteristisch, daß die mit der Landwirtschaft in Verbindung stehenden Industriezweige nicht minder fortschreiten wie die übrigen.

Das Jahr 1906 ist aber auch sonst ein Merkmal erster Ordnung im Hinblick auf die starke Erhöhung der Einfuhrzölle und Ausfuhrvergütungen, die den Getreidehandel vor ganz neue Verhältnisse stellten.

Table with 3 columns: Grain type (Weizen, Roggen, Hafer, Mais, Malzgerste, Futtergerste), Year (1905, 1906), and Quantity (in 1000 tons).

Die Drosselwirkung des neuen Zolltarifs ist unübersehbar. Dabei hat, da seine bevorstehende Einführung schon lange vorher bekannt war, vor dem Inkrafttreten noch eine exzessive Einfuhr stattgefunden, wodurch es kam, daß die Preissteigerung nicht sofort nach dem 1. März in vollem Maße einsetzte.

Table with 3 columns: Grain type (Weizen, Roggen, Futtergerste, Malzgerste, Hafer, Mais), Year (1905, 1906), and Quantity (in 1000 tons).

Aus alledem ergibt sich, daß — wenn auch die Agrarier ihre Absichten nicht sofort erfüllt sahen — im Gesamteffekt des Jahres doch schon eine Verringerung der Einfuhr bei Weizen und Hafer eingetreten ist und daß diese Drosselung des Verkehrs schon bemerkbar wurde, obgleich der neue Zolltarif erst im dritten Monate seine gefühlte Gültigkeit erlangte.

Die Agrarier beantragten sich bekanntlich nicht mit der Hinaufschneidung der Zollsätze für alle wichtigen Lebensmittel und Bedarfsartikel. Sie drohten auch noch die Getreideeinfuhr, oder genauer: um die Getreidepreise hochzutreiben, erschrämten sie die Einfuhr und förderten die Ausfuhr.

Ein besonderes Kennzeichen des Jahres 1906 ist auch die erheblich gesteigerte Ausfuhr an Getreide (Weizen und Hafer). Es wurden exportiert Tonnen

Table with 3 columns: Grain type (Weizen, Roggen, Hafer), Year (1905, 1906), and Quantity (in 1000 tons).

Die neuen Zollvergütungen haben eben ihre Wirkung und bewährten sich wie alle Maßnahmen der Agrarier, die bekanntermaßen sehr gute Geschäftskunde sind. In der Tat brachten sie es zuwege, deutsches Getreide im Ausland konkurrenzfähig zu machen.

Eine weitere Erleichterung der Getreideausfuhr haben die Exporttarife verschuldet. Zudem die Eisenbahnen nach den Ausfuhrhöfen die Frachtsätze bedeutend reduzierten, erleichterten sie dem Auslande den Einkauf deutschen Getreides.

steigern, müssen sie die Brotfrucht nicht nur im Inlande verteuern, sondern auch dem Auslande verschlagen.

Die Folgen der neuen Verhältnisse kamen auch direkt in den Brotpreisen zum Ausdruck. In Berlin hat das Statistische Amt festgestellt, daß sich das Kilogramm Brot im Dezember 1906 um 1 1/2 Pf. teurer stellte als im Dezember 1905. Natürlich waren die den Ungarnern wohlverwandten Väder pfiffig genug, zunächst einen direkten offenen Preisausschlag zu vermeiden; aber beim Gewicht hielten sie diese Verhältnisse doppelt und dreifach ein. Das 50 Pf.-Brot kostete zwar noch 50 Pf., aber sein Gewicht ist um 50 bis 100 Gramm geringer, statt 1000 wiegt es nur mehr 900 bis 950. Da auch die Qualität des verarbeiteten Mehles nicht mehr die gleiche geblieben sein dürfte (um welche Sache sich das Statistische Amt nicht kümmert), so bietet also ein 50 Pf.-Brot jetzt weniger Nahrung als vor einem Jahr. Und nachdem die Bräutchen kleiner geworden sind, beschließen die Bäckermeister direkte Preisausschläge. So werden die Konsumenten doppelt gerupft.

Aus Industrie und Handel.

Vieh- und Fleischpreise.

Nach den Ermittlungen des Kgl. Statistischen Landesamtes über Vieh- und Fleischpreise ergeben sich sowohl für die einzelnen Märkte wie auch in den Differenzen zwischen Vieh- und Fleischpreisen erhebliche Verschiedenheiten. Den Zusammenstellungen liegen folgende Normen zugrunde.

Die Fleischpreise sind Kleinhandelspreise für Fleisch einschließlich Knochenbeilage, alles das Kilo. Sie werden vom Kgl. Statistischen Landesamt auf Grund der amtlichen Erhebungen für die einzelnen Orte allmonatlich festgestellt. Die Preise für Rindvieh beziehen sich auf junge, fleischige, nicht ausgemästete und ältere, ausgemästete Ochsen (Ma) und sind, um eine einheitliche Basis zu haben, da, wo nach Schlachtgewicht notiert wird, auf Lebendgewicht unter Annahme eines Schlachtergebnisses von 54 Proz. umgerechnet worden. Die Preise für Küber beziehen sich auf mittlere Maß- und gute Saugläber (Ma) und sind da, wo nach Schlachtgewicht notiert wird, auf Lebendgewicht unter Annahme eines Schlachtergebnisses von 60 Proz. umgerechnet worden. Die Preise für Schafe verstehen sich für Mastlamm und jüngere Mastlamm (Ja) und sind da, wo nach Schlachtgewicht notiert wird, auf Lebendgewicht unter Annahme eines Schlachtergebnisses von 50 Proz. umgerechnet worden. Die Preise für Schweine verstehen sich für vollfleischige Schweine (Ja) und beziehen sich auf Schlachtgewicht bezw. auf Lebendgewicht abzüglich 20 Proz. Zera.

Die auf dieser Grundlage gewonnenen Resultate aus einer Reihe weiblicher Städte für den Monat September werden in folgender Tabelle dargestellt:

	Rindfleisch		Schweinefleisch	
	von der Keule	vom Bauch	Vieh-	Fleisch-
	preis	preis	preis	preis
Dortmund	0,80	1,55	0,80	1,35
Biesbaden	0,80	1,75	0,80	1,55
Köln	0,60	1,72	0,90	1,54
Essen	0,85	1,85	0,85	1,43
Düsseldorf	0,90	1,55	0,90	1,48
Koblenz	0,85	1,40	0,85	1,35

	Kalbfleisch		Hammelfleisch	
	Vieh-	Fleisch-	Vieh-	Fleisch-
	preis	preis	preis	preis
Dortmund	1,00	1,65	0,85	1,65
Biesbaden	0,95	1,75	0,85	1,85
Köln	1,15	1,90	0,90	1,74
Essen	1,05	1,85	0,85	1,65
Düsseldorf	1,00	1,75	1,00	1,60
Koblenz	1,00	1,65	0,80	1,80

Demnach sind den Viehpreisen nicht immer parallel die Fleischpreise. Köln und Düsseldorf haben die höchsten Rindviehpreise, aber Wiesbaden steht mit den Fleischpreisen an erster Stelle. Koblenz erweist sich bei den höchsten Schweinepreisen, die Fleischer in Köln schlagen dafür den Rekord mit den höchsten Schweinefleischpreisen. Die Küber wurden am teuersten bezahlt in Köln, den höchsten Preis für Kalbfleisch hatten die Konsumenten in Essen anzulegen. Küber erzielten in Düsseldorf die höchsten Preise, für ihr Fleisch mußten die Liebhaber in Koblenz die höchsten Preise bezahlen. Die Differenzen in der Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen zeigt diese Aufstellung:

	Rindfleisch		Schweine-	Kalb-	Hammel-
	von der Keule	vom Bauch			
	preis	preis	preis	preis	preis
Dortmund	0,75	0,85	0,87	0,85	0,80
Biesbaden	0,95	0,75	0,40	0,80	1,00
Köln	0,82	0,64	0,59	0,85	0,84
Essen	0,80	0,58	0,40	0,80	0,80
Düsseldorf	0,65	0,58	0,45	0,75	0,60
Koblenz	0,55	0,50	0,50	0,85	1,00

Die Spannungen schwanken zwischen 50—95 Pf. bei Rindfleisch, 37—59 Pf. bei Schweinefleisch, 65—80 Pf. bei Kalbfleisch und 60—100 Pf. bei Hammelfleisch. Für die absolute Höhe der Preise machen die Fleischer den gesteigerten Begeh nach den besseren Stücken verantwortlich. Die Ursache ist nicht über, denn da doch nicht anzunehmen ist, daß die Schweine und Küber jetzt alle nur Primoschlächter liefern, besagt jene Rechtfertigung, daß nun alles von den Schweinen, Kühen, Ochsen und Kübern als beste Stücke verkauft wird. Wir können nicht finden, daß die Fleischer mit der obigen Behauptung auch nur den Schein der Berechtigung für die Hochhaltung der Preise erbracht haben.

Die Preise für auf dem städtischen Viehhofe in Berlin zu Markt gestellte Schweine haben, obgleich einem fortwährenden Wechsel der Preise unterworfen, doch sinkende Tendenz. Die Durchschnittspreise waren an den beiden letzten Markttagen im Juli auf 120,00 M. für 100 Kilogramm Lebendgewicht mit 20 Proz. Zera herausgegangen, erreichten am 10. August ihren Höhepunkt mit 132,00 M., fielen aber acht Tage später auf 121,00 M. zurück. Im September war der höchste Durchschnittspreis mit 122,00 M. an den ersten Markttagen und der niedrigste mit 108,00 M. am 18. Auch der jetzige Monat zeigte Schwankungen. Dem höchsten Durchschnittspreis von 113,00 M. am 19. stand am letzten Markttag ein Preis von 108,00 M. gegenüber. Im Vorjahre am 27. Oktober war der Durchschnittspreis 135,00 M., also 19 1/2 Proz. höher als jetzt. Die Schweinefleischpreise schließen sich dieser Abwärtsbewegung nicht an.

Reichsbankdiskont. Der Ausschuh der Reichsbank ist für Dienstag früh zusammenberufen worden. Man erwartet ganz bestimmt, daß der Bankdiskont erhöht wird, die Frage ist nur noch die, ob 1/2 oder gleich 1 Proz.

Gewinnsteigerung. Die Bombacher Glühbirnenwerke erzielten im letzten Geschäftsjahre einen Reingewinn von 5 685 463 M. gegen 4 821 575 M. im Vorjahre. Bei Abschreibungen von über drei Millionen Mark stellte sich der Reingewinn der Bombacher Glühbirnen auf 3 725 251 M., im Vorjahre 2 617 718 M. Die Aktionäre erhalten 50 Proz. Dividende.

Der Krach in New York. Mit der großen Kupferfirma Peirce sind es an, dann verspürten die großen Trust-Banken unangenehme Stöße und schließlich purzelten die kleinen Geldsammler. Die Milliarden traten als Retter

auf, verpumpten Geld zu sabelhaften Zinsen; sie machten auf jeden Fall ein Bombengeschäft und lassen sich anheben. Da wird geklagt über Riesenverluste, über unbeschreibliche Schäden am Volksvermögen und dergleichen mehr. In Wirklichkeit verliert sich der bekannte Prozeß des Zusammenstehens der Reichthümer in wenige Hände zurzeit im Autotempo. Ein Heer von kleinen Kapitalisten wird von der goldenen Last befreit. Nach dem großen Goldfischzug fängt die Geschichte wieder von vorne an.

Die Nachrichten aus New York melden immer noch zunehmende Verunsicherung. Es scheint demnach dort noch sehr erregte Stimmung zu herrschen. Die kleinen Krach zählen natürlich schon gar nicht mehr mit. Große Hoffnungen legt man auf weitere Goldzufuhren aus London. Am 30. Oktober sollen angeblich wieder 1 500 000 Dollar Gold zur Verschiffung nach New York gelangen. Das Schatzamt bietet keine besonderen Erleichterungen, um zur Einfuhr von Gold zu ermutigen. — Die Clearinghäuser von Pittsburg, Chicago, Indianapolis und St. Louis haben beschlossen, zur Regelung aller Konten zwischen den zu ihnen gehörigen Banken Clearinghause-Zertifikate auszugeben, um einen Abflug der Mittel dieser Banken zu verhindern. — Die feierhaften Vorgänge im amerikanischen Wirtschaftsleben kommen auch in dem dieswöchigen Ausweis der New Yorker Banken zum Ausdruck, der eine wesentliche Verschlechterung gegenüber der Vorwoche erfahren hat, hervorgerufen durch starke Lombardierungen und Zurücknahme von Depositen. Die Verschäfte nahmen um 10,90 Millionen Dollar zu, während sich gleichzeitig die Depositen um 2 Millionen Dollar verringerten. Infolgedessen blüht die Barboräte 8,93 Millionen Dollar ein.

Die unmittelbare Folge der Krise wird die Heraushebung des Bankdiskonts in London und Berlin sein. Von gestern und heute liegen folgende Meldungen vor:

New York, 27. Oktober. (V. G.) Der Optimismus in hiesigen Finanzkreisen hat zugenommen angesichts des angekündigten Eintreffens von 5 Millionen Gold aus Europa. Gestern hat nur eine einzige kleine Firma in Brooklyn ihre Zahlungen eingestellt. Was die Verlagerung der Sparkassen anlangt, die Einlagen nicht ohne vorherige Kündigung auszuzahlen, so wird dieser Entschluß darauf zurückgeführt, zu verhindern, daß die Depositen der Nationalbanken allzu schnell entzogen würden. Die Banken bemühen sich nach Kräften, möglichst viel flüssiges Geld in ihren Kassen zu behalten.

New York, 28. Oktober. (Meldung der „Associated Press“.) In finanziellen Kreisen herrscht die übereinstimmende Ansicht, daß die gemeinsamen Maßnahmen der Strigen des Geldmarktes bereits viel zur Lösung der Geldfrage beigetragen haben, und daß mit weiterer Vervollkommen der Maßnahme-regeln der Ausblick in die Zukunft für die Stabilität des Geldmarktes sehr zufriedenstellend sei. Gestern war es überall ruhig und nirgends fanden aufgeregte Konferenzen statt wie an den vorhergehenden Tagen. Zu den angekündigten 6 1/2 Millionen Dollar sollen noch 2 Millionen mehr eingeführt werden.

Cortelyou fuhr gestern von New York nach Washington zurück und hat nicht die Absicht, zurückzukehren. Er hat keine offizielle Erklärung abgegeben, aber es ist allgemein bekannt, daß er keine weiteren Verwicklungen in New York befürchtet.

Soziales.

Unfallverhütungsvorschriften.

Aus berufsgenossenschaftlichen Kreisen erfahren wir, daß die norddeutsche Bauergewerkschaft-Vereinsgesellschaft, ihre Unfallverhütungsvorschriften zu revidieren und abzuändern. Im Interesse der Erzielung eines wirksamen Arbeiterschutzes legt es, daß auch die Vertrauenspersonen der baugeverblieben Arbeiter bei dieser Arbeit der Berufsgenossenschaft unterstützend eingreifen. In Betracht kommen die Unfallverhütungsvorschriften für die Provinzen Brandenburg, Pommern, Ost- und Westpreußen.

Zur Konkurrenzklause.

Eine Konventionalklausel von nicht weniger als 5000 M. forderte ein Kaufmann von seinem ehemaligen Reisenden, der eine Konkurrenzklause einging, wonach er sich verpflichtete, wenn er nach seinem Austritt aus dem Geschäft innerhalb zweier Jahre bei einer Konkurrenzfirma eintrete und ihm in Sachen Konkurrenz mache, diese Summe zu zahlen. Nach dem Gesetz wird die Konkurrenzklause hinfällig, wenn das Dienstverhältnis von der Firma gelöst wird, nicht aber, wenn die Firma einen erheblichen Grund zur Lösung des Dienstverhältnisses hat. Einen solchen erachtete die Firma als vorliegend und kündigte dem Reisenden. Er arbeitet jetzt für eine Magdeburger Firma und bereist speziell Dresden. Die Dresdener Firma klagt auf die Konventionalklausel. Das Gericht nahm an, ein vorbedachter Kündigungsgrund habe vorgelegen. Der Kläger sollte seine Forderung auf Anraten des Gerichts unter Vorbehalt auf 2000 M. herab und das Kaufmannsgericht in Dresden verurteilte den Reisenden zu der Summe von 2000 M. In dieser Weise wird gelegentlich Terrorismus gegen die arbeitenden wölken. Ein endliches Verbot der Konkurrenzklause für Angestellte und Arbeiter jeder Art ist dringend am Platz.

Zum Ersatzanspruch gegen Krankenkassen.

Soweit eine Gemeinde oder ein Ortsarbeitsverband auf Grund ihrer Verpflichtungen gegenüber hilfsbedürftigen Unterstützten für einen Zeitraum geleistet haben, für welchen dem Unterstützten auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes ein Unterstützungsanspruch zusteht, geht der letztere im Betrage der geleisteten Unterstützung nach § 57 Absatz 1 und 2 des Krankenversicherungsgesetzes auf die Gemeinde oder den Armenverband über, von welchem die Unterstützung geleistet ist. In Fällen dieser Art gilt nach dem Schlussatz des § 57 als Erfolg der freien ärztlichen Behandlung, der Arznei, der schon geleisteten Weilen, Druckbänder oder ähnlicher Heilmittel die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes, sofern nicht höhere Aufwendungen nachgewiesen werden. Die allgemeine Ortskrankenkasse Magdeburg hatte auf Grund dieser Vorschrift für Verpflegung eines ihrer Mitglieder im Seehaus Krankenhaus an den Ortsarbeitsverband Seehaus Ersatz geleistet und auch die Kosten seines Transportes nach Magdeburg erstattet. Sie lehnte aber in Höhe von 1,75 M. die Erstattung der Kosten für einen Transportbegleiter und ein den Transport betreffendes Telegramm an das Krankenhaus ab. — Der Armenverband klagte wegen dieser 1,75 M., wurde aber dieser Lage vom Oberverwaltungsgericht mit dem Anspruch abgewiesen. Das Gericht führte aus, der oben durch Sperrdruck hervor gehobene Satz des letzten Absatzes des § 57 habe, wie die Krankenkasse richtig hervorhebt, und sich aus dem Wortlaut, dem Zweck und der Entstehungsgeschichte dieses Satzes ergebe, lediglich solche Aufwendungen im Auge, die der Unterstützte selbst von der Krankenkasse hätte beanspruchen können. Zu diesen gehöre aber die Aufwendung für den Transportbegleiter und das Telegramm nicht.

Wie man Arbeiter fesselt.

Die große Papierwarenfabrik von Völschhorn in Wschersleben, die über 2000 Arbeiter beschäftigt, hat eine neuartige Form einer „Wohlfahrts-Einrichtung“ erfunden, die geeignet sein soll, ihre Arbeiter an sich fesseln und zu widerspruchsvollen Sklaven zu machen. Sie hat dem berühmtesten Prämienwesen eine neue Seite abzugewinnen gewußt, wodurch sie einen Stamm tüchtiger, zufriedener und die Interessen der Firma eifrig fördernder Mitarbeiter heranzubilden will. Sehen wir einmal an der Hand des Statuts der Wohlfahrts-Einrichtung, wie sie das anfangen will:

Angestellte, welche sich bezüglich ihrer Leistungen und ihrer Führung der Zufriedenheit und des Vertrauens der Firma besonders erfreuen, sollen Prämienbescheine nach deren Ermessen erhalten. Die so Bedachten erhalten nach Ablauf des ersten Jahres 104 M. jährlich, nach Ablauf des zweiten Jahres 156 Mark jährlich und nach Ablauf des dritten und jeden folgenden Jahres 208 Mark jährlich. Die

Beträge werden erst zahlbar nach Ablauf des Prämienjahres. Der Arbeitnehmer, der vor Ablauf desselben abgeht, das Arbeitsverhältnis kündigt oder die Arbeit unterbricht, ohne daß ein wichtiger Grund vorliegt, geht der ganzen Prämie des laufenden Jahres verlustig. Als wichtiger Grund wird es hierbei jedoch nicht angesehen, wenn der Arbeitnehmer fortgeht, kündigt oder unterbricht, um günstigere Bedingungen zu erlangen. Ferner geht derjenige der ganzen Jahresprämie verlustig, dem die Firma vor Ablauf des Prämienjahres kündigt oder den sie vor dieser Zeit entläßt, wenn ein wichtiger Grund vorliegt. Ein wichtiger Grund ist es nicht, wenn der Arbeitnehmer durch unverschuldetes Unglück in der Verrichtung seines Dienstes gehindert wird. Bei Streitigkeiten über diese Bestimmungen ist das Gewerbegericht in Wschersleben zuständig. Die Prämie wird auch bei Krankheit und Urlaub fortgewährt, sofern hierdurch ein Zeitraum von vierzehn Tagen innerhalb des Prämienjahres nicht überschritten wird. Durch gute Vergütung soll den Besitzern eines Prämienbescheins Anreiz zur Ansammlung eines Kapitals geboten werden. Wer seine Prämien wenigstens fünf Jahre in der Geschäftskasse stehen läßt, erhält gutgeschrieben:

Am Ende des 1. Prämienjahres	104 M.
2.	Zinsen 10 M., Prämie 156 M. = 270
3.	22 „ „ 208 = 500
4.	35 „ „ 208 = 743
5.	50 „ „ 208 = 1001

Nach Ablauf von fünf Jahren werden fünf Prozent Zinsen gewährt. Am Ende des zehnten Prämienjahres wird ein Kapital von 2000 M. gutgeschrieben oder ausgezahlt. Die verdiente Prämie kann am Ende des Prämienjahres gegen vorherige schriftliche viertwöchentliche Kündigung abgehoben werden. Nur auf Grund einer schriftlichen Erklärung, die Prämien wenigstens fünf Jahre sammeln zu wollen, wird für diese Zeit bis zu fast 10 Proz. steigende Vergütung gewährt. Wer trotz dieser Erklärung frühere Auszahlung wünscht oder vor dem Ende des fünften Jahres seine Stellung verläßt, erhält nur 4 Proz. Zinsen.

Soweit der Inhalt des Statuts. Wer will danach bestreiten, daß der Arbeiter, der sich einspannen läßt, ohne Gnade der Firma preisgegeben ist, wenn er nicht seine Prämie, die doch nichts weiter als vorantaltener Arbeitslohn ist, fahren lassen will? Gute Führung ist erst einmal die Vorbedingung, um der Segnungen teilhaftig zu werden. Der Arbeiter muß sich aber weiter „gut führen“ oder er geht der Prämie verlustig. Der Arbeiter darf keine Lohnforderung stellen, darf nicht streiken, darf nicht gegen ungerechte Behandlung protestieren, darf nicht länger als 14 Tage krank werden, darf — sich nicht kündigung lassen oder er geht der Prämie verlustig. In jeder Zeit und Stunde steht der Firma die Möglichkeit offen, zu verhindern, daß der Arbeiter in den Besitz der Prämie gelangt. Wieviel Arbeiter — und mögen sie sich noch so gut führen — wohl in den Besitz der 1000 oder gar 2000 M. gelangen? Sollte es Arbeiter geben, die kurzfristig genug sind, diesen lauberen Plan nicht zu durchschauen, der darauf hinausläuft, den Arbeiter zum willenlosen Werkzeug des Unternehmers zu machen und die Arbeiterorganisationen zu vernichten?

Aus der Frauenbewegung.

Wo der kleine Kurt lügen lernt!

Die Frau Regierungsbaumeister Wimmelmann steht in höchster Ekstase vor ihrem etwa 6jährigen Söhnchen. Sie ringt die Hände. Der Junge verzehrt keine Niere und läßt die Blut der Straftaten und Tränenrösche in stoischer Ruhe über sich ergehen. Soeben öffnet sich die Tür zu dem Arbeitszimmer des Herrn Regierungsbaumeisters und dessen beliebige Gestalt erscheint. Verwundert blickt er auf die Szene: „Was geht denn da eigentlich vor, Dora, Du bist ja außer Rand und Band?“ — „Ja, soll ich's vielleicht nicht?“ — „Klagen kommt es von ihren Lippen: Dein Sohn lügt, belügt seine Mama, ist das nicht zum Weinen?“ — „Ach, so schlimm wird's wohl nicht sein. Übrigens, mein Sohn, Deiner ist es doch auch!“ Und den Knaben ansahend: „Warum lügt Du, Schlingel?“ — „Denke Dir nur, eine Raft hat er aus seiner Sparbüchse bernaht, und als ich ihn frage, leugnet er!“ — „Könnst die junge Hausfrau, und ich habe mich doch brühen in der Konditorei erkundigt.“ — „Wo soll er denn aber das Lügen gelernt haben, bei uns nicht“, knurrt der Papa sturrunzelnd und mit einem bedeutsamen Seitenblick auf das Hausmädchen, das soeben den Kaffeetisch abdeckt: „da müssen sich unbedingt fremde Einflüsse geltend machen, denn von uns lernt er doch so was nicht!“ — „Das ist es ja gerade“, fällt die Gattin zustimmend ein, „das ist es ja eben, was ich nicht begreifen kann, was mir unfahbar ist; bei unferer sorgfältigen und musterhaften Erziehung sollte man das nicht für möglich halten. Jetzt, weißt Du nicht, wie es kommt“, wendet sie sich jetzt an das eben wieder eintretende Mädchen, „daß Kurt mit einem Male zu lügen beginnt? Das Kind war doch stets wahrheitsliebend.“ — „Jetzt blickt erstaunt auf: „Der Kurt?“ — „Kommt es gedeht aus ihrem Munde, „er hat schon immer gelogen, seit ich hier bin.“ Herr und Frau Regierungsbaumeister richten sich wie auf Kommando auf. Strafbende, verniedliche Blide sprühen aus ihren Augen. Der Hausherr findet zuerst die Sprache wieder: „Das wagen Sie uns zu sagen, ihrer Herrschaft. — Sie —!“ — „Hans!“ Die Frau legt besänftigend ihren Arm auf seine Schulter: „Rege Dich nicht auf.“ Und zu dem Mädchen, das in dessen ruhig und gleichmäßig weiter abräumt, gewendet: „Das paßt sich nicht, Jette, eine solche Antwort. Das möchte ich Dir sagen, und dann dreine ich's ausdrücklich, von Hause aus lügt unser Kind nicht, denn wie waren stets vorbildlich. Das Lügen wird er von Dir hören; ich verlange, daß der Junge aus Deinem Munde nie eine Unwahrheit hört.“ ... In diesem Augenblick klingelt es dreimal hintereinander. Herr Wimmelmann knurrt, indem er ärgerlich mit dem Fuße auftritt: „Donnerwetter, jetzt kommt der dämliche Architekt, ich weiß schon, was er will. Ja, kann ihn jetzt nicht brauchen. Jetzt, gehen Sie hinaus und sagen Sie dem Herrn, die Herrschaft wäre ausgegangen und käme jedenfalls erst spät zurück!“ Jette geht rasch hinaus und öffnet die Korridortür. Auf die Frage des Aufstehenden, ob der Herr Regierungsbaumeister anwesend sei, antwortet sie freimütig: „Jawohl, bitte, die erste Tür rechts!“ Dann steigt sie auf den Dageboden hinauf und packt ihren Reiseford.

Eine Jahreskonferenz der sozialdemokratischen Frauenvereine in den Vereinigten Staaten fand kürzlich in Elizabeth, Staat New Jersey, statt. Den Hauptpunkt der Beratungen bildete das Referat über die Internationale Frauenkonferenz in Stuttgart (von Genoffin Greie-Kramer). Es wurde beschlossen, mit den europäischen Genoffinnen engere Beziehungen anzuknüpfen und regelmäßig Berichte über den Fortgang der Frauenbewegung in Amerika einzusenden. Ein Antrag, die ungeheure Steigerung der Kosten für Nahrungsmittel und aller anderen Lebensbedürfnisse zum Gegenstand einer Missionen unter den Frauen zu machen, wurde einstimmig angenommen. Die Zahl der Mitglieder hat im verfloffenen Jahre um 32 zugenommen und beträgt 644. Man klagte viel darüber, daß es so schwer sei, das Interesse für unsere Sache bei den Frauen wahrzunehmen, gleichzeitig wurde aber auch dem entscheidenden Willen Ausdruck gegeben, den Schwierigkeiten gesteigerte Agitation entgegenzusetzen. Die deutsche Sekretärin des Hauptkomitees ist Laura Schaefer, die englische Sekretärin Johanna Greie-Kramer. Beide Genoffinnen wurden für ein weiteres Jahr gewählt. Die nächstjährige Konferenz soll in New York stattfinden.

Sozialdemokratie und bürgerlicher Minister in gemeinsamer Aktion.

Kürzlich hatten sich die weiblichen Laden- und Bureauangestellten im Schmutzgerichtssaal in Zürich versammelt um über den geschlichen Schutz für sie zu beraten. Präsident

Der Versammlung war unser Genosse **Greulich**, Referent der demokratischen Regierungsrat (Minister) Dr. **Locher**, der Chef der Volkswirtschaftsdirektion, in deren Ressort die Arbeiterschutzgesetzgebung gehört. Vor einem Jahre hatte er jene weibliche Arbeiterkategorie eingeladen, um mit ihr über die Vorbereitungen des gesetzlichen Schutzes für sie zu beraten. Die jetzige Versammlung galt der Verteilung des nun vorliegenden Gesetzentwurfes gegen die interessierte Opposition der kaufmännischen Unternehmer und gegen den Widerstand eines Teiles des weiblichen Personals selbst. Der Verband zürcherischer Banken, der „Zürcher Deputiertenverband“, die „Union für Frauenbestrebungen“ haben einen Sturm gegen den gesetzlichen Schutz des weiblichen kaufmännischen Personals künstlich inszeniert und ihm haben sich leider eine Anzahl weiblicher Bureauangestellter mit einer Eingabe gegen den Gesetzentwurf angeschlossen. Der Gesetzentwurf bestimmt die zehnstündige tägliche Arbeitszeit für die Laden-, und die achtsündige tägliche Arbeitszeit für die weiblichen Bureauangestellten, an den Sonntagen von Sonn- und Festtagen in den Ladengeschäften die neunstündige Arbeitszeit. Diese hat im Winter in die Zeit von morgens 8 Uhr und abends 8 Uhr, im Sommer zwischen 7 und 7 Uhr zu fallen. Die Mittagspause soll 1 1/2 Stunden betragen, Ueberzeitarbeit extra bezahlt werden. Die Sonntagsruhe regelt das mit großer Mehrheit vom Volke angenommene Sonntagsruhegesetz. Für die Beschaffenheit der Arbeitsräume, Sitzgelegenheit und deren Benutzung, Probezeit und Kündigungsfrist sind Bestimmungen aufgestellt. Dagegen sind verboten und für den Erlaß von Arbeitsbedingungen ist das Mitbestimmungsrecht der Angestellten gesichert. Einen Minimallohn, den die weiblichen Angestellten nicht am freudigsten begrüßt haben würden, konnte der Gesetzgeber nicht aufstellen. Bei der Besprechung der Gegeneingaben bedauerte der Referent lebhaft, daß an deren Spitze wiederum die Zürcher Kantonalbank (Staatsbank) steht, die schon einmal die Einführung des freien Sonnabendnachmittags für die Bankbeamten durch ihre sozialpolitische Rückständigkeit vereitelt hat. Gegenüber der einseitigen und unwahren fiktiven Darstellung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der weiblichen Angestellten, die demnach der reinsten Abfälle sich erheben, bemerkte der Referent zutreffend, warum sie sich dann denn so gegen die Gesetzesvorlage ereiferten, wenn diese gar nichts mehr an den „idealen Verhältnissen“ zu verbessern vermöchten? Bedauerlich sei die Eingabe der weiblichen Bureauangestellten, die den ihnen zugeordneten Schutz aus Furcht vor Entlassung, Lohnreduktion, Konkurrenzunfähigkeit usw. ablehnt. Vor 30 Jahren gab es auch Arbeiter, die gegen das Fabrikgesetz stimmten, heute verlangt kein Arbeiter mehr seine Abschaffung, im Gegenteil seine Ausdehnung und Verbesserung.

Schließlich wurde von der Versammlung eine Resolution zugunsten des vorliegenden Gesetzentwurfes angenommen.

Versammlungen — Veranstaltungen.
Spezial. Mittwoch, den 30. Oktober, bei 700.

Eingegangene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit“ (Stuttgart, Paul Singer) ist soeben das 4. Heft des 24. Jahrganges erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Robert Blum. — Die Engländer in Ägypten. Von Theodor Rothstein. — Zur Geschichte des preussischen Dreiklassenwahlrechts. Von Paul Hirsch. — Die Dinarbeiterausstellung in Frankfurt a. M. 1908. Von Emil Dittmann. — Das Wagnis unserer französischen Bruderpartei. Von Louis Dubreuilh. — Literarische Rundschau: L. Kähler, Karlsruher und lokale Entwicklung. Von K. K. Dr. Paula Gutzwiller. Die Bodenreform. Von Julius Deutsch. — Notizen: Der jüdische Arbeiterbund. Von A. L.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Verlag von Paul Singer), ist soeben Nr. 22 des 17. Jahrganges ausgegangen. Sie hat folgenden Inhalt: Ein Flammengeschehen. — Arbeiterinnen, organisiert euch! — Die Arbeiterin in der Textilindustrie. Von H. Hädel. — Arbeiterinnen, tretet für die Verkürzung der Arbeitszeit ein! Von G. Hoch. — Leistungen des Textilarbeiter-Verbandes für die weiblichen Mitglieder. Von C. H. — Schulärztliche Berichte. II. Von Dr. Jabel. — Soziale Gegensätze in der Augsburger Textilindustrie. Von Marie Grefenberger. — Aus der Bewegung: Von der Vorklaktion. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Notizen: Dienstreisende. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Feuilleton: Du willst es wissen? ... Von Ida Negri. (Gedicht). — Die Lanne. Von Elisabeth Gnaund-Röhme. — Für unsere Kinder: Spruch. Von Wolfgang Goethe. — Vor fünfzig Jahren. Von Keuland. — Wie der Simplicius ein Kälblein wurde und in kroatische Kriegsgefangenschaft kam. Von A. Herdlich. — Herbst. Von Johannes Trojan. (Gedicht). Der Ahornbaum. Ein Märchen aus Amerika. Von Hebe. (Reisezug). — Vom Automobil und anderen Dingen. Von Dr. Scharreimann. — Die Hochzeit der Frau Jähst. Von Grimm. — Hund und Katze. Von Karl Verbs. (Gedicht).

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 22. Nummer des 24. Jahrganges ausgegangen. Aus ihrem Inhalt erwähnen wir die beiden farbigen Bilder „Das gefährliche Blutspiel“ und „Memento mori“, sowie die weiteren Illustrationen „Wir haben ihn!“, „Die Friedensfreunde“, „Berlin W.“, „Der Blut-Drach“, „Der Fall Hilferding-Gammel“, „Zu Bernburgs Kälblein aus Afrika“, „Das leibbare Blutstück“, „Das Duell“, „Das Mischgeschick eines jüdischen Liebhabers“, „Zum Kadaver“, und „Aus der palästinensischen Kesselfabrik“. Der textliche Teil der Nummer bringt die Gedichte „Der Oberreichsanwalt“, „Der Beschäftigte“, „Wintermächte“, „Eine Wahrheit“, „Neuzeitliche Wintermärchen“, „Der russische Revolutionär“ und außer zahlreichen kleineren Beiträgen noch die Fortsetzung der Aufsätze „Zur Geschichte der Kammerla“ von Wilhelm Bloch, die Novelle „Dixiplin“ und einige satirische Feuilletons. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 Pf.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der städtischen Marktabteilung. (Großhandel.) Ochsenfleisch Ia 68-70 pr. 100 Pfd. Ia 62-67. Ma 57-60. Bullenfleisch Ia 65-70, Ia 53-62. Rinde, fett 50-58, do. mager 40-48, Preisler 54-62. Bullen, dän. 56-60, do. holl. 0-00. Kalbfleisch, Doppellender 105-120. Rindhälber Ia 85-95, Ia 75-82. Rinder gen. gen. 66-71, do. holl. 48-54, dän. 0-00. Hammelfleisch Rastkammer 74-78, Hammel Ia 66-70, Ia 60-65, ungar. 0-00. Schafe 45-58. Schweinefleisch 53-61. Rebhuhn Ia per Pfund 0-00-0-05. Ia 0-00. Rotwild Ia per Pfund 0-30-0-45, do. Ia 0-20-0-25, do. Rind 0-30-0-50. Damwild 0-35-0-52, do. Rind 0-53-0-46. Wildschwein per Pfund 0-30-0-35. Ferkel 0-00. Kaninchen per Stück 0-30-0-85. Gänse, groß, p. Stk. 3-00-4-00, do., mittel u. klein, Stk. 1-50-2-50. Wildenten per Stk. 1-25-1-60. Rebhühner, junge große, per Stk.

1-00-1-40, do., mittel und kleine 0-40-0-60, alle 0-60-0-85. Kaffeebohnen Ia 1-50-2-75, do. Ia 1-00-1-40. Kaffeebohnen 1-00-1-75. Bohnen 0-30-0-60. Waldbühnen 2-00-2-75, do. Ia 1-00-1-75. Strohweizen 0-30-0-40. Dinkel, alte, per Stk. 1-00-2-00, Ia 0-70-0-90, do. junge 0-60-1-25. Tauden 0-30-0-55. Ersten per Stk. 1-30-1-80, dito Hamburger per Stk. 2-30-3-10. Gerste per Pfund 0-50-0-60, dito per Stk. 1-30-4-00, do. Hamburger per Pfund 0-00, do. Oberbrucker per Pfund 0-50-0-58. Bonlets per Stk. 0-30-1-25. Deutsche Bohnen Ia St. 1-50-1-80. Gerste per 100 Pfd. 70-75, do. malt 0-00, do. klein 0-00, do. mittel 0-00, do. groß 0-00. Jander, groß, malt 0-00, dito mittel 0-00. Schale, klein 102-120, do. unsort. 132, do. mittel 0-00, do. groß 0-00. Haie, groß 110, do. klein und mittel 0-00, do. mittel 0-00, do. unsortiert 0-00, do. groß-mittel 0-00, klein 0-00. Weizen 0-00, Böhnen 44-47. Raddow 49. Karpen Der 0-00, do. 30-40er 0-00, do. 0-00, do. 50er 0-00. Bunte Fische 37-44, do. malt 0-00. Barje 0-00. Storauchen 75-77. Mele 0-00, do. klein 0-00. Mand 47-58. Quappen 0-00. Amerik. Lachs Ia neuer, per 100 Pfd. 110-130, do. Ia neuer 90-100. Seelachs 10-20. Runder, Kieler, Stiege Ia 2-6, mittel Stiege 1-2, dänb. Stiege 4-6, halbe Stiege 2-3, pommer. Ia Stiege 0-00, Ia 0-00. Südlinge, Kieler per Maß 3-3-50, Straßl. 0-00, enal per Maß 2-75-3-00. Sprotten, Danziger, Risse 0-50-0-70, do. Hagenwalder, Risse 0-50-0-70. Haie, groß per Pfund 1-10-1-40, mittelgroß 0-80-1-10, klein 0-60-0-80. Deringe per Stk. 0-50-0-90. Schellfische, per Riste 3-00-4-50, 1/2, Riste 1-75-2-50. Sardellen, 1903 er per Riste 98, 1904er 98, 1905er 98, 1906er 90-95. Schottische Seelinge 1905 0-00, large 40-44, full 38-40, med. 38-42, beaufste 37-44. Deringe, neue Risse, per 1/2, La. 50-100. Sardinen, russ., Riß 1-50-1-60. Bratlinge Riß 1-30-1-40, do. Risse (4 Riser) 1-40-1-70. Kernaugen, Schodsch 11, do. kleine 5-8, do. Risse 14. Krebse per Stk. 0-00, große 0-00, do. mittelgroße 0-00, do. kleine 10-11 cm 0-00, do. unsortiert 0-00, Galziger, groß 0-00, do. unsortiert 0-00. Eier, Land, unsortiert per Stk. 3-72-4-20, do. große 0-00. Butter per 100 Pfd. Ia 126-130, Ia 118-122, IIIa 110-116, ablaufende 90-95. Saure Gurken, neue, Stk. 4-00. Pfefferkörner 4-00. Kartoffeln per 100 Pfund Daberger 2-75-3-25, weiche runde 2-50-3-00, mag. bon. 2-75-3-25. Porree, per Stk. 0-50-1-00. Meerrettich, Stk. 4-12. Spinat per 100 Pfund 4-10. Sellerie, per Stk. 5-00-8-00. Broccoli per 100 Pfd. 2-00-3-00, do. Berl. 40-00-100-00. Champignons 40-00-100-00. Petersilie, grün, Schodsch 1-00-1-25. Rucicabi Stk. 0-50-1-00. Meerkohl, bayrischer, Stk. 0-00, hiesiger Stk. 2-50-3-50. Kohlraben, 100 Pfund 2-00 bis 3-25. Karotten, hiesige, Schodsch 2-00-3-00. Wirsingstiel p. Stk. 3-7. Koffohl, Stk. 4-8. Weizstiel p. 100 Pfd. 1-50-2-50. Nimmstiel, hiesiger 100 Stk. 5-10, do. Hamburger 100 Stk. 0-00, do. Erbacher 100 Stk. 10-16. Nimmstiel, per 100 Pfd. 20-22. Weizstiel 4-6. Kohlraben, Stk. 3-00-6-00. Petersilienwurzel, Schodsch 3-00-4-00. Schnittlauch 1-25 bis 1-50. Pfefferkörner p. 100 Pfd. 10-12. Rindfleisch per Schodsch 0-75-1-00. Salat per Stk. 1-50-2-00. Gurken, Gimmacher, Stk. 0-00. Wäpeln, grüne, 100 Pfund 15-30. Tomaten per 100 Pfund 10-18. Rote Rüben, per 100 Pfund 2-50-3-00. Rübchen, Berliner, per 100 Pfd. 6-8, do. Teletower 18-20. Rübchen per 100 Pfd. 4-8. Schafel per Stk. 5-8. Endivien per Stk. 3-6. Preiselbeeren per 100 Pfd. schwebeliche 0-00. Stuten per 100 Pfd. Tiroler 0-00, hiesige Rost- 0-00. Rindfleisch 3-8, Tafelrindfleisch Ia 10-25, do. Ia 4-10. Pirliche, hiesige per 100 Pfd. 0-00, do. italienische, per 100 Pfund 0-00. Kefel, per 100 Pfund, Tiroler Ia 22-30, Ia 15-18, Rost, hiesige, 3-5, Rost 5-12. Tafeläpfel Ia 10-25, do. Ia 7-12, Amerikaner, per Stk. 15-30. Walnüsse, per Stk. 0-00, do. klein 0-40-0-50, do. französische 100 Pfd. 0-00. Pfannkuchen, per 100 Pfd. hiesige 8-18, tschechische 0-00. Weintrauben, hiesige per 100 Pfd. 10-28, Algerien per Stk. 13-15, türkische per 100 Pfd. 14-18.



Haemacolade

ist infolge ihres Gehaltes an chemisch reinem, nativem Haemoglobin ohne jede Ausnahme das gesündeste Frühstücksgetränk für Erwachsene u. Kinder, Gesunde u. Kranke.

Zusammensetzung: Haemacolade ist eine den Bedürfnissen des menschlichen Organismus angepaßte Kombination von Fleisch- und Pflanzennahrung. Die Fleischnahrung repräsentiert das chemisch reine, native Haemoglobin, die Pflanzennahrung Kakao sowie die Kohlehydrate Zucker und Stärkemehl.

Wirkung: Haemacolade bessert in kurzer Zeit die Blutbeschaffenheit, wirkt mächtig appetitanregend, regt die Nerventätigkeit an und bewirkt eine reichliche Anbildung der Körpergewebe, Fett und Muskulatur. Bei geistiger Anspannung leistet Haemacolade ganz hervorragende Dienste.

Geschmack: Haemacolade schmeckt wie verästertes Kakao, ohne jeglichen Nebengeschmack. Personen, die an den bitteren Geschmack des Kaffees oder eines unversüßten Kakaos gewöhnt sind, mag der süße Geschmack anfangs ungewohnt vorkommen. Doch dürfen dieselben versichert sein, daß sie sich bereits nach einigen Tagen so daran gewöhnt haben, daß er ihnen durchaus nicht mehr auffällt und sie alsdann Haemacolade ebensogern wie früher den Kaffee usw. trinken.

Bereitungsweise: 1. Als warmes Frühstücksgetränk: Ein Teelöffel bis Eßlöffel voll Haemacolade wird mit ebensoviel kaltem Wasser glatt gerührt und die Tasse mit heißem Wasser oder heißer Milch aufgefüllt. Das Getränk ist ohne jeden weiteren Zusatz trinkfertig.
 2. Als kaltes Erfrischungs- und Erfrischungsgetränk: Ein Eßlöffel voll Haemacolade und 1/2 Liter kaltes Wasser werden zum einmaligen Aufkochen erhitzt und nach dem Abkühlen auf Flaschen gefüllt und diese verkorkt. Diese kalte Haemacolade schmeckt einfach großartig und eignet sich ebenso gut als Getränk an Stelle von Bier, Brause usw. zum Frühstück, Mittag- oder Abendessen wie zum Mitnehmen in die Schule oder ins Geschäft. Man kann stets für zwei Tage Vorrat kochen!
 3. Für schwer Kranke und an Durchfall Leidende empfiehlt es sich, die Haemacolade mit Rotwein zu kochen (ein Eßlöffel voll Haemacolade auf einen Tassenkopf voll drei Minuten lang kochen).
 4. Durch Kochen von Haemacolade mit Milch und Zusatz von Gelatine erhält man eine ebenso angenehm schmeckende wie nahrhafte und gesunde Speise.

Wann trinkt man Haemacolade: Es ist eine weitverbreitete Annahme, daß das Mittagessen die Hauptmahlzeit sei und sein müsse. Das ist grundverkehrt!

Allein aus dem wenig stichhaltigen Grunde: man wolle sich seinen schönen Appetit zu Mittag nicht verderben, hat schon so mancher seinen Magen schwer geschädigt und — gehungert! Wenn auch ein richtiger Hunger für manche Naturen zeitweise (nur nicht regelmäßig!) ganz angebracht ist, der regelmäßige Hunger aber und dazu noch bei schwächlichen oder nicht ganz satteltesten Naturen ist sehr schädlich und ruiniert den Körper!
 Des Morgens ist der Magen leer und ausgerott. Er ist am empfänglichsten für jede Speise, aber auch am empfindlichsten. Was geschieht aber in den meisten Fällen? Man trinkt eine Tasse Kaffee oder Tee und ist eine Schrippe dazu! Hiernach fühlt man sich „wohl“! Ja aber auf wie lange? Daß Kaffee nicht sättigt und keine nahrhaften Wirkungen hat, ist ja bekannt, ebenso daß er anregend wirkt, um nachher desto mehr matt und nervös zu machen! Man betrügt sich also nur selbst mit diesem gewohnten Morgenfrühstück, es gibt eben auch schlechte Angewohnheiten. Was hat man nach einem kräftigen Schlaf denn nur gerade noch ein Anregungsmittel wie Kaffee oder Tee nötig? Gerade des Morgens ist die beste Zeit zum Haemacolade-Trinken! Wer nur einmal die Wohltat einer Tasse Haemacolade des Morgens gespürt hat, wird mit vielen sagen: Eine Tasse Haemacolade des Morgens getrunken, ist die Grundlage für das Wohlbehagen des ganzen Tages! Nach dem Mittagessen oder dem sogenannten Vesper können Gesunde gern ihre gewohnte Tasse Kaffee trinken, bei vollem Magen schadet derselbe nicht, im Gegenteil: er hilft verdauen, aber des Morgens sollen sie den Kaffee lassen, da ist Haemacolade das beste und gesündeste Frühstück für jedermann: für Erwachsene und Kinder, für Gesunde und Kranke.
 Erwachsene trinken Haemacolade gern mit Wasser, Kinder mit Milch.

Wann und wieviel Haemacolade sollen Kranke trinken? Magen- und Darmleidende sowie an Appetitlosigkeit Leidende: Früh zwei Tassen, abends vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Wasser gebrüht.

Nervöse: Morgens, zum zweiten Frühstück und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gebrüht.
Mager: Früh zwei Tassen, zum zweiten Frühstück eine Tasse, vor dem Schlafengehen eine Tasse mit Milch gebrüht.
Blutarme, Bleichsüchtige, Wechslerinnen, stillende Frauen morgens, nach dem Mittagessen und vor dem Schlafengehen je eine Tasse mit Wasser gebrüht.
Schwächliche Kinder und Rekonvaleszenten: Regelmäßig alle drei Stunden eine Tasse mit Milch gebrüht.

Kostenpunkt: 1 Pfund 2 M., 1/2 Pfund 1,10 M., 1/4 Pfund 60 Pf. Da zu einer Tasse Haemacolade im Durchschnitt ein gestrichener Eßlöffel voll genommen wird und 30 Eßlöffel voll auf 1 Pfund gehen, kostet jede Tasse Haemacolade vier Pfennige.

FRITZ SAUER, Berlin W. 30, Barbarossastr. 20.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Mittwoch, den 30. Oktober 1907, abends 8 1/2 Uhr, Koppenstraße 29 (früher Keller):

Vertrauensmänner-Versammlung für sämtliche Bezirke und Branchen.

Tages-Ordnung:
 1. Festsetzung der vom 1. Januar ab zu zahlenden Kranken- und Arbeitslosen-Unterstützungssätze. 2. Streiks und Differenzen. 3. Branchenanliegenheiten.
 Mitteilungsbuch und Vertrauensmännerkarte legitimiert.
 Jede Werkstatt muß vertreten sein. Die Ordnerverwaltung.

Montag, den 29. Oktober er., abends 8 Uhr, im „Englischen Garten“, Alexanderstr. 27c:

Branchen-Versammlung für die in der Küchenmöbelbranche beschäftigten Tischler und Maler Berlins und der Vororte.

Tages-Ordnung:
 1. Vortrag des Kollegen A. Schreiber: „Die Gewerkschaften im Kampfe mit dem totalen Unternehmertum“. 2. Diskussion. 3. Branchenanliegenheiten; es erfolgt hierbei die Ausgabe der Fragebogen für die Branche.
 Wichtig! Jedes in der Branche beschäftigte Kollegen ist es, in dieser Versammlung zu erscheinen. Die Kommission.

Das Großartigste für den Christbaum!

Was ist entzückender als der wunderbare Reiz und überbühnende Effekt. Uebertrifft alles bisher Dagewesene!
 Vollständig neu! Richt zu verwechseln mit dem bisherig. Christbaumgelenkten! Geschloß geschützt. Nach eingehiger Probe zahlen noch Betrag retour.



Ganze Höhe ca. 31 Ctm.
 Kirberg & Co. in Foche b. Solingen, Stahlwarenfabrikation
 ältestes Verkaufshaus des Solinger Industriebezirks.

2. Wahlkreis.

Dienstag, 29. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

2 Volks-Versammlungen

in den Lokalen

Berliner Bock-Brauerei (Tempelhofer Berg),
Kliems Festsälen, Hafensheide 13/15.

Tages-Ordnung:

Die Sozialdemokratie in der Stadtverordneten-Versammlung.

Referent: Stadtverordneter **Karl Koblenzer.**

Stadtverwaltung und Volksinteresse.

Referent: Stadtverordneter **Johannes Sassenbach.**

Freie Diskussion.

Ansprache der Kandidaten **Dr. Alfred Bernstein** und **Gottfried Schulz.**

Männer und Frauen! Auf in die Versammlungen! Es gilt Protest einzulegen gegen das elende Wahlssystem, gegen Ausbeutung und Unterdrückung!
Der Vorstand.

Sozialdemokratische Wahlvereine für den 3. und 4. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

2 öffentliche

Kommunalwähler-Versammlungen

am Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr

für den 11. und 12. Bezirk bei **Graumann**, Mannysstraße 27,
für den 22. und 23. Bezirk bei **Böker**, Weberstraße 17.

Tages-Ordnung:

„Die Kommunalwahlen.“

Referenten sind die Stadtverordneten: **Borgmann, Basner, Wengels.**

Zu zahlreichem Besuch laden ein

Die Vorstände.

Schöneberg!

Freitag, den 1. November, abends 8 Uhr:

3 Volks-Versammlungen

in:

E. Obst's Festsälen, Meiningenstraße 8. | „**Wilhelmshof**“, Ebersstraße 80.

„**Vindelpark**“, Hauptstraße 16.

17/13

Tages-Ordnung:

Auf zur Stadtverordnetenwahl!

Referenten: Reichstagsabgeordneter **Fritz Zubell**. Stadtverordneter **Hermann Schubert**. Stadtverordneter **Dupont**.

Frauen und Männer erscheint zahlreich!

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands

Filiale Berlin.

Dienstag, den 29. Oktober 1907, vormittags 11 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

bei **Freyer** (früher Keller), Koppenstraße 29.

[201/07]

Tages-Ordnung: Bericht der Lohnkommission.

Sämtliche Mitglieder, auch die Streikposten, haben zu erscheinen.

Die Streikleitung.

Freie Vereinigung der Maurer Deutschlands

Ortsverein Berlin.

Mittwoch, den 30. Oktober 1907, abends 8 Uhr, in den „**Vornussälen**“,
Riederstraße 91r. 6/7: 130/12

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung:

1. Kassenbericht des ersten Kassierers über die Streikabrechnung. Bericht vom zweiten und dritten Quartal. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Revisors. 4. Antrag des Ausschusses. 5. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Der Vorstand.

Den Kollegen der Zählstelle Westen und Schöneberg zur Kenntnisnahme, daß vom 29. Oktober ab sich die Zählstelle in der Elsholzstraße 16 bei **Sander** befindet. D. O.

Die allerbeste Puppe

erhält man, wie seit Jahren bekannt, in der
Puppen-Fabrik **Otto Kreyssig**

jetzt nur **Brunnenstr. 33** früher
da sonst Brunnenstr. 119

Reparaturen erbitte schon jetzt, Ueberfällung.

Hygienische

Bedarfsartikel. Neuest. Katalog
Empfehl. viel. Aerzten. Prof. grat. u. f. f.
H. Unger, Gummiwarenfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 91/92.

H. Pfau

C., Klosterstraße 30 (T. I. 6347).

Welch  Bequem

Bruchbänder und Bandagen, Geradenhalter, Leibbänder, orthopädische Apparate, künstl. Glieder, Korsetts u. alle Artikel zur Krankenpflege. Für Damen auf Wunsch weibliche Bedienung. Lieferant für alle Krankeinstellen.

H. & P. Uder, Engel-Afer 5.

Berlin SO. 16.

Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.

Rauch-, Kau-, Schnupftabake, Zigarren, Zigaretten.

Vorteilhafteste Bezugsquelle für Wiederverkäufer.

Größte Auswahl gelagerter Zigarren in allen Preislagen.

Sämtliche bekannten **Zigaretten** zu Originalpreisen.

Amt 4. 3014.

Sozialdemokratischer Wahlverein des 6. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

öffentliche

Kommunalwählerversammlungen.

Tages-Ordnung:

267/12

Politisches u. Sozialpolitisches aus dem Roten Hause.

Dienstag, den 29. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

für den 32. Bezirk bei **Dase**, Brunnenstr. 154,

für den 34. Bezirk: **Berolina Festsäle**, Schönhauser Allee 28,

für den 36. Bezirk: **Swinemünder Gesellschaftshaus**, Swinemünderstraße 42,

für den 44. Bezirk: **Patzenhofer Brauerei**, Turmstr. 26,

für den 48. Bezirk: **Bernhard Rose-Theater**, Badstr. 58;

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

für den 45. Bezirk: **Artus-Hof**, Berlebergerstr. 36.

Referenten sind die Stadtverordneten: **Bruns, Dupont, Fischer, Glocke, Leid, Ritter.**

Zu zahlreichem Besuch ladet ein

Der Vorstand.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin. Hauptbureau:
Hof I. Amt 3, 1239. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1087.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Versammlung

der

Gold- und Silberarbeiter und verwandten Berufsgenossen
in **Meiers Festsälen**, Sebastianstraße 39.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen **Robert Fendel** über: „Die politische Lage und was haben die Arbeiter vom neuen Reichstags zu erwarten.“ 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Die Kollegen, insbesondere die Vertrauensleute, werden ersucht, mehr wie bisher für den Besuch der Versammlung zu sorgen.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr:

Versammlung

sämtlicher in den

Geldschrankfabriken beschäftigt. Kollegen
in den **Sophien-Sälen**, Sophienstr. 17/18.

Tages-Ordnung:

1. Wie stellen sich die Kollegen zur Verlängerung der in den Geldschrankfabriken bestehenden Tarife und zum Abschluss eines Einheitsarbeits für sämtliche Geldschrankbetriebe? 2. Diskussion.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Kollegen notwendig.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 6 Uhr:

Versammlung

der in der

chirurgischen Branche beschäftigt. Kollegen
im **Rosenthaler Hof**, Rosenthalerstr. 11/12.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag der Genossin **Ida Altmann** über: „Die Kirche und die arbeitende Menschheit.“ 2. Diskussion. 3. Erwählungswahl der Agitationskommission. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Die Kollegen! Wir machen Euch auf den Anfang der Versammlung, um 6 Uhr, ganz besonders aufmerksam, und erwarten, daß Ihr in Betracht des interessanten Vortrages pünktlich und zahlreich erscheint.

Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 Uhr:

Bezirks-Versammlung

für

Steglitz und Umgegend
im Lokal von **Schellhase**, Steglitz, Ahornstr. 15a.

Tages-Ordnung:

1. Revision der Bezirkseitung und der Agitationskommission. 2. Bericht der Parteidelegierten. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.

Kein Mitgliedsbuch kein Zutritt. Die Kollegen werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen.

154/30 Die Ortsverwaltung.

Erklärung.

Die Differenzen zwischen uns und dem Verbands der Bäcker sind zur Zufriedenheit geregelt, woraus ich meine werke Kundhaft besonders aufmerksam mache.

Zinnitz, Bäckermeister, Tegel, Schulstr. 1. 9476

Stolas, Kolliers, Krawatten, Muffen,

schick garnierte Damenhüte, Barotts Horren-Mützen und Pelzkragen, Knaben- und Mädchen-Garnituren, Fußsäcke, Jagdtaschen, Wagentecken, Pelz-teppiche und Bettvorleger.
Nur eig. Fabrikat. Große Auswahl. Bestes Material. Kein Zwischenhändler, daher Fabrikpreise.

Sämtliche gangb. Pelzarten am Lager.

F. Kalman, Kürschnermeister.

Jetzt Kommandantenstraße 15 I. (gegenüber Beuthstraße).

Verkauf auch Sonntags. Wochentags bis 9 Uhr abends. Tel. I. 3917.

Sanatorium

Bilz

Dresden-Radebeul-Schlesien

Lokal: Herr. u. Hof
Lage: schön, Nizza
Prospekte
frei.

Winter-Kuren

Günst. Heilfolge.
Aerzte, Direktor
Alfred Bilz, Oberarzt
Dr. Arzhib. Internat. Resandt

Bilz Naturheilbad 14, Müllentau verk.

Spanischer Roman der Gegenwart. 110 Bdt., ca. 300 Abbild. u. 30 Bunde. 12 Bde. 12.50
Tel. 450 geb. zu bez. d. Bilz Naturheilanstalt Dresden-Radebeul u. a. Bilz

In hundert Jahren

Bruch-Pollmann

empfehlen sein Lager in Bruchbandagen Leibbinden, Geradenhalter, Spritzen Suspensorien sowie sämtliche Artikel zur Krankenpflege. Eigene Werkstatt Liefer. f. Orts- u. Hülfs-Krankenhäusern
Berlin O., 58012

30. Finien-Straße 30.
Alle Bruchbänder mit elastischen Gelen, angenehm u. weich am Körper.

Hygienische Bedarfsartikel.

Gummiwaren, 1000er Anerk. V. Prof. u. Arzt. empf. bill. Apoth. S. Schweitzer's Fab. Hyg. Präp. Berlin O., Holzmarktstr. 50-70. Off. verl. ang.

Eine Mark

wesentliche Teilzahlung höhere eigene fertige 1895

Herren-Garderoben

Bring für Maß. Anfertigung nach Maass. Tolereiche Ausbittung.

Julius Fabian, Schneidemeister, Gr. Frankfurterstr. 37, Eingang Strandberger Ulag.

Die Tätigkeit der sozialdemokratischen Fraktion

in der Berliner Stadtverordnetenversammlung

(1. September 1905 bis 30. September 1907).

V. Armenpflege und Waisenfürsorge.

Dass unsere Vertreter im Rathaus unablässig bemüht sind, die notwendige Versorgung der Armen zu verbessern, ist selbstverständlich; fast ebenso selbstverständlich, dass ihre Bemühungen, da sie ja größere Ansprüche an den Stadtsäckel machen, von der Majorität fast immer erfolgreich vereitelt werden. Interessant aber ist es, dass unsere Fraktion die einzige ist, die stets geschlossen für die humaneren Forderungen eintritt, die die Armenverwaltung selbst stellt und die trotz ihrer Beschränkung auch durch die bürgerlichen Elemente, die sich sachmännisch mit der Armenpflege beschäftigen, oft genug vom Magistrat und von der Majorität abgelehnt werden.

So ist es seit längerer Zeit ein Wunsch der Armenverwaltung, in dem Etat Mittel zugewiesen zu erhalten, um Heimstättenbehandlung auch solchen Personen zuzulassen, die der Armenpflege verfallen sind; vorläufig muß sie sich auf diesem Gebiete mit unzulänglichen Stützungsmitteln behelfen oder gar mit recht anschaubaren Auslegungsbewerben andere Positionen ihres Etats für diesen Zweck in Anspruch nehmen. Bei den Etatsberatungen für 1906 und 1907 beantragten unsere Vertreter wiederholt die Einsetzung einer größeren Summe hierfür in den Etat der Armenverwaltung; stets wurden ihre Anträge mit großer Mehrheit abgelehnt.

Zu Beginn der Berichtsperiode hatte die Armenverwaltung eine Vermehrung der Armenarztbezirke auf 183 gefordert, d. h. etwa 35 mehr als bisher. Der Magistrat trat dieser Forderung nicht bei. Die Ärzte erhielten bisher Entschädigungen von 1200 M. bis 1500 M.; die Armenverwaltung forderte eine für alle gleiche Entschädigung von 1600 M.; der Magistrat wollte nur 1500 M. bewilligen. Als diese Sache der Stadtverordnetenversammlung zur Kenntnisnahme unterbreitet wurde, setzte sie einen Ausschuss ein, der zu folgenden Beschlüssen kam: 1. Die Armenarztbezirke sollten vermehrt und neu eingeteilt werden. 2. Das Gehalt der Armenärzte soll entsprechend vermehrt werden. 3. Unter Zustimmung des betreffenden Armenkommissionen-Vorsitzers solle ausnahmsweise die Konsultation beziehungsweise Behandlung des Armenarztes eines Nachbarbezirks zulässig sein. 4. Es sollen auch für die Armen besoldete Spezialärzte herangezogen werden.

Die Versammlung nahm nur die Anträge 1 und 2 an; 3 und 4 wurden trotz des energischsten Eintretens unserer Vertreter, denen sich auch bürgerliche Redner angeschlossen, in namentlicher Abstimmung mit 50 bez. 61 Stimmen gegen 58 abgelehnt. Wir haben hier ein Beispiel, wie bedeutam selbst eine geringe Zunahme unserer Vertreterzahl werden kann.

In unserem letzten Bericht („Vorw.“ Nr. 253 von 1905) hatten wir mitgeteilt, daß eine gemischte Deputation eingesetzt sei, um eine Entscheidung darüber herbeizuführen, ob die geschlossene Waisenfürsorge (d. h. die Erziehung in städtischen Waisenhäusern) oder die Familienerziehung vorzuziehen sei. Die Deputation erklärte sich in erster Linie für die Familienerziehung; nur in besonderen Fällen sei die Anstaltsfürsorge unentbehrlich. Bei den Verhandlungen hierüber in der Versammlung hob unser Vertreter hervor, daß von den nach auswärts in Familienpflege gegebenen Waisenkindern noch 15 Proz. in Orten untergebracht seien, in denen eine einklassige Schule bestünde! Die Forderung, daß in Zukunft keine Kinder mehr in solche Orte geschickt werden sollten, genügt nicht; auch die jetzt so untergebrachten seien sofort fortzunehmen und anderweitig unterzubringen. Die Mehrheit stimmte dem nicht zu. Weiter stellte unser Vertreter fest, daß wir zu einer Konzeption bereit seien — die noch nicht schulpflichtigen Kinder dürften in Familienpflege gegeben werden, mit Beginn des schulpflichtigen Alters aber müsse dann auch die geschlossene Pflege Platz greifen. Unser Ideal für diese sei das sogenannte Kindergruppen-Familienheim, bei dem je 10—12 Kinder unter Leitung eines erfahrenen Pädagogen erzogen werden sollten — eine Einrichtung, die auch von bürgerlichen Kreisen empfohlen wird und die für unsere ganze Volkserziehung später von Bedeutung werden könnte.

Natürlich trat die übergroße Mehrheit der Ansicht der Ausschussmehrheit bei — handelt es sich doch nur um Kinder des Proletariats. Um so energischer sollten alle proletarischen Väter und, soweit es in ihren Kräften steht, auch die Proletariermütter am 8. November ihre Kräfte für die Wahl der sozialdemokratischen Kandidaten einsetzen.

Zur Kommunalwahlbewegung.

Ein Arbeiter als Freisinnskandidat?

Auch im 12. Kommunalwahlbezirk dritter Abteilung, der ein Teil der äußeren Luisenstadt ist und die Stadtbezirke 79 und 87—94 umfaßt, wollen die Freisinnigen den Kampf gegen die Sozialdemokratie, die diesen Bezirk bereits inne hat, noch einmal versuchen. Wir meldeten schon in unserer Sonnabendnummer, daß dort dem diesmaligen Kandidaten der Sozialdemokratie, Stadtverordneten Frey Zubeil, von den Freisinnigen ein Herr Schildhauer als ihr Kandidat entgegengestellt wird. Und wir fügten hinzu, Herr Sch. habe in einer Versammlung liberaler Wähler sich als Arbeiter empfohlen. Auch liberale Väter haben jetzt mitgeteilt, daß im 12. Wahlbezirk dieser Herr für den Freisinn kandidieren werde. In der betreffenden Notiz wird aber angegeben, besagter Herr Sch. sei Klempnermeister. Das hat uns ein bißchen überrascht. Herr Sch. erklärte in jener Versammlung ausdrücklich: „Ich bin Arbeiter, einer von den wenigen Arbeitern, die noch zum Freisinn halten.“ Er fügte auch hinzu: „Sie wissen ja, wie schwer es heutzutage einem Arbeiter gemacht wird, sich offen zum Freisinn zu bekennen.“ Wenn jetzt derselbe Herr als Klempnermeister bezeichnet wird, so muß hier irgend etwas nicht stimmen. Was ist's mit diesem Herrn Schildhauer, der in der Versammlung sich „Arbeiter“ nannte, aber in liberalen Zeitungen „Klempnermeister“ genannt wird? Er wohnt, wie liberale Zeitungen angeben, im Hause Stalitzerstraße 24.

Im 29. Kommunalwahlbezirk

haben die Freisinnigen den bisherigen Stadtverordneten des Bezirks, den Glasernmeister Alt aufgestellt. In einem vom liberalen Wahlkomitee zugunsten des Herrn Alt verbreiteten Flugblatt wird neben anderen Vorzügen des Kandidaten — langes Wohnen, Vetreibung seines Geschäftes im Bezirk — auch der ausgeführt, daß der oberste Gerichtspräsident habe, laute: „keine Sonderinteressen! sondern einzig und allein die Interessen der gesamten Bürgerschaft.“

Was da behauptet wird, ist einfach nicht wahr. Das hat sich erst ganz kürzlich gezeigt anlässlich der Beratung der Wertzuwachssteuer. Herr Alt hat bei dieser Gelegenheit sich als getreuer Trabant der Terrain Spekulant und der Haus- und Grundbesitzer gezeigt, indem er dazu beitrug, die so mühsame Magistratsvorlage zu Fall zu bringen. Kaum je ist die Wahrung der Sonderinteressen der Haus- und Grundbesitzer so klar in Erscheinung getreten wie bei dieser Gelegenheit. In Haus- und Grundbesitzervereinen sagen das die Herren auch ganz offen, der Wählerchaft gegenüber aber reden die Freisinnigen in pharisäer-

haftem Augenaufschlag von „den Interessen der gesamten Bürgerschaft“. Hossentlich erteilt die Mehrheit der Wähler dem Herrn am 6. November die richtige Antwort, indem sie ihre Stimme dem Sozialdemokraten gibt.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. In Spandau-Ronnenbamm verzweigt der Besitzer des Lokals „Zum Ronnenkrug“, Herr Schulz, die Herberge seiner Räume zu Versammlungen. Es steht uns mithin dort kein Lokal mehr zur Verfügung und ersuchen wir daher, Spandau-Ronnenbamm aus der Lokalliste zu streichen. Die Lokalkommission.

Schöneberg. Wir weisen die Genossen und Genossinnen auf die am Freitag, den 1. November, abends 8 Uhr, in E. Obsts Festhalle, Wilhelmshof und Lindenpark stattfindenden Volksversammlungen hin. Es ist notwendig, daß ein jeder hierfür agitiert und für zahlreiche Besuch sorgt. Alles übrige siehe Inserat.

Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Wilmerdorf. Heute abend 8 1/2 Uhr findet im Luisenpark, Wilhelmstraße 112, die regelmäßige Monatsversammlung des sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Auf der wichtigen Tagesordnung steht u. a. ein Referat des Genossen Riebel. Die Genossen werden ersucht, recht zahlreich und pünktlich zu erscheinen. Der Vorstand.

Sozialdemokratischer Wahlverein Lankwitz. Heute, Dienstag, abend 8 1/2 Uhr, bei Rettger, Colandrellistraße 27/29, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Vortrag des Genossen K a p e n s t e i n. Bericht von der Generalversammlung Groß-Berlins. Verschiedenes.

Rummelsburg. Heute, Dienstagabend 8 1/2 Uhr, findet im Saale der Bwe. Weigel, Türschmidtstraße 45, eine Versammlung des Wahlvereins mit folgender Tagesordnung statt: 1. Vortrag: „Klassenjustiz und Klassengesetzgebung“. Referent: Genosse Paul John. 2. Diskussion. 3. Wahl eines Vorstandsmitgliedes. 4. Vereinsangelegenheiten. Um regen Besuch bittet Der Vorstand.

Hohen-Neuendorf und Stolpe (Nordbahn). Den Genossen zur Nachricht, daß der Vorstand des Wahlvereins infolge der unpünktlichen Lieferung des „Vorwärts“ durch den Privatpediteur eine eigene Expedition zu errichten beschloßen hat; dieselbe befindet sich beim Genossen Wilhelm Lentzner in Hohen-Neuendorf, Berlinerstr. 8. Dasselbst werden neue Abonnenten aufgenommen. Zugleich werden die Genossen ersucht, rege für den „Vorwärts“ zu agitieren. Der Vorstand.

Jossen. Am Donnerstagabend 8 Uhr findet im Lokale des Herrn Schimle, Barutherstraße, eine öffentliche Versammlung statt. Das Thema lautet: „Welche Interessen vertritt der Haus- und Grundbesitzerverein in der Kommune?“ Referent: Ewald, Berlin. Die Handzettelverbreitung zu dieser Versammlung findet am Mittwochabend 7 Uhr vom Lokale Schimle aus statt. Parteigenossen, agitiert für diese Versammlung. Der Vorstand.

Pantow. Heute abend 7 1/2 Uhr findet im „Feldschlößchen“, Berlinerstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen P a h l - B e r l i n über: „Die Kulturaufgaben der Sozialdemokratie“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes.

Am Sonnabend, den 9. November er., findet im „Gesellschaftshaus“, Kreuzstr. 3/4, das 17. Stiftungsfest des Wahlvereins statt. Billets sind beim Genossen R. Danziger, Dresdnerstr. 43, und bei den Bezirksfahrern zu haben. Der Vorstand.

Niederlehndorfer. Heute abend 8 1/2 Uhr, findet im „Neu-Carlshof“, Beuth-, Ecke Charlottenstraße, die Mitgliederversammlung des Wahlvereins statt. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wesper über „Der wirtschaftliche und politische Kampf der Arbeiterklasse“. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten und Verschiedenes. Sammellisten und Billets sind in dieser Versammlung abzurufen. Um recht zahlreichen Erscheinen der Mitglieder ersucht Der Vorstand.

Ober-Schöneeweide. Mittwoch, den 30. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wilhelminenhof“ eine Versammlung statt. Genosse Adolf Hoffmann hält einen Vortrag über „Der Kampf um das Dasein“. Die Parteigenossen werden ersucht, für zahlreiche Besuch dieser Versammlung Sorge zu tragen und sich an der heute, Dienstagabend, stattfindenden Handzettelverbreitung rege zu beteiligen. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Neben den Dienstmädchen die — Straßendirnen!

Daß es der Sozialdemokratie gelungen ist, sogar die Dienstmädchen wahrzunehmen, daß hat in wohlhabenden Gesellschaftskreisen einen Sturm der Entrüstung hervorgerufen. Die ohnmächtige Wut gewisser „Herrschaffen“ über die fortschreitenden Organisationsfolge der Sozialdemokratie kommt zum Ausdruck in einem Wort, das von Herrn Kopsch, dem Gemeindefchulrektor und Freisinnabgeordneten, offen ausgesprochen worden ist. In der Versammlung liberaler Wähler des 10. Kommunal-Wahlbezirks, die wir in unserer Sonntagsnummer erwähnten, höhnte Kopsch, von der Sozialdemokratie seien ja sogar schon die Dienstmädchen organisiert worden, nächstens werde sie wohl auch noch die „Damen“ organisieren, die in der Nacht durch die Friedrichstraße streifen. Was kann der Mann damit bezwecken haben, daß er in einem und demselben Atemzuge neben den Dienstmädchen die Straßendirnen nannte? War es ihm nur darum zu tun, die Sozialdemokratie zu begeßern?

Die Väter und Mütter, die ihre Töchter dem Dienstmädchenberuf zuführen müssen — das müssen übrigens nicht nur Arbeiterfamilien, sondern auch viele kleine Gewerbetreibende und besonders kleine Beamte — werden über diese Verkörperung des Gemeindefchulrektors und Freisinnabgeordneten sich ihre eigenen Gedanken machen.

Die gemischte Deputation zur Auffindung von Mittel und Wegen behufs planmäßiger Beschaffung von Schulgrundstücken und rechtzeitiger Errichtung von Schulbauten hielt am Montag ihre zweite Sitzung ab. Von unserer Seite gehören der Deputation die Genossen Singer, Vorkamm und Dittus an. Das in der ersten Sitzung gewünschte Material über die Zahl der Baracken und Mietschulen war den Mitgliedern zugegangen. Die vorliegenden Zahlen geben ein trübes Bild über die derzeitigen Schulverhältnisse. Wir haben zurzeit 5 Schulen in Baracken untergebracht. Eine weitere Barackenschule muß in Ermangelung anderer Räume in der Seestraße errichtet werden. 30 Schulen sind in Mietschulhäusern untergebracht. Von insgesamt 5026 Klassen mit 228 362 Kindern sind 657 Klassen mit 30 884 Kindern in Mietschulhäusern untergebracht. Die Zahlen zeigen am besten, wie Berlin bisher für seine Volksschulen „gehort“ hat. Abhilfe ist zurzeit sehr schwer; da die Errichtung der Schulen zu langsam geht. Im Jahre 1908 sollen fünf Schulen mit je 36 Klassen, 1909 7 Schulen mit je 36 Klassen, 1910 4 Schulen mit je 36 Klassen und 1 Schule mit 18 Klassen, 1911 2 Schulen mit je 36 Klassen,

1912 8 Schulen mit je 36 Klassen fertiggestellt werden. Aber selbst wenn dies geschehe, was vielfach bezweifelt wurde, würde zunächst nur das dringendste jegige Bedürfnis befriedigt sein. Dabei ist auch noch die Zunahme der Bevölkerung und die so oft versprochene Herabsetzung der Klassenfrequenz in Betracht zu ziehen. Nach dreistündiger Beratung einigte sich die Deputation auf einen Antrag, den Magistrat zu ersuchen, sofort mit der Errichtung von Schulhäusern vorzugehen, um die Barackenschulen zu beseitigen. Eine weitere Sitzung wird stattfinden.

Wie der „Lokal-Anzeiger“ berichtet: In der gestrigen Abendausgabe schreibt der „Lokal-Anzeiger“:

„Rechtsanwalt Dr. Karl Liebknecht hat die Stadtverordnetenversammlung ersucht, ihn auf die Dauer von 18 Monaten zu beurteilen, da er, wie wir bereits berichteten, vom Reichsgericht zu Leipzig zu einer Festungstrafe von 1 1/2 Jahren verurteilt worden ist, die er inzwischen angetreten hat. Eine Neuwahl wird nicht stattfinden.“

Wahr ist nur, daß Genosse Liebknecht durch sein Bureau der Stadtverordneten-Versammlung hat mitteilen lassen, daß er infolge seiner Strafe nicht in der Lage sei, den Sitzungen der Stadtverordneten-Versammlung beizuwohnen zu können; nicht wahr ist, daß er um einen Urlaub von 18 Monaten nachgesucht hat. Er konnte das schon deswegen nicht, weil das Mandat Liebknechts bis Ende dieses Jahres läuft. Es ist auch nicht wahr, daß eine Neuwahl nicht stattfinden wird; das Gegenteil ist richtig, daß gerade infolge des Ablaufs der Wahlzeit Liebknecht wieder zur Wahl steht. Die Genossen des Bezirks haben Liebknecht wiederum zum Kandidaten des 45. Kommunalwahlbezirks aufgestellt und werden alles daran setzen, daß Genosse Liebknecht am 6. November als Sieger aus der Wahl hervorgehen wird! Trotz alledem und alledem!

Aus der Krankenhausverwaltung.

In der jüngsten Sitzung der Deputation für die städtischen Krankenanstalten wurde beschlossen, in allen Krankenhäusern Nummern nach Bedarf einzustellen. Der Versuch, der im vergangenen Sommer im Urban-Krankenhaus mit Nummern für Kinder, die an Magen Darmstörungen, Brechdurchfall usw. litten, gemacht worden ist, hat sich trefflich bewährt. Es wurde ferner offiziell mitgeteilt, daß endlich der Magistrat nach langwierigen Beratungen zu der Frage der Assistenzärzte an den städtischen Krankenhäusern Stellung genommen hat. Die Stadtverordnetenversammlung hatte bereits am 16. Mai die Anträge unserer Genossen zum Beschluß erhoben, wonach diesen Ärzten neben freier Station ein Gehalt von 1200 M. zu gewähren sei, das sich nach 1 1/2-jähriger Tätigkeit auf 1500 M. erhöhen soll. In diese Erhöhung sollten auch die Ärzte am Kinderkrankenhaus einbezogen sein, die bisher mit einem Gehalt von 500 M. auskommen mußten, das ihnen der Magistrat großzügig auf 750 M. erhöhen wollte. Die Volontärärzte, die bisher nur mit freier Bestätigung abgepflegt wurden, sollten nach unseren Anträgen noch 50 M. Wohnungsgeldentschädigung erhalten. Es hätte nicht viel gefehlt, daß die Ärzte durch Nichtbewilligung ihrer bescheidenen Forderungen beinahe zum Auslande getrieben worden wären. Unsere Genossen sagten sich, daß nur gut bezahlte, berufstüchtige Ärzte all den Aufgaben gewachsen sind, die von der heutigen Krankenbehandlung verlangt werden. Abgesehen davon beweist das Eintreten der Sozialdemokratie für die Ärzte von neuem, daß diese Partei auch die Interessen der gelehrten Berufe fördert, ohne Rücksicht darauf, daß man ihr gerade hier vielfach mit verständnislosem Eifer entgegentritt. Der Magistrat hat nunmehr die Beschlüsse der Stadtverordnetenversammlung vollständig zu den seinen gemacht, trotzdem seinerzeit der Oberbürgermeister Ströbner einen Trauergefang über Rangal an Idealismus bei den Ärzten angestimmt und von ihnen als von noch nicht fertigen Leuten gesprochen hatte.

Endlich wurden durch Beschluß der Deputation für das Dienst- und Pflegepersonal verhältnismäßig höhere Bezüge eingeführt, und zwar unter Einführung von Altersstufen, um das Personal unabhängig von der guten oder schlechten Stimmung der Vorgesetzten sowie von jeder Protektion zu machen und sicherzustellen. So erhalten, um nur einige Gruppen herauszugreifen, Hausdiener und ungelernete Arbeiter einen Anfangslohn von monatlich 38 M. neben Wohnung, Kost, Licht, Heizung und Arbeitskleidung; halbjährlich wird eine Zulage von 3 M. gewährt bis zu einem Höchstlohn von 80 M. nach 7 Jahren. Die Wärter steigen von 40 bis 85 M., die Emolumente und halbjährlichen Zulagen sind dieselben wie bei den Hausdienern. Die Wasch-, Küchen- und Hausmädchen steigen mit halbjährlichen Zulagen von 2 M. von 20 bis 40 M., die Stationsmädchen von 20 bis 44 M., die Wärterinnen von 30 bis 50 M. Die Pförtner, Nachtaufsicher Voten steigen von 105 bis 145 M. mit jährlicher Zulage von 5 M.; sie erhalten daneben nur Dienstkleidung. Das Maschinen- und Heizpersonal bekommt 105 M., mit jährlicher Zulage von 5 M. bis 150 M. steigend, daneben Arbeitskleidung; die ständigen Handwerker (Schlosser, Maler, Tischler, Maurer, Tapezierer, Klempner) 120 bis 180 M. steigend; die Verwaltungsgeschülten (Küchen-, Materialverwaltungsgehülften) 125 bis 200 M. steigend. Die Scheuerfrauen erhalten einen Monatslohn von 50 bis 75 M. nebst Arbeitskleidung und Bestätigung, ohne Bestätigung 80 bis 100 M., die Näbinnen 45 bis 60 M. nebst Arbeitskleidung und Bestätigung.

Die Verbesserungen, die hierbei für das Personal herausgesprungen sind, fallen umso mehr in die Augen, wenn man die gerade das Dienst- und Pflegepersonal bedachte. Es ist jedoch zu betonen, daß sie eingeführt sind als die Frucht der Regsamkeit der Angestellten in ihrer Organisation und der Kritik, die mit jähher Ausdauer von unseren Genossen in der Presse, im Stadtparlament und in der zuständigen Deputation geübt worden ist.

Für den Berliner Witz ist der Prozeß Kollif-Garden ein gefundenes Fressen. Anspielungen und Witze — manchmal recht seltene — fliegen hin und her, daß man wieder an den Hauptmann von Köpenick erinnert wird. „Lütü“ wird schon in allen Tonarten besungen und gepfiffen, und nicht zuletzt ist es die Ansichtskartenindustrie, die sich vielseitig des neuesten Sensationsprozesses bemächtigt hat. Auf dem Potsdamer Platz und in der Friedrichstraße werden Ansichtskarten mit dem Ritter Phil und seinem süßen Lütü feilgeboten und finden reichenden Absatz. „Eine Parodie auf Hofstors Abschied lautet:

„Süße Lütü, holde Pommeranze,
Reich' mit meinem Helm und meine Lanze;
Noch einen Auf, mein Lieb, und dann ade!“
„Phil, ach, Geliebter meiner Seele,
Dackelschwänzen, holder Philomela,
Bleib' doch hier am grünen Strand der Spree!
Wilst Du Dich denn ewig von mir wenden?“ —
„Lütü, ich will meinen Knappen senden,
Er soll trösten Dich, m-in holdes Kind,
Friedolin, mein Knecht, das ist ein frommer,
Strammer, kerngesunder Sinterpommor,
Trodne Deine Tränen jetzt geschwind!“
„Nun, dann geh', mein Phil, meine Sonne
Laß mich meine Lippen voller Sonne
Drücken an Dein nasses Taschentuch — —
Bei Philippi sehen wir uns wieder!“

Soweit der „Dichter“, den der Zeichner lebhaft unterstützt. Maximilian tritt auf, einen Dolch im Gewande. Er ersticht Lütü und Ritter Phil ruft schauernd:

„Was ist das? Wir zittern alle Glieder, —
Trage, Du Verurachter, meinen Fluch!“

In der Säuglingsfürsorge I, Blumenstraße 78, findet während des Monats November wöchentlich einmal unentgeltlicher Unterricht in der Säuglingspflege mit praktischen Übungen statt. Beginn am Montag, den 4. November, um 5 Uhr. Meldungen mündlich oder schriftlich im Bureau des Kinderhauses, Blumenstraße 78, täglich von 2—4 Uhr.

Unter dem Rangierzug zermalmt. Einen schrecklichen Tod hat der Hilfsbremser Korte aus der Eisenbahnstraße 19 gefunden. A hatte bei der Zusammenstellung von Personenzügen auf der Stettiner Bahn Dienst getan. Beim Einrangieren der Waggons sprang er vom Trittbrett der Maschine, kam zu Fall und der nachfolgende Zug ging über ihn hinweg. Die Räder zermalmten dem Unglücklichen die Oberschenkel und den Unterleib vollständig. Als man A befreit hatte, war er bereits tot. Erst vor kurzem hatte der Verunglückte geheiratet.

Einen Studenten angefahren. Eine geheimnisvolle Revolveraffäre, die noch der Aufklärung bedarf, hat sich in der Nacht zum Sonntag am Stettiner Bahnhof abgespielt. Der Student August Gerlach, Invalidenstraße 87 wohnhaft, war in Begleitung zweier Kommilitonen von der Kneipe kommend auf dem Heimwege begriffen. In der Nähe des Stettiner Bahnhofs ist nach der Angabe des U. plötzlich ein Fremder auf ihn zugefahren und hat mit dem Handel angefangen. Die beiden Begleiter mischten sich auch in die Sache und im Verlaufe des Streites gab der Unbekannte einen Revolvererschuss ab. Die Kugel drang dem G. in die Brust. Nach Verübung der Tat ergriff der Revolverführer sofort die Flucht und entkam auch. Der Schwerverwundete wurde nach der nahen Sanitätsstation gebracht. Der diensttuende Arzt stellte fest, daß die Kugel in die Rippen eingedrungen war. Eine Lebensgefahr scheint demnach für den Angefahrenen nicht vorzuliegen. Ob sich der Vorfall in der geschilderten Weise abgespielt hat, bedarf noch der Aufklärung.

Drei Personen durch die Feuerwehr vom Feuertode gerettet. In dem Schaue Prinzenstraße 76 und Sebastianstraße 1 am Sonntag früh 4 Uhr ein gewaltiger Brand zum Ausbruch, bei dem mehrere Personen in Lebensgefahr schwebten. Eine Frau und zwei Männer mußten von der Feuerwehr über mechanische Leitern hinweg ins Freie geschafft werden, während sechs andere gefährdete Personen sich noch selbst rechtzeitig in Sicherheit bringen konnten. Wir erfahren über den Vorfall folgende Einzelheiten:

Das Schaue Prinzenstraße 76 beherbergt etwa zwanzig Mietparteien. Seit dem Mai d. J. wohnt in dem vierten Stock des Vordergebäudes ein jung verheiratetes Ehepaar Klein aus Ungarn. Die Wohnung besteht aus Küche und zwei Stuben. Die Küche führt nach dem Hofe, während die Stuben nach vorn liegen. Sonnabendabend waren die Kleinschen Eheleute mit dem Bruder des Mannes, der zu Besuch hier weilte, zur gewöhnlichen Stunde zu Bett gegangen. In der vierten Morgenstunde des Sonntags wurden sie plötzlich durch starkes Klingeln aus dem Schlafe geweckt. Als sie daraufhin die Schlafstube öffneten, schlugen ihnen helle Flammen aus der Küche und dem Korridor entgegen. Sie machten in ihrem Schrecken die Tür wieder zu, rissen die Fenster der Schlafstube auf und schrien laut um Hilfe. Schon rüde auch vom Hofplatz her der erste Löschiug der Feuerwehr, die längst von Straßenpassanten alarmiert war, heran. Der gesamte Dachstuhl des Schaues stand in Flammen. Zuerst galt es, die drei am Fenster sichtbaren Personen zu retten. „Oben bleiben! Nicht springen!“ rief man den Geängstigten zu. Im nächsten Augenblick waren auch bereits zwei mechanische Leitern emporgerichtet und das Rettungswerk nahm seinen Anfang. Zunächst saßen die Eheleute nur mit dem Semd bedeckte Frau Krana Klein und brachten sie über die Leiter hinweg ins Freie. Außerdem wurde auf dieselbe Weise ihr Ehemann, der Kadrierer Alexander Klein und dessen Bruder gerettet. Vor Eintreffen der Wehr hatte sich schon der Verwalter Kleig mit seiner Frau und seiner zehnjährigen Tochter sowie mit drei anderen Herren in Sicherheit gebracht. Die Wohnung dieser Leute liegt gegenüber der Kleinschen Wohnung. Ehe die Flammen in das Treppenhaus schlugen, waren alle sechs, nur notdürftig bekleidet, die Treppen hinabgestürzt. Durch das energische Eingreifen der Feuerwehr konnte die Verwalterwohnung noch gehalten werden; nur die Korridortür ist angeknallt. Zur Abloschung des Feuers wurden vier Schlauchleitungen stärksten Kalibers vermandt. Innerhalb einer Stunde war denn auch jede Gefahr beseitigt. Der Dachstuhl des Hauses und die Küche von der Kleinschen Wohnung ist niederbezogen ausgebrannt. Ueber die Entstehungsurache des Feuers ist noch nichts ermittelt.

Ein zweiter Brand ereignete sich Sonntagvormittag in der Kommandantenstraße 49. Im Keller des rechten Seitenflügels wohnt dort die Kutscherfamilie A. Wolff. Während der Mann schon früh weggegangen war, entfernte sich gegen 10 Uhr auch seine Frau, um Brotchen zu holen, und ließ ihre beiden drei- und vierjährigen Söhne Ernst und August allein in der Wohnung zurück. Als sie nach fünf Minuten wiederkam, brannte der dreijährige August lichterloh. Sein Bruder hatte mit Streichhölzern gespielt und dabei seine Kleider in Brand gesetzt. Trotzdem Frau Wolff die Flammen an dem Körper des Kindes sämlich erloschte, hatte es doch schon schwere Brandwunden davongetragen, so daß es nach dem Krankenhause geschafft werden mußte. Der kleine Ernst hatte sich vor Angst unter das Bett verkrochen.

Aus dem Fenster gehängt mit ihrem Kinde hat sich nach einem Streite mit dem Ehemann die Frau des Fischlers Reichsmeyer aus der Gubrisstr. 44. Die junge Frau fiel auf den asphaltierten Hof. Das Kind erlitt einen Schädelbruch und war sofort tot, die Mutter erlitt viele Weibrüche, Quetschungen und Hautabwühlungen und wurde nach dem Krankenhause Bethanien gebracht, wo sie lebensgefährlich daniederliegt.

Kennbahn Treptow, 27. Oktober. Auf der Treptower Bahn herrschte am Sonntag ein reges Treiben. Schon vormittags 9 Uhr versammelten sich dort die 79 Teilnehmer des vom Sportklub „Komet“ veranstalteten Gepädemarshes, der über 50 Kilometer ging. Unter großer Beteiligung seitens begleitender Radfahrer wurde um 9 Uhr 25 Minuten der Marsch begonnen, der über Grünau, Schmöwitz nach Wildau und zurück nach Treptow führte. Gegen 4 Uhr traf als erster der Sieger des vorjährigen Marshes, der Prager Gmücker Rath, in 6 Stunden 41 Minuten ein; er hatte durchweg die Spitze und vorgescherte seinen Vorsprung ständig. Zwölf Minuten später traf der Rheinländer Wildsmeyer und in kurzen Pausen dieser (Unteroffizier vom 2. Garde-Reg. z. S.), Rippe (Sportklub Marathon), Kettelbeck (Charlottenburger Sportklub) und Reiche (Marathon) ein. Diesen Gewinnern von wertvollen Ehrenpreisen folgten bis 6 Uhr abends noch weitere 24 Teilnehmer, unter ihnen die Rennfahrer Erleben, Keil und Pawle und mehrere Soldaten. — Die Rennfahrer Stabe und Hoffmann hatten aufgegeben.

Nachmittags fanden auf der Rennbahn zwei Dauerrennen hinter Motorführung über 80 und 20 Kilometer statt, die spannende Kämpfe brachten und ohne Unfall verliefen. Das 80 Kilometerrennen (200, 150, 100, 50 M.) gewann Haberer in 25:44/2 Minuten vor Lamla (28.844 Kilometer) und George (28.200 Kilometer). W. Duber (28.844 Kilometer). — In dem 20 Kilometerrennen (200, 100, 75 M.) siegte W. Duber in 16 Minuten 24/2 Sekunden vor Haberer (19.295 Kilometer) und Lamla (19.600 Kilometer).

Ein umfangreicher Fabrikbrand beschäftigte die zweite Kompanie der Feuerwehr Sonntagabend lange Zeit in der Langenstraße 16. Das Feuer wütete in dem Karton- und Pappplager der Kartonfabrik von J. A. u. M. K. In die Flammen zu erklimmen, mußte mit drei Röhren fast zwei Stunden Wasser gegeben werden. Das Lager ist zu einem großen Teil vernichtet. Ebenso wurde die Dachkonstruktion des zweiten linken Seitenflügels zerstört. Bei den Löscharbeiten mußte auch eine mechanische Leiter, ein Saureisfahrgabel und eine Flamme-

schuhkappe benutzt werden. — Außerdem hatte die Wehr im Laufe des Sonntags noch mehrere kleine Feuer abzulöschen. In der Antonstraße 2 brannte eine Küche, am Planufer 76 eine Wabstube und in der Lindenstraße 35 eine Wabstube. Risten gingen in der Alexanderstraße 29 und Kartons in der Mäckerstraße 69 in Flammen auf, während in der Chorinerstraße 53 und in der Gornikauerstraße 5 in Wohnungen Feuer ausgebrochen war. Papiervorräte und Lumpen hatten sich dann noch in der Münzstraße 22 und in der Landsbergerstraße 64 entzündet.

Einen erheblichen Verlust hat am Sonnabend spät abend ein Arbeiter erlitten, der auf dem Wege Schmidstraße - Köpenickerstraße, von hier mit der Elektrischen bis zur Chausseestraße, dann bis Sparrstraße seinen ganzen Wochenlohn im Betrage von 40 M., der sich in einem grauen Leinwandportemonnaie befand, verlor. Der eventuelle Finder wird um Abgabe an Wilh. Hoym, Sparrstr. 21 II, gebeten.

Der Zoologische Garten hat seine reichhaltige Papageienammlung neuerdings um zwei seltene Exemplare vermehrt. Besonders zu erwähnen ist die Prachtamazona aus Südbrasilien, ein äußerst ansprechend gefärbter Vogel von schöner grüner Grundfarbe mit schwarzen Federsäumen, von denen sich die rote Zeichnung der Flügel, des Vorderkopfes und der Augenregion, sowie das intensive Blau der Schwingerspitzen wirkungsvoll abheben. Zur Gattung der Edelpapageien gehört der aus Borneo stammende Langschwanzstittich, ausgezeichnet durch schmale, stark verlängerte mittlere Schwanzfedern und sehr bunte Färbung, die verschiedene Schattierungen von grün, blau und rot aufweist.

In der Generalversammlung Groß-Berlins am 27. Oktober sind in Kellers Festsaal ein Portemonnaie mit Inhalt und ein Taschenbuch gefunden worden, welche im Berliner Verbandsbureau, Lindenstraße 69, in Empfang genommen werden können.

Vorort-Nachrichten.

Charlottenburg.

Zu einer imposanten Kundgebung gestaltete sich eine vom Gemeindefördererverband einberufene öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter, welche den großen Saal des Volkshauses füllte. Als erster Referent sprach Stadtverordneter Genosse P. a. u. L. Hirsch über „Arbeiterpolitik in der Kommune“. Genosse Hirsch schilderte in seinen oft von Beifall unterbrochenen Ausführungen den schweren Stand, den die Vertreter der Arbeiterschaft bei der Vertretung der Interessen der städtischen Arbeiter haben. Mit ihren circa 1000 Arbeitern zählt die Stadt mit zu den größten Arbeitgebern Charlottenburgs. Der Magistrat und die bürgerliche Mehrheit der Stadtverordneten halten sich nicht wenig zugute auf die sozialen Einrichtungen, die für die Arbeiter geschaffen seien. Betrachtete man diese Sache aber näher, so bliebe von der vielgepriesenen Fürsorge nicht viel übrig. Gattmäßig weigern sich die städtischen Körperschaften, dem Arbeiter einen Rechtsanspruch auf diese sozialen Einrichtungen zu geben. So seien z. B. im verflohenen Jahre nur 10 000 M. für die Alters- und Rentnerversorgung angelegt und selbst diese geringe Summe wurde nicht vollständig ausbezahlt. Ebenso lägen die Dinge im argen bezüglich der Wohnverhältnisse. Trotzdem die sozialdemokratischen Stadtverordneten seit Jahren einen Minimallohn von 4 M. fordern, gäbe es zurzeit noch eine Reihe von Arbeitern, deren Löhne erheblich unter diesem Satze seien, wie Parkverwaltung, Kanalisation, Bauverwaltung. Allerdings leidet vor der Wahl fliehen die bürgerlichen Vertreter über von Wohlwollen für die städtischen Arbeiter. Für die städtische Verwaltung sei es außerordentlich leicht, sich hier gütlicher zu zeigen; werfen doch einzelne Werke ganz enorme Ueberschüsse ab. So z. B. die Gastwarte allein an 2 000 000 M. Ueberschüsse liefere die Arbeiterauschüsse. Wie ungünstig man demüht gewesen sei, dieselben zur Weisungslosigkeit herabzubringen, zeige die Bestimmung, daß der Ausschuss Beschwerden gegen Vorgesetzte nicht verhandeln darf. Die Sozialdemokratie werde stets für die berechtigten Wünsche der städtischen Arbeiter eintreten. Sache der Arbeiter selbst sei es, bei der bevorstehenden Wahl als Wähler den sozialdemokratischen Kandidaten zum Siege zu verhelfen und für den Ausbau ihrer Organisation rastlos Sorge zu tragen. (Lebhafte Beifall.)

Ueber die Forderungen der städtischen Arbeiter pro 1908 referierten Polenske und Kamrowski. In erster Linie wird eine allgemeine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert. Für Schichtarbeiter, Maschinenisten und Heizer der Kohlenbrennerei mit Einführung des Dreischichtwechsels. Für alle übrigen Arbeiter die neunstündige Arbeitszeit. Weiterhin die Zahlung von Wochenlöhnen an Stelle der bisherigen Tage- bzw. Stundenlöhne, unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von sechs Tagen zu neun Stunden bzw. sechs Tagen zu acht Stunden. Für die Sonntags-, Feiertags- und Nacharbeit soll ein Zuschlag von 100 Proz. für Ueberschunden von 50 Proz. gefordert werden. Der Mindestlohn für ungelernete Arbeiter soll 27 M. betragen. Die Forderungen sehen weiter vor, daß der Höchstlohn nicht mehr wie bisher in zehn Jahren, sondern schon in fünf Jahren erreicht wird.

In der Diskussion wurden eine Reihe von Einzelheiten aus den verschiedenen städtischen Betrieben vorgebracht, die erkennen ließen, daß Charlottenburg noch weit von dem Ziele entfernt ist, in puncto Sozialpolitik als Musterstadt zu gelten.

Die nachstehende Resolution gelangte zur einstimmigen Annahme:

Die im großen Saale des „Volkshauses“ zahlreich versammelten Arbeiter der Stadt Charlottenburg erklären sich mit den Ausführungen des Referenten Stadtverordneten R. Hirsch über die Arbeiterpolitik in der Kommune vollständig einverstanden.

Die Versammelten erklären mit aller Bestimmtheit, daß die Arbeitsverhältnisse der städtischen Arbeiter fast in jeder Hinsicht unbefriedigend sind und verurteilen daher die Latenzlosigkeit des Magistrats und der Stadtverordneten in diesen Dingen. Sie sehen als deren unabweisbare Pflicht an, daß nunmehr endlich die schon lange und wiederholt geforderte Allgemeine Arbeitsordnung zur Tatfache wird.

Von der Einreichung der in Gruppen- und Betriebsversammlungen beschlossenen Anträge der Arbeiter nehmen die Versammelten Kenntnis. In der Erwägung, daß die in den Anträgen enthaltene Forderung auf Verkürzung der Arbeitszeit von hygienischen als auch von sozialen Gesichtspunkten aus vollberechtigt und längst spruchreif ist; in fernerer Erwägung, daß die beantragten Löhne das Minimum dessen darstellen, was selbst bei bescheidensten Ansprüchen unter den gegenwärtigen Verhältnissen zur Lebenshaltung beansprucht werden muß, und daß in allen Betrieben, wo nicht bereits Monatslöhne bestehen, die Einführung der Wochenlöhne zwecks Sicherung eines festen Einkommens unbedingt notwendig ist, erwarten die Arbeiter volle Würdigung ihrer Beweggründe und Berücksichtigung der eingereichten Anträge.

Die Versammelten beauftragen die Ortsverwaltungen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter und des Allgemeinen deutschen Gärtnervereins, die Anträge aller städtischen Arbeiter zusammenzustellen und in geeigneter Weise dem Magistrat und den Stadtverordneten zu übermitteln, wie überhaupt alles Notwendige zur Durchführung ihrer bescheidenen Wünsche zu veranlassen.

Uebrigens jedoch davon, daß das vornehmste und wirksamste Mittel zur Erlangung besserer Existenzbedingungen eine große und starke gewerkschaftliche Organisation ist, verpflichten sich die Versammelten, mit aller Energie für die Stärkung ihrer Organisationen zu wirken, und erwarren von den Kollegen, daß sie bis zum letzten Mann dieser Pflicht nachkommen.

Treptow-Waumschulenteveg.

Ein Chedrama. In der Nähe des Treptower Parks wurde kürzlich die Leiche einer Frau aus der Spree gefanget. Einige Tage darauf zog man die Leiche eines Mannes aus dem Wasser. Die Fingerringe lagen ziemlich dicht zusammen. Anfangs vermochte man

über die Persönlichkeit der beiden Toten nichts zu ermitteln. Jetzt hat die traurige Angelegenheit ihre Aufklärung gefunden. Es handelte sich um den Abschluß eines Chedramas. Der Handwerker Scholy aus Waumschulenteveg und dessen Ehefrau waren die beiden Toten. Sie hatten sich gemeinsam das Leben genommen. Das Chedrama war in einem Kerkerverleiden der Frau zu suchen, das in der letzten Zeit so stark anwuchs, daß sie glaubte, sie werde noch einmal dem Irrenhause verfallen. Sie teilte ihrem Manne ihre Befürchtungen mit und fügte hinzu, sie giede es lieber vor, freiwillig zu sterben, als in das Irrenhaus zu wandern. Das Ehepaar sahte nun den Entschluß gemeinsam in den Tod zu gehen. Sie stürzten sich beide in die Fluten der Spree und ertranken.

Adlerhof.

Ein Ausflug in die Sternennelten lautet das Thema eines öffentlichen Vortrags, den Herr Direktor Archenhold morgen, Mittwochabend, 8 Uhr, hält. Der Eintrittspreis ist auf 20 Pf. festgesetzt. Da der Vortrag zugunsten der Treptower Sternwarte bestimmt ist, ersucht der Obmann der Gewerkschaftskommission um rege Beteiligung. Billets für die Sternwarte sind zum ermäßigten Preis von 80 Pf. beim Obmann Wilhelm Arndt, Bismarckstraße 34, I, zu haben.

Weisensee.

Gefangene als Kommunalarbeiter. Zu welchen Konsequenzen das leidige Submissionswesen führt, zeigt folgender Fall. Die Regulierung der Straßen auf dem Gelände der Realgesellschaft wird durch die Gemeinde ausgeführt; es sind die Arbeiten, wie bisher üblich, an den Mindestbietenden vergeben worden. Der Unternehmer hat selbstverständlich mit Gefangenenarbeit gerechnet, denn sonst konnte er nach dem Gebot nicht zurecht kommen, da die freien Arbeiter zum mindesten das Doppelte an Lohn verlangen. Die Gefängnisverwaltung fordert für den Mann und Tag 1,00 M. In der Gemeindevertretung wurde von unseren Genossen darauf aufmerksam gemacht, daß in der Arbeiterschaft große Entrüstung herrsche, da die Arbeitslosigkeit ziemlich groß sei. Der anwesende Baurat gab zu, daß ihm die Sache auch unangenehm sei, er könne es aber nicht ändern, da im Vertrage mit dem Unternehmer über die Anstellung der Arbeiter nichts enthalten sei. Hinterher aber billigte er dennoch das Verhalten, da die Gefangenen doch auch Menschen seien und sich gerne ein paar Groschen verdienen. Er mußte sich jedoch eine Aufklärung gefallen lassen, daß nur die Gefängnisverwaltung den Vorkostenanteil vom Gewinn habe. Herr Reichert, seines Zeichens Kaufmann, jetzt Rentier, machte sich die Sache sehr einfach. Er meinte, Berlin beschäftige auf den Mieselgütern auch Gefangene, warum sollen wir nicht hinterher hinken. Es wird ja doch so manches von Berlin abgesehen. Sprachs und sank in seinen Sitz zurück mit dem Bemühtsein, eine soziale Tat begangen zu haben. Die meisten Herren waren aber so vernünftig, einer Anregung zuzustimmen, wonach in den nächsten Verträgen durch eine Bestimmung solcher Vorkommnisse vorgebeugt wird. Ferner soll mit dem Unternehmer verhandelt werden, daß die Gefangenen zurückgezogen werden.

Spandau.

Die Vorbereitungen zu den Stadtverordnetenwahlen werden von allen Parteien mit großem Eifer betrieben. Die bürgerlichen Parteien geben sich alle Mühe, um sich bei den Arbeitern in empfehlende Erinnerung zu bringen. Insofern dürften die Anstrengungen nicht den erwünschten Erfolg haben. Das zeigte bereits der mangelhafte Besuch einer vor wenigen Tagen stattgefundenen, vom Neuen Wahlverein einberufenen Versammlung. Arbeiter waren fast gar keine vorhanden. Der Grund soll sein, daß die Arbeiter bis 8 Uhr, also bei Stattfinden der Versammlung, noch arbeiten mußten. Der Referent, Herr Freyhoff, meinte, daß der Neue Wahlverein unter der Obhut des Reichslägerverbandes sich die Aufgabe gestellt habe, bei den diesmahligen Stadtverordnetenwahlen die Sozialdemokratie aus dem Rathaus zu entfernen. Daß sich jedoch die Herren noch nicht so festgesetzt fühlen, beweist ein Eingeladener, welcher vor einigen Tagen im „Spandauer Tageblatt“ erkläre. In demselben wird namentlich gegen die Kandidatur des Postsekretärs Schölher, der außer dem Betriebsführer Simon aufgestellt ist, Stimmung gemacht. Es wird betont, derselbe würde doch von den vielen im Bezirk wohnenden Arbeitern nicht gewählt werden. Im übrigen schließt die Notiz mit dem Wunsche, daß der „Obergewisse“ Piefer, der von der Sozialdemokratie aufgestellt sei, eine Niederlage erleiden möge. Der „Reichsverbandsgenosse“ Schob, der Verfasser des Schleifsteins, muß ein großes Interesse an der Vereitigung der unliebsamen Zwischenkandidatur haben; dies geht daraus hervor, daß am 25. Oktober in dem Warte dem Herrn Postsekretär nahegelegt wurde, doch von seiner Kandidatur zurückzutreten. Unsere Genossen werden dafür zu sorgen haben, daß weder der vom „Spandauer Tageblatt“ gutgeheißene bürgerliche Kandidat, noch der unangenehme Zwischenkandidat gewählt wird. Die wenigen Tage, die uns noch von der Wahl trennen, müssen agitatorisch ausgenutzt werden. Die Wahlen finden an zwei Tagen statt und es ist Pflicht der Genossen, dafür Sorge zu tragen, daß kein Irrenhause Platz greift.

Die Wahlzeit an beiden Tagen ist von 10 bis 1 Uhr vormittags und von 5 bis 8 Uhr abends.

Bei den am 3. November stattfindenden Ergänzungswahlen sind folgende Genossen als Kandidaten aufgestellt: II. Bezirk: Kommandant: Frise Böhle; III. Bezirk: Ernst Hornig; XVI. Bezirk: August Seiler; VII. Bezirk: Friedrich Göge und VIII. Bezirk: Wilhelm Piefer. Bei den am 6. November stattfindenden Neuwahlen steht im III. Bezirk der Genosse Robert Piefer und im V. Bezirk der Genosse Friedrich Göge zur Wahl.

Bis zum Tage der Wahl müße also noch jeder die Gelegenheit aus, für die Kandidaten der Sozialdemokratie zu agitieren.

Gerichts-Zeitung.

Im Prozeß gegen Karl Schneider

Am 23. Montag wieder zu einem Zwischenfall in bezug auf die Prozeßführung. Nachdem das Gericht vom 18. Oktober ab vier volle Sitzungstage in der Sache verhandelt hatte, wurde nur an einigen Tagen der Woche von 4 Uhr ab verhandelt, weil das Gericht die übrigen laufenden Prozesse ebenfalls erledigen muß. Am gestrigen Montag war von 4 bis gegen 6 Uhr verhandelt worden. Da erklärte der Angeklagte, er habe die Nacht vom Sonntag zum Montag durchgearbeitet, auch am Tage keine Ruhe gefunden und fühle sich jetzt nicht mehr fähig, den Verhandlungen zu folgen, er beantrage deshalb Vertagung. Das Gericht lehnte diesen Antrag ab, denn es habe — wie der Vorsitzende Landgerichtsdirektor Splettföhrer verkündete — nicht die Ansicht gewonnen, daß der Angeklagte nicht mehr verhandlungsfähig ist. — Der Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Halpert erbat sich hierauf das Wort, um einen Antrag zu stellen. Der Vorsitzende verweigerte dem Verteidiger das Wort und wollte in der Reuevernehmung fortfahren. Der Verteidiger ersuchte um Protokollierung der Tatsache, daß ihm das Wort zur Stellung eines Antrages verweigert wurde. Nunmehr erhielt er das Wort und beantragte, da der Gerichtshof doch nicht in medizinischen Angelegenheiten sachverständig sei, den Gerichtsarzt, Medizinalrat Dr. Hoffmann, zu rufen, damit dieser feststelle, ob der Angeklagte verhandlungsfähig sei. Diesem Antrag gab das Gericht statt und setzte die Verhandlung bis zum Erscheinen des Medizinalrates Dr. Hoffmann aus. Nach 1 1/2 stündiger Pause erschien am 24. Oktober Medizinalrat Dr. Hoffmann, der zurzeit nicht zu erreichen war, ein anderer Gerichtsarzt. Der Vorsitzende teilte ihm zur Information mit, bei der Beweishebung handle es sich um die denfor einfacheren Sachen, nur ein Zeuge sei noch zu vernahmen gewesen, die Sitzung könnte längst beendet sein, wenn der Sachverständige nicht hätte gerufen werden müssen. — Der Arzt untersuchte den Angeklagten und erklärte, der objektive Befund habe gewisse Anhaltspunkte ergeben, welche die Angabe des Angeklagten, er könne den Verhandlungen

Feine nicht mehr folgen, unterstützen. — Hierauf beschloß das Gericht die Verurteilung.

Ein jugendlicher Postbeamter,

der nach Verübung umfangreicher Fälschungen und Unterschlagungen nach London geflüchtet und dort verhaftet worden war, mußte sich vor dem Schwurgericht des Landgerichts III verantworten. Wegen Fälschung öffentlicher Urkunden in 6 Fällen und Unterschlagung im Amte war der 23jährige Postgehülfe Rudolf Jank, wegen Beihilfe zu diesem Verbrechen waren der Chauffeur Otto Duffler aus Groß-Lichterfelde und der Mechaniker Adolf Lippich aus Charlottenburg angeklagt. Jank verbrauchte durch Vergebung in Halensee Langlokalen weit mehr Geld als er besaß. Er überredete Duffler, er solle eine Postanweisung über 600 Mark ausfüllen und an sich adressieren. Mit dieser Anweisung operierte J. am nächsten Tage in folgender Weise. Er war damals auf dem Postamt in der Hahnenstraße in Charlottenburg angestellt und hier verschaffte er die Anweisung mit der Unterschrift des Annahmehauptmanns und den amtlichen Stempeln. Die gefälschte Postanweisung schmuggelte er dann geschickt unter die übrigen, so daß dem Mitangeklagten Duffler am nächsten Tage der Betrag von 600 Mark ausgezahlt wurde. Jank erhielt 450 Mark, während Duffler den Rest für sich behielt. In zwei Tagen wurde von den beiden Leichtsinnigen dann das Geld verprakt. In einem Lokal in Halensee wurden die ganze Kapelle und die Dufflermädchen getroffen, so daß die Besche mehrere Hundert Mark ausmachte. Als die Angeklagten sahen, daß ihr Plan so leicht geclückt war, beschloßen sie, das Geschäft nun im Großen zu betreiben. Sie zogen noch einen Dritten, den Angeklagten Lippich mit hinein, der gleich 5 Postanweisungen ausfüllte und sie an seine Adresse in verschiedenen Städten adressierte, wozu er dann zur Empfangnahme des Geldes reisen wollte. Das Postamt in Braunschweig schöpfe jedoch Verdacht und verweigerte die Auszahlung. Als Jank die Entdeckung befürchtete, eignete er sich noch in aller Eile die gesamte Kasse der Paketannahmestelle in Höhe von 634 Mark an und flüchtete erst nach Paris, dann nach London, wo er schließlich aufgegriffen wurde. — Dem Wahrspruch der Geschworenen gemäß wurden Duffler und Lippich wegen Beihilfe zu je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Gegen Jank lautete das Urteil auf 1 Jahr und 9 Monate Zuchthaus. Auf Anregung seines Verteidigers unterzeichneten die Geschworenen ein Gnadengesuch für den seinem grenzenlosen Leichtsinne zum Opfer gewordenen jungen Mann.

„Son“.

Der Kaufmann Felix v. Sarnowski erhielt ein polizeiliches Strafmandat über 30 M., weil er nach Auskunft des Heroldsamts zur Führung des Adelsprädikats nicht berechtigt sei. Er trug auf richterliche Entscheidung an. Bei der Verhandlung vor dem Schöffengericht führte er den Nachweis, daß sowohl sein Vater wie sein Großvater sich unbeanstandet des Adelsprädikats bedient haben und auch er seit seiner Geburt, das ist 41 Jahre lang das Adelsprädikat unbehelligt geführt hat. Das Schöffengericht nahm daher weder subjektives Verschulden, noch Fahrlässigkeit an und sprach den Angeklagten frei. — Hiergegen legte der Staatsanwalt Berufung ein und bezog sich darauf, daß dem Angeklagten vom Polizeipräsidenten schon unter dem 8. April 1905 protokolllarisch eröffnet worden sei, daß er zur Führung des Adelsprädikats nicht berechtigt sei, so daß er nicht mehr in gutem Glauben handle. Der Staatsanwalt führte ferner darauf, daß das Heroldsamt den urkundlichen Nachweis erbracht habe, daß v. S. den Adel zu Unrecht führe. Es haben darauf zahlreiche Vernehmungen auswärts wohnender Zeugen stattgefunden und die Streitfrage kam vor die Strafkammer als Berufungssache. Die Strafkammer hat zunächst geprüft, ob der vorliegende Fall überhaupt von den Gerichten selbständig zu entscheiden ist, oder ob diese nur das Adelsrecht auf Grund der Entscheidung des Heroldsamts ohne eigene Prüfung festzustellen haben, also gewissermaßen nur dessen ausführende Diener seien. Die Strafkammer ist der Ansicht gewesen, daß die allein zu entscheidende Frage, ob sich der Angeklagte durch unbefugte Führung des Adelsprädikats strafbar gemacht hat, der Entscheidung der ordentlichen Gerichte unterliegt. Die Strafkammer erließ aus dem herbeigeschafften Urkundsmaterial mindestens, daß der Vater des Angeklagten sich des Adelsprädikats ruhig bedient hat, so daß ein füllständiges Anerkenntnis des Staats vorliegt. Es erfolgte deshalb auch in zweier Instanz die Freisprechung. Nunmehr hat der Staatsanwalt Revision eingelegt. Er stellt auf dem nicht einmal in der vormärzlichen Zeit anerkannten Standpunkte, daß das

Heroldsamt eine vom Landesherren delegierte Behörde und die Entscheidung des Heroldsamtes ausschlaggebend sei und der gerichtlichen Entscheidung zu Grunde gelegt werden müsse. Aus der Parteilichkeit der Prozeßführung erzieht man, für wie wichtig Behörden das Recht halten, im Namen anzudeuten, daß man von wo her ist. Gibt es wirklich keine wichtigeren Rechte, deren Schutz gegen Behörden und Unternehmer eher einen Aufwand an Arbeit von ein paar Duzend Beamten rechtfertigen?

Fünf Todesurteile.

Das Bonner Schwurgericht fällt im Durchschießer Raubmordprozeß am Sonnabend ein fünftes Todesurteil.

Angelagt waren Erdarbeiter Bude Weiz, auch Obred Kofotovic genannt, Erdarbeiter Johann Blotovic, auch Georg Kupic genannt, und Erdarbeiter Nikolaus Baic unter der Beihilfubildung, in der Nacht zum 20. Juli 1907 die Eheleute Raaf und die Witwe Lohmar getötet und beraubt zu haben. Als Anklaster waren ferner angeklagt Schachmeister Daniel Beslac und Erdarbeiter Milos Kantar, als Mithelfer Marco Kantar, genannt Mile Pavilic und als Mithelfer Erdarbeiter Georg Beslac und die Ehefrau Anna Degulian. Kofotovic, Kupic, Baic, Daniel Beslac und Milos Kantar wurden zum Tode, Georg Beslac zu 6 Monaten Gefängnis und Pavilic wegen Beihilfe und Bedrohung zu 30 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Ehefrau Degulian wurde freigesprochen. Die Verurteilten sind durch deutsche Unternehmer nach Deutschland gelodete Kroaten der niedersten Bildungsstufe und Lebenshaltung.

Vermischtes.

Die Erdbebenkatastrophe.

Nach offiziellen Berichten beträgt die Zahl der Toten in Ferruzano nicht mehr wie 200. Bisher wurden 65 Leichen aus den Trümmern hervorgezogen. Der Finanzminister setzt die Befestigung der von dem Unglück betroffenen Ortschaften fort und trifft überall Maßnahmen für eine schnelle Hilfsaktion.

Einer Meldung aus Brancalene ereignete sich Sonntagmittag dort ein neuer Erdstoß, der die Bevölkerung in großen Schrecken versetzte, aber keinen Schaden anrichtete. Nachrichten aus Ferruzano zufolge hat sich gestern infolge eines erneuten Erdstoßes eine Spalte in dem festigen Boden gebildet, der sich hier über die ganze Gegend erstreckt. Man befürchtet einen Einsturz von Erdmassen.

Die Ortschaften Ferruzano und Brancalene und Santuario del Jonio sollen, wie der „Messagero“ in Rom erfährt, an anderen Stellen nahe am Meere und an der jonischen Eisenbahn wieder aufgebaut werden.

Wie aus Rom berichtet wird, dauern Sturm und Regengüsse noch immer an. Die Städte Capistrano, Padua und Pavia sind überschwemmt. In Marettino sind elf Häuser eingestürzt, mehrere Personen sind umgekommen, viele verletzt. In Ferruzano ist auch eine Frau unter den Trümmern, unter denen sie drei Tage verbracht hat, lebend hervorgezogen worden.

Wie eine Meldung aus Piacenza besagt, haben dort die Bewohner der niederen überschwemmten Stadtteile die Dächer der Häuser erstiegen; das Militär arbeitet an ihrer Rettung. In einigen Straßen steht das Wasser bis zu zwei Meter hoch. Der angerichtete Schaden ist groß, doch ist kein Verlust an Menschenleben zu beklagen. Der Po steigt unangeseht weiter. Fünfhundert Familien sind obdachlos, die Stadtverwaltung ist für ihre Unterbringung bemüht.

Som Zuge getötet. In der Sonntagnacht wurde nach einer Meldung aus Frankfurt a. M. der Reichsbahnmeister Strach aus Sachsenhausen beim Ueberqueren der Weise in der Schweizerstraße von einem Zuge erlegt und getötet.

Eine furchtbare Dynamitexplosion. In South Looresin im Staate Ohio erfolgte, New Yorker Meldung zufolge, vorgestern eine furchtbare Dynamitexplosion, veranlaßt durch die Unvorsichtigkeit eines Jägers. Alle Gebäude in der Nähe des Explosionsortes stürzten ein. Der Jäger wurde vollständig in Stücke gerissen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet Lindenstraße Nr. 3, starker Hof, dritter Eingang, vier Treppen, im 3. Stockwerk, wochentags von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt. Geöffnet 7 Uhr. Sonnabends beginnt die Sprechstunde um 6 Uhr. Jeder Anfrager ist ein Buchstabe und eine Zahl als Zeichen beizubringen. Briefliche Antworten werden nicht erteilt. Eilige Fragen trägt man in der Sprechstunde vor.

H. S. Reiz. — S. 1. Benden Sie sich an die Stillschließungsdeputation, Poststr. 16. — Streit G. G. 2. Schlafstätten oder Chambregarissen, welche monatlich die Miete zahlen, können bis am 15. zum 1. Jänner, wenn nichts anderes vereinbart ist, ziehen sie selber, so sind sie zur Zahlung des ganzen Monats verpflichtet. — G. 123. In einem derartigen Verpachtungsvertrag genügt schriftliche Form und Uebergabe der Sachen. Trotz des Vertrages würde aber der Wirt mit seiner Forderung als Erster kommen. — G. 2. 22. Rodbergerstr. 8. — J. S. 83. 1. 2. In der Regel ja. — G. 2. 96. Und nicht befallt. — P. G. 100. Wie wir wiederholt dargelegt haben, ist nach §§ 20 und 86 des Strafgesetzbuchs wegen Hochverrats auf Festung oder Zuchthaus zu erkennen. Es darf aber nicht auf Zuchthaus erkannt werden, wenn die Handlung nicht ehrlöcher Verunglimpfung ist. Genosse Liebrecht war Soldat Landwehr II. Aufgebots mit der Landwehrdienstauszeichnung II. Klasse. — S. 22. 1. Eine Anfrage an das k. k. Landgericht hat wahrscheinlich Erfolg. 2. Ist Ihr Bruder eingetragener Eigentümer so kann ohne seine Einwilligung oder durch Klage das Eigentumsverhältnis nicht geändert werden. — W. W. Reiz. — C. H. 214. Benden Sie sich direkt an die Kaiserliche Hofkammer. — W. G. 22. Es ist ein weit verbreiteter Irrtum, daß man einseitig innerhalb 24 Stunden von einem Vertrage zurücktreten könne. Der Vertrag ist bindend und der Wirt hat das Recht, die Miete bis zum 1. Dezember zu verlangen. — Müller. Sie können dem Umwalte antworten, daß der Vertrag ungültig ist, Sie können aber auch warten, ab die Klage eingereicht wird und dann zum Termin den Antrag auf Abweisung wegen Unzulässigkeit des Vertrages stellen. — P. R. Nach Ihrer Schilderung steht dem Wirt ein über den 1. Oktober hinausreichendes Recht nicht zu. Daß die Prozesskosten noch herabgemindert werden, ist unwahrscheinlich, aber nicht ganz unmöglich. — Ruhiger Mieter. Falls nicht etwa aus dem und nicht mitgeteilten Vertrag Gegenteiliges erhellt, ist der Verwalter im Unrecht. — Schultrafen. Legen Sie den Sachverhalt dar, schildern Sie insbesondere in dem Termin, daß Sie keinerlei Verschulden trifft und beantragen Sie deshalb die Freisprechung. — G. J. Leber ja. — C. P. 1875. Sie haben nur nach Kräften des Nachlasses für die Schulden des Vaters zu haften. Bei der von Ihnen geschilderten Sachlage wäre ein Verzicht auf die Erbfolge zweckmäßig. Derselbe müßte gerichtlich oder notariell bezeugt innerhalb sechs Wochen nach Kenntnis vom Tode dem Nachlassgericht zugehen. — G. G. 107. 1. Sie sind verhaftungsfähig. 2. Schildern Sie die Sachlage schriftlich oder mündlich der Redaktion. —

Witterungsübersicht vom 28. Oktober 1907.

Table with 10 columns: Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht, Stationen, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. d. Tag, Temp. u. d. Nacht. Rows include Eimende, Hamburg, Berlin, Frankfurt a. M., München, Wien, Daparanda, Petersburg, Seilly, Aachen, Paris.

Wetter-Prognose für Dienstag, den 29. Oktober 1907. Relativ heiter, am Tage mild, aber veränderlich mit etwas Regen und Schwachen südöstlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Table with 4 columns: Wasserstand, am 27.10., seit 26.10., Wasserstand, am 27.10., seit 26.10. Rows include Remel, Tüft, Regel, Insterburg, Reichel, Thorn, Ober, Rathow, Krosen, Frankfurt, Wärlche, Spinnim, Landberg, Rehe, Borkham, Elbe, Letimerh, Torb, Wangenberg, Saale, Großh.

+) + bedeutet Hoch, — Fall, — ? Unterpegel.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Blendtag, den 29. Oktober. Anfang 7 1/2 Uhr. Königl. Opernhaus. Wda. Königl. Schauspielhaus. Die Hahnenkammer. Deutsch. Was ihr wollt. Kammerspiele. Fähr. Der Pönerer großer Herr. (Anfang 8 Uhr.) Neues Schauspielhaus. Jubil. Neues Königl. Opernhaus. Der Herrgottsfinder von Kammersänger. Festtag. Som andern Uer. Schiller O. (Wagner-Theater.) Schiller Charlottenburg. Die Hermannschlacht. Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Nachtschl. Berliner. Die tanzennden Männchen. Neues. Die Waffen wieder! Kleines. Maria Magdalena. Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 9 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingluft. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Nachtschl. Lustspielhaus. 8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr Ganz der Papa. Carl Oberland. Spezialitäten. Reichshafen. Stettiner Sönger.

Herrn. Lindenstraße 18/19. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Sternwarte. Jubiläum. 37/62. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelkette. Ferdinand Bonn. Berliner Theater. Anfang 8 Uhr. Die tanzennden Männchen. Mittwoch: Die tanzennden Männchen. Donnerstag, Freitag: Die Wölfe. Neues Theater. Abends 8 Uhr: Die Waffen wieder! Kleines Theater. Anfang 8 Uhr. Maria Magdalena. (Maria: Agnes Sorma.) Mittwoch, Donnerstag: Kathlan Bruchbands Besetzung. (Lady Elch: Agnes Sorma.) Freitag: Ein idealer Gatte. Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 9 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingluft. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Anfang 8 Uhr. Nachtschl. Lustspielhaus. 8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr Ganz der Papa. Carl Oberland. Spezialitäten. Reichshafen. Stettiner Sönger.

Berliner Theater.

Die tanzennden Männchen. Neues Theater. Die Waffen wieder! Kleines Theater. Maria Magdalena. Theater des Westens. Die lustige Witwe. Frühlingluft. Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Nachtschl. Lustspielhaus. Residenz-Theater. Ganz der Papa.

Schiller-Theater.

Schiller-Theater O. (Wagner-Theater). Dienstag, abends 8 Uhr: Reiterattacke. Schwan in 3 Akten von Eobthler und Rich. Friedmann-Frederig. Mittwoch, abends 8 Uhr: Das vierte Gebot. Donnerstag, abends 8 Uhr: Reiterattacke. Schiller-Theater Charlottenburg. Dienstag, abends 8 Uhr: Die Hermannschlacht. Ein Drama in 5 Aufzügen von Heinrich v. Kleist. Mittwoch, abends 8 Uhr: Rosmersholm. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Hermannschlacht. (Schiller-Theater) Charlottenburg. Heute abend 8 Uhr: Dritter Lieberabend. Alexander Heinemann. Mittwoch abend 9 Uhr: Vortrag Prof. Dr. Paul Schubring: Jean François Millet. Mit Lichtbildern. Fünftes Vortrag des Zyklus: Wasser der Reuzzeit.

Zirkus Schumann

Heute, Dienstag, 29. Oktober, abends präz. 7 1/2 Uhr: Extra-Gala-Vorstellung. Großes Programm, u. a.: Mathilde Renz. — Ernst Schumann. — Les 5 Oracs. — Pedro Albasos. — Miss Florence. — Mr. James Henry. — Pedro Wallier. — Samml. Spezialitäten. Dir. Alb. Schumanns neue und moderne Dressuren. Um 9 1/2 Uhr: Die riesige große Wasserpantomime: Eine Fortsetzung der berühmtesten und populärsten Pantomimen.

Die lustigen Heindelberger: Ein Fest auf dem Neckar.

Humoristische Bilder aus dem modernen Studentenleben von Hofballmeister A. Stern.

Apollo Theater

Sechste Woche! Letzte Woche! Das kolossale Oktoberprogramm. 9 1/2 Uhr. Täglich: 9 1/2 Uhr. Sylvester Schäffer jr. der weltberühmte Universalakrobater.

Urania.

Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Invalidenstr. 67—68; Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelkette. Lortzing-Theater. Abends 8 Uhr: Der Waffenschmied. Mittwoch: Hans Heiling. Donnerstag zu 1. Male: Die Einführung aus dem Serail.

Luisen-Theater

Reichendergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Fünftes Opern-Gaudepiel. Zum ersten Male: Die Zauberflöte. Mittwoch: Berlin wie es weint und lacht. Donnerstag: Hofmanns Erzählungen. Freitag: Gaudepiel Adalb. Matkowsky. Das Leben ein Traum. Sonnabend, 4 Uhr: Wägenrödel. Abends: Hofmanns Erzählungen. Sonntag, 3 Uhr: Das Leben ein Traum. Abds.: Berlin wie es weint und lacht. Montag: Berlin wie es weint und lacht.

Dernhard Rose Theater

Dr. Frankfurterstr. 132. Spree-Athener. Vert. Volkstheater mit Gesang von Schöner-Brünnigen. Anfang 8 Uhr. Wochentagspreise. Mittwoch: 7. Gokko. d. D. (Anschl. Die Below: Glöckchen des Eremiten.

Theater Folies Caprice

Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. Geteilte Liebe. Antiduellanten — Guter Teil. Anfang 8 Uhr. Sonnabend, den 2. November: Premiere. Rabbi Meseritsch.

Passage-Theater.

Letzte Woche. Abends 8—11 Uhr. Danny Gürtler der König der Bohème und das kolossale Oktober-Programm.

Rixdorfer Theater

Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Mittwoch, den 30. Oktober 1907: Zum 2. Male: Gladsmann als Erzieher. Eine Komödie in 3 Akten v. D. Ernst. Anfang 8 Uhr.

Rajino-Theater.

Lortzingstr. 37. Täglich 8 Uhr. Nur noch bis 30. Oktober: Die wilde Jagd. Lustspiel in 4 Akten v. Ludwig Zula. Am 31. Oktober zum erstenmal: Wiederleute. Sonntag 4 Uhr: Die wilde Jagd.

W. Noacks Theater

Direktion: Rob. Dill. Oranienstr. 16. Das Rätsel seiner Ehe. Schauspiel v. d. Roman d. A. Morgenst. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Ehren- und Vorzugsplätzen gültig! Sonnabend, den 2. 11.: Zum 1. Male. Marie, die Tochter des Regiments.

Prater-Theater

Reitanien-Allee 7—9. Im Abonnement! Die jährlichen Verwandten. Lustsp. in 3 Akten von Rob. Benedig. Anfang 8 Uhr. Mittwoch: Hamlet.

Freie Volksbühne

Donnerstag, den 31. Oktober, abends 8 1/2 Uhr,
im Gewerkschaftshaus:

General-Versammlung.

Tagesordnung:

Vortrag Eduard Bernstein über Bernhard Shaw.
Geschäfts- und Kassenbericht des Vorstandes. — Bericht
der Revisoren. — Diskussion. — Verschiedenes.
Der Eintritt ist nur gegen Vorzeigung der Mit-
gliedskarte gestattet.

Nächste Abend-Vorstellungen

1. November: Freitag, 15. November:
Lortzing-Theater | Luisen-Theater
21. (I.) Abend-Abteilung. | 23. (III.) Abend-Abteilung.

Undine. | Bartel Turaser.

Zu beiden Abend-Vorstellungen haben
die Mitglieder sämtlicher Nachmittags-
Abteilungen Zutritt gegen Zahlung des
Beitrages von 1 M. in ihrer Zahlstelle.

Sonntag, den 3. November, nachm. 3 Uhr:

Berliner Theater. | Neues Schauspielhaus.
1./12. Abteilung. | 18./19. Abteilung.
Freiwild. | Fuhrmann Henschel.

Werbet Mitglieder

für die Abend-Abteilungen.

Der Vorstand. In Vertr.: G. Winkler.

Metropol-Theater

Anfang präzise 8 Uhr.

Das muß man seh'n!!

Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern)
von J. Freund. Musik von Viktor
Hollander. In Szene gesetzt
von Direktor Richard Schultz.

G. Thielscher a.D., F. Massary

B. Darmard a.D. E. Whitney,

Bender, Giampietro, Josephi

Rauchen überall gestattet.

Sonntag, den 3. November,

nachmittags 3 Uhr:

Die Herren von Maxim.

Trianon-Theater.

Fräulein Josette — meine Frau.

Anfang 8 Uhr.

Palast-Theater

Burgstraße 24.

Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf.

Der glänzende

Oktober-Spielplan.

Pauls Duval,

Dicky and Polly,

Die 5 Harmoniens

und 8 Attraktionen.

Tante Malchen

Schwanz.

Walhalla-

Variete-Theater

Wainbergsweg 19/20, Rosenth. Tor.

Nur noch wenige Tage.

Das grandiose Oktober-Programm

Anfang 8 Uhr.

16 arabische 16

Springer 16

12 erstklass. Spezialitäten 12

Freitag, den 1. November:

Vollständig neues Programm.

Tunel: Doppel-Koncert.

Theaterbesuchern freier Eintritt.

Gebr. Herrnfeld-

Theater.

57 Kommandantenstraße Nr. 57.

Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2.

Die erfolgreichsten

Opern-Kompositionen

seit 17 Jahren

Madame Wig-Way

Operetten-Burleske, Lust

von L. Hol.

Es lebe das Nachtleben!

Separat-Büffe in 2 Akten.

Seide Stüde mit den Autoren

Anton und Doust Herrnfeld.

Sonntag nachmittags 3 Uhr:

Ein verrücktes Hotel

und

Gahfisch geht zur Jagd

mit Anton und Doust Herrnfeld.

Nur
in Läden, welche
mit diesem Schild
versehen sind



werden
SINGER
Nähmaschinen ver-
kauft.

Singer Co. Nähmaschinen Act. Ges.

BERLIN, Leipzigerstraße 92.

Filialen in allen Stadtteilen.

354L*

WINTERGARTEN

Anfang 8 Uhr.

Vorletzte Woche

Ruth St. Denis

Glänzendes Programm.

Theater des Zentrums.

Sophien-Säle, Sophienstraße 17/18.

Bis früh um Fünfe

v. Aren u. Lipphöf, Rust u. G. Linde.

Anfang 8 Uhr. Kleine Preise.

Parodie-Theater.

Anfang 8 Uhr.

Dresdenerstr. 97, a. d. Pringelstraße.

Die Ehre. — Mt.-Geibelberg.

— Der Troubadour. — 9015

Reichshallen-Theater.

Täglich:

Stettiner Sänger.

Britton

als

Aute im

Familien-

bad

Wannsee.

Anf. Wochent. 8, Sonntags 7 Uhr.

Sanssouci

Kottbuser-

Straße 6.

Dir.: Wilhelm Reimer.

Gasth. d. Berl. Volkshäuser:

Gespensler.

Schaup. v. Dencil 3 h. en.

NB. Volkstümliche Preise.

Sonntag, Montag,

Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger

u. Tanskränzchen.

Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.

Freitag: Theater-Abend:

Buggenhagen

Montzplatz

im Theatersaal täglich:

Das neue Oktober-Programm.

Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

Sonntags 7 Uhr. (Sonntags

reduziert 1 M., Entree 50 Pf.)

Familienbillets a 40 Pf.

Unter

täglich Militär-Konzert.

Beder, Przeworski, Görlich,

Reumann, Offensh und Lätzch.

Dankagung.

Hiermit sage ich allen Teilnehmern
bei der Beerdigung meines lieben
Vannes, insbesondere dem Wahl-
verein des 4. Kreises, dem Metall-
arbeiterverband und den Kollegen
der Firma Winter meinen innigsten
Dank.

Witwe Minna Albrecht nebst Kindern.

Dr. Schünemann

Spezial-Arzt für 1402*

Haut- und Harnleiden,

Frauenkrankheiten.

Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.

10-2, 5-7, Sonnt. 10-12 Uhr.

Dr. Simmel

Spezial-Arzt

für Haut- und Harnleiden.

Prinzenstr. 41, Moritzplatz,

10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4.

Blumen- und Kranzbinderei

von Robert Meyer,

nur Mariannen-Straße 2.

Geldautomaten

Romet, Zigarrenautomaten, jede

Ausführung, billige Bezugsquelle.

Weidner, Automatenfabrik,

Sursstr. 18.

Neu! Neu!

Rule von 4 Mark an.

Reflektanten erfahren Näheres unter

F. 961 Gerstmanns Annoncen-

bureau, Alexanderplatz 1. 235/2

Butter liefert franco Honig

garant. natur.

Stückbutter 10 Pfd. • Rolli 7,20 M.,

10 Pfd. • Dose mit Bienenhonig 4,50 M.,

8 P. 1/2, Butter, 1/2, Honig 5,50.

Toni Andermann, Buczac

via Breslau No. 6.

Sofastoffe

Riesenauswahl aller Qualitäten.

Wolle-Reste! Mocquotts.

Pfisch-Satteltaschen.

Muster b. n. h. Angabe franko.

Berlin, Oranienstr. 158.

Emil Lefevre, Oranienstr. 158.

Einheitspreis für

Damen und Herren

Mk. 12,50

Luxus-Anschrung

Mk. 16,50

SALAMANDER-

Stiefel werden von den Angehörigen

aller Gesellschaftskreise getragen und

sind als das hervorragendste Erzeugnis

der deutschen Schuh-Industrie anerkannt.

Fordern Sie Musterbuch!

SALAMANDER Schuh-Ges. BERLIN

Centrale

W. Friedrich-Str. 182

C. König-Str. 47

SW. Friedrich-Str. 221

Zähne 2 Mk. Teilzahlung wöchentl. 1 Mk.

Plomben 1,50 M. Reparatur sofort. Umarbeitung schlecht sitz. Gebisse.

Zahnarzt Wolf, Leipzigerstr. 130. Sprechstunden 8-7 Uhr.

Soeben erschienen:

Protokoll

über die

Verhandlungen des Parteitages der

Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

abgehalten zu Essen a/Ruhr

vom 15. bis 21. September 1907.

Preis 1,- M.

kart. 1,25 M., gebunden 1,50 M.

Expedition des „Vorwärts“

Berlin SW. 68, Lindenstr. 69, Laden.

Verband der Maler,
Lackierer, Anstreicher usw.
Filiale Berlin.
Den Kollegen zur Nachricht, daß
unser Mitglied, der Maler
Joseph Legat
am 20. Oktober infolge eines Un-
falls gestorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute,
Dienstag, den 20. Oktober, nach-
mittags 4 Uhr, von der Halle
des „Hilfs-Vereins“ Wilhelm-
berg aus statt.
Kege Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Verband d. Schneider
u. Schneiderinnen.
Filiale Berlin.
Todesanzeige.
Den Mitgliedern geben wir Her-
mit bekannt, daß am Sonnabend,
den 26. Oktober, unser Mitglied
Frank Borowsky
verstorben ist. 166/16
Ehre seinem Andenken!
Die Ortsverwaltung.

Zentralkranken- u. Sterbekasse
der Tapezierer.
Filiale Berlin I.
Den Mitgliedern zur Nachricht,
daß der Kollege
Jean Schiffer
am 19. Oktober durch Unfall
plötzlich verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
9695 Die Ortsverwaltung.

Allen Verwandten und Be-
kannnten hierdurch die traurige
Nachricht, daß mein lieber Mann,
der Privatier
Karl Zwerner
am 23. Oktober 1907 um 9 1/2 Uhr
abends nach langen Leiden plötzlich
verstorben ist.
Die Einäscherung des Ver-
storbenen hat am 27. Oktober in
Hamburg stattgefunden.
Die trauernde Witwe
Wilhelmine Zwerner.

Nach schweren Leiden entschie-
del am 26. Oktober unsere liebe
Mutter, Schwieger- und Groß-
mutter
Frau Anna Kroker
im Alter von 43 Jahren.
Dies geht mit der Bitte um
stille Teilnahme an 9625
Familie Kroker.
Die Beerdigung findet Mittwoch,
den 30., nachmittags 4 1/2 Uhr,
von der Leichenhalle des Schön-
berger Friedhofes, Magstraße,
aus statt.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme und die zahlreichen Kranz-
spenden bei der Beerdigung meines
lieben Vannes, unseres einzigen
Sohnes, des Töpfers
Paul Fischer
sagen wir allen Verwandten, Freunden
und Bekannten sowie dem Wahlverein
des 4. Wahlkreises, dem 31. Bezirk
des 4. Wahlkreises, dem Zentral-
verband der Töpfer und dem Gesang-
verein „Georgina“ unseren innigsten
Dank.
Witwe Agnes Fischer
nebst Eltern.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme, sowie der herrlichen
Kranzspenden bei der Beerdigung
unseres lieben Sohnes
Artur Dittrich
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, insbesondere den Kollegen
der Firma Karl Zimmermann, den
Kollegen der Firma Rudolf Dietrich,
dem Verein „Orion“, dem Bezirks-
führern der 7. Abt. des 3. Kreises
und dem Deutschen Metallarbeiter-
verband unseren herzlichsten Dank.
Emil Dittrich und Frau.

Dankagung.
Für die vielen Beweise herzlicher
Teilnahme sowie Kranzspenden bei
dem Begräbnis meines lieben
Vannes und unseres lieben Vaters
Adolf Ihmig
sagen wir allen Freunden und Be-
kannnten, den Genossen des 4. Reichs-
tagwahlkreises, den Kollegen des
Verbandes der Steinarbeiter Berlin 2,
den Kollegen der Firmen Rudolf
Daeger • Kieder • Schönbauer und
Witwe Messerschmidt-Rigdonj unseren
innigsten Dank.
Die trauernde Witwe
nebst Kindern.

Dankagung.
Hiermit sagen wir allen Ver-
wandten, Freunden und Bekannten,
insbesondere den Bewohnern der
Häuser Vorhangenstr. 21 und 27 für
die rege Anteilnahme und die vielen
Kranzspenden am Grabe unseres so
früh verstorbenen Sohnes unseren
herzlichsten Dank. 4992
Rich. u. Rosa Küttner,
Vorhangenstr. 21.

Fünfter Kongreß der Gewerkschaften Oesterreichs.

(Wegen Raumangel verspätet.)

Am Freitag wurden die Beratungen des Kongresses der Gewerkschaften Oesterreichs zum Abschluß gebracht. Nach einer Debatte über den Vortrag des Abg. Dr. Adler über die Alkoholfrage wurde die von ihm beantragte Resolution (im letzten Bericht veröffentlicht) einstimmig angenommen. Sekretär Hueber legte hierauf die von der Antragsprüfungskommission ausgearbeiteten Entwürfe zur Beratung und Beschlußfassung vor. Die wichtigsten Entwürfe betreffen die Betriebsorganisation, die Uebertrittsbedingungen und die Bestimmungen über den Solidaritätsfonds, ferner ein Antrag, durch welchen der Kongreß die Reichskommission beauftragt, eine besondere Sachsamkeit den Bestrebungen der nordböhmischen Unternehmer zu widmen, die dahin gehen, Fabriksvereine zu gründen, durch die die in denselben beschäftigten Arbeiter zu Streikbrechern erzogen werden und so eine ständige Gefahr bei allen Lohnbewegungen bilden würden.

I. Die Betriebsorganisation.

Der V. ordentliche Gewerkschaftskongreß erklärt und anerkennt zum Zwecke der einheitlichen Führung der Lohnkämpfe die Betriebsorganisation als eine höhere Organisationsform innerhalb der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen jener Industrien und Gewerbe, deren Betriebe eine gewisse Einheitlichkeit und Geschlossenheit aufweisen.

Um die bereits bestehenden Reibungsflächen unter den Berufsorganisationen zu beheben, beschließt der Kongreß:

1. Lohnbewegungen jeder Art der Arbeiter eines solchen Betriebes müssen, wo die Betriebsorganisation noch nicht besteht, in gegenseitigem Einvernehmen mit den vorfindenden Organisationen beraten und beschlossen werden. Dieses Einvernehmen ist auch in jenen in näheren Beziehungen stehenden Gewerben zu versuchen, deren Betriebe sich nicht für die Betriebsorgan-

isation eignen. In jenen Fällen, wo dieses Einvernehmen nicht herbeigeführt wurde, kann seitens der Gewerkschaftskommission jede Art von Unterstützung versagt werden.

2. Kollektiv- oder Handelsverträge sollen womöglich einheitlich für den ganzen Betrieb durch die Hauptberufsorganisation im Einverständnis mit den Organisationen der Hilfs-gewerbe abgeschlossen werden. Der Hauptberuf ergibt sich aus dem Betriebscharakter resp. richtet sich nach der Mehrzahl der in der Industrie oder dem Gewerbe beschäftigten Arbeiter eines solchen Betriebes. Die einzelnen Gewerbe, deren Arbeiter in der Rinderheit sind, werden auch dann als Hilfs-gewerbe bezeichnet, wenn diese Arbeiter zusammen die Mehrheit in dem Betriebe bilden sollten.

II. Uebertrittsbedingungen.

Mitglieder von Gewerkschaften, die der Reichskommission angehören und von einer zur anderen Organisation übertreten, werden mit jenen Rechten auf die Unterstützungseinrichtungen aufgenommen, die sich dieselben bereits in ihrem Verbands erworben haben. Rechte aus dem ursprünglichen Verbands auf Einrichtungen, die in dem Verbands, in welchem übergetreten wird, nicht existieren, erlöschen beim Uebertritte.

Nur bezüglich jener Unterstützungseinrichtungen, die in dem früheren Verbands nicht bestanden, haben sie in ihrem neuen Verbands die vorgeschriebene Karenzzeit zurückzulegen. Den Organisationen steht es jedoch in besonderen Fällen frei, die Aufnahme zu verweigern.

III. Bestimmungen über den Solidaritätsfonds.

Der Solidaritätsfonds der Reichskommission der Gewerkschaften Oesterreichs wird alljährlich bis zum nächsten Kongreß im Betrage von 60 Hellern von jenen Mitgliedern, die der Reichskommission angehören, durch die Berufsorganisation eingehoben. Die Einhebung erfolgt mittels der hierzu bestimmten Karten und Marken, die von der Reichskommission ausgegeben werden.

Der Solidaritätsfonds darf nur für Abwehrkämpfe verwendet werden. Unter Abwehrkämpfen sind hauptsächlich Aussperrungen und Kämpfe um den Bestand der Gewerkschaftsorganisation zu verstehen. Andere Fälle, die als solche etwa zu

qualifizieren wären, sind der Gewerkschaftskommission zur Entscheidung vorbehalten.

Die Reichskommission hat das Recht, Darlehen und Unterstützungsbeträge für in Abwehrkämpfen stehende Organisationen zu gewähren.

Alljährlich ist ein genauer Stellenbericht an die Organisationen zu versenden.

Der Gewerkschaftskongreß beauftragt die Reichskommission, eine besondere Sachsamkeit den Bestrebungen der nordböhmischen Unternehmerorganisation zu widmen, die dahin gehen, nach dem Rezipie der Direktion der Grusonwerke (Grupp) in Ragdeburg-Budau in den nordböhmischen Betrieben aller Industriezweige Fabriksvereine zu konstituieren, durch die die in denselben beschäftigten Arbeiter nicht nur der Willkür der Unternehmer preisgegeben werden, sondern durch die Erziehung derselben zu Streikbrechern eine ständige Gefahr bei allen Lohnbewegungen für die im Kampf stehenden Organisationen geschaffen wird.

Die Gewerkschaftskommission soll im Einvernehmen mit den interessierten Organisationen ehestens eine Flugschrift, die die Arbeiter über das Wesen dieser Betriebsvereine aufklärt, herausgeben und dieselbe in entsprechender Anzahl verbreiten lassen.

Diese Anträge wurden ohne Debatte mit weit überwiegender Majorität angenommen. Sekretär Hueber knüpfte an diesen Beschluß eine Ansprache, in der er sagte: Diese heutigen Beschlüsse sind ein Meilenstein in der Entwicklung der Gewerkschaft: die ideale Einigung ist jetzt praktisch durchgeführt. Wir können jetzt mit Ruhe und Sicherheit allen Angriffen unserer Gegner entgegengehen.

Hierauf fanden die Wahlen in die Reichskommission statt. Als Vorstandsmitglieder wurden gewählt: Heinrich Weer, Anna Woschet, Alexander Da Rin, Josef Dworaczek, Julius Grünwald, Ferdinand Hannsch, Anton Hueber, Rudolf Müller, Röllner, Thom. Wrtwitschka, Franz Rader, Anton Schrammel, Frz. Silberer und Joh. Suchanek. Nachdem die Tagesordnung erschöpft war, schloß der Vorsitzende Abg. Smitta mit einer beifällig aufgenommenen Rede, in der er auf die Bedeutung der gefassten Beschlüsse hinwies, den Kongreß

Rabatt-Spar-Verein „Norden“.

Die

Rabatt-Auszahlung 1907

findet für Inhaber weißer Zettel in

Fröbel's Allerlei-Theater, früher Puhlmann, Schönhauser Allee 148,

für Inhaber roter Zettel im

Gesellschaftshaus Wedding, Inh. G. Milbrodt, Müllerstraße 7

an der Fennstraße

von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 3 Uhr

in folgender Reihenfolge der Buchnummern statt:

Tag	Datum	Buchnummer	Uhrzeit	Tag	Datum	Buchnummer	Uhrzeit
Montag	2. Dezember	1-7000	vorm. 10-12 Uhr	Freitag	13. Dezember	142001-150000	vorm. 10-12 Uhr
do.	do.	7001-14000	nachm. 1-3 "	do.	do.	150001-158000	nachm. 1-3 "
Dienstag	3. do.	14001-21000	vorm. 10-12 "	Sonnabend	14. do.	158001-166000	vorm. 10-12 "
do.	do.	21001-28000	nachm. 1-3 "	do.	do.	166001-174000	nachm. 1-3 "
Mittwoch	4. do.	28001-35000	vorm. 10-12 "	Montag	16. do.	174001-182000	vorm. 10-12 "
do.	do.	35001-42000	nachm. 1-3 "	do.	do.	182001 u. darüber	nachm. 1-3 "
Donnerstag	5. do.	42001-49000	vorm. 10-12 "	Dienstag	17. Dezember	vorm. 10-12 Uhr in Tegel.	
do.	do.	49001-56000	nachm. 1-3 "	do.	17. Dezember	nachm. 1-3 Uhr in Cremmen,	
Freitag	6. do.	56001-63000	vorm. 10-12 "	do.	17. Dezember	nachm. 3-4 Uhr in Reinickendorf W.,	
do.	do.	63001-70000	nachm. 1-3 "	do.	17. Dezember	nachm. 3-4 Uhr in Reinickendorf W.,	
Sonnabend	7. do.	70001-77000	vorm. 10-12 "	do.	17. Dezember	nachm. 3-4 Uhr in Reinickendorf W.,	
do.	do.	77001-84000	nachm. 1-3 "	do.	17. Dezember	nachm. 3-4 Uhr in Reinickendorf W.,	
Montag	9. do.	84001-91000	vorm. 10-12 "	Mittwoch	18. Dezember	vorm. 10-11 Uhr in Weißensee,	
do.	do.	91001-98000	nachm. 1-3 "	do.	18. Dezember	vorm. 10-11 Uhr in Weißensee,	
Dienstag	10. do.	98001-105000	vorm. 10-12 "	do.	18. Dezember	nachm. 2-3 Uhr für Wittenau, Hermsdorf und	
do.	do.	105001-112000	nachm. 1-3 "	do.	18. Dezember	nachm. 2-3 Uhr für Wittenau, Hermsdorf und	
Mittwoch	11. do.	112001-119000	vorm. 10-12 "	do.	18. Dezember	nachm. 2-3 Uhr für Wittenau, Hermsdorf und	
do.	do.	119001-126000	nachm. 1-3 "	do.	18. Dezember	nachm. 2-3 Uhr für Wittenau, Hermsdorf und	
Donnerstag	12. do.	126001-134000	vorm. 10-12 "	do.	18. Dezember	nachm. 4-6 Uhr in Nieder-Schönhausen,	
do.	do.	134001-142000	nachm. 1-3 "	do.	18. Dezember	nachm. 4-6 Uhr in Nieder-Schönhausen,	

Die Säle werden Punkt 3 Uhr geschlossen, später Kommende können erst am nächsten Tage Geld erhalten.

Im Interesse einer glatten Abwicklung und Aufrechterhaltung des Verkehrs ist **Händlern und Zettelverteilern** der Aufenthalt im **Haus, Flur und Hof** der Auszahlungslokale **nicht gestattet.**

Wir ersuchen Sie höflichst, die oben angegebenen Zeiten genau innezuhalten, um uns eine geregelte Abfertigung zu ermöglichen. Die Zahlungen erfolgen nur gegen **Vorzeigung der weißen Sparbücher** und der **schwarzen Legitimationskarte**. Für grüne Sammelbücher wird auf **keinen Fall** Zahlung geleistet, sondern die betreffenden **Blätter des Sammelbuches** sind in den **Umtauschstellen** gegen ins Sparbuch zu klebende **Rabattmarken**

bis inkl. 15. November cr. einzutauschen.

Für verlorene weiße Bücher, in welche Marken von 1907 eingeklebt sind, können Ersatzbücher nur bis 28. November cr. ausgestellt werden.

Marken, welche nach dem 15. November umgetauscht sind, können auf keinen Fall bei der diesjährigen Auszahlung honoriert werden. Vorschußzahlungen werden auch im Jahre 1908 jederzeit geleistet, während der Auszahlung vom 2. bis 18. Dezember cr. finden jedoch keine Vorschußzahlungen statt.

Um Irrtümer zu vermeiden, ersuchen wir höflichst, bei Zahlung des Spargeldes stets den zu empfangenden Betrag anzugeben. An Kinder unter 14 Jahren wird Geld nicht verabfolgt.

Der Umtausch der Blätter für 1908 erfolgt vom 3. Dezember ab in den Umtauschstellen, jedoch unter **Ausschluß der Weihnachtswoche** (21. bis 23. Dezember).

BERLIN, im Oktober 1907.

Rabatt-Spar-Verein „Norden“

G. m. b. H.

